

Heft 202

Ausgabe 3 | 2014

ISSN 0170-4613

K 53 61

5,00 Euro



spw

Zerfällt die EU?

Europa zwischen Demokratisierung und Krise

Gerd Mielke

Menetekel für die Volksparteien?

Nico Weinmann, Steffen Liebig, Stefan Schmalz

**Nicht-normiert und isoliert: Soziale Proteste
in der Krise**

Ed Turner

**Großbritannien nach der Europa-Wahl:
Abkehr von Europa, Abkehr vom Vereinigten
Königreich?**

Katja Dörner

**You can never be overdressed or overeducated
– eine rot-grün-rote Perspektive in der
Bildungspolitik**

Kurzum | von Cordula Drautz

Sex, Flaggen und Demokratie

Unter dem Motto „Demokratie beginnt bei Sexualität“ wurde im Gay Pride Monat Juni Selbstbehauptung gefeiert und gefordert. Das scheint auf den ersten Blick abwegig. Doch Staat und Sex sind seit Jahrtausenden miteinander verknüpft. Der staatliche Einfluss in unsere Betten und unsere Moral hat sich nach der Aufklärung langsam aber stetig verringert – eine Errungenschaft, für die immer weiter gefochten werden muss, wie man an expliziter Verfassungsgesetzgebung gegen Homosexuelle (LGBTI) in EU-Ländern wie Ungarn und Kroatien sieht. Dass sexuelle Identität keine Rolle mehr spielt, wird keiner von uns mehr erleben und unsere Kinder wahrscheinlich auch nicht. Immerhin hat Conchita Wurst den Eurovision Song Contest gewonnen und damit so etwas wie ein Ausrufezeichen für ein liberales Europa gesetzt. Frankreich und England haben vollwertige Homo-Ehen eingeführt, wenn auch gegen erheblichen Widerstand. Das Gesellschafts- und Familienbild in Deutschland wird liberaler, auch Dank linker Parteien und kriegsentscheidender Reformen während der rot-grünen Regierungsjahre. Familie ist, wo Kinder sind.

Bei der CDU hingegen ist man stolz, mehr Gleichstellung als unbedingt nötig für Schwule und Lesben verhindert zu haben. Die Kanzlerin äußerte schon im Wahlkampf, „sich persönlich schwer“ mit der Gleichbehandlung zu tun und der rechte Rand pirscht sich bei dem Thema sogar an die AfD ran. Die SPD rühmt sich etwas überbesselt damit, Urteile des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt zu haben. Sie konnte sich immerhin durchringen, die Ehe für alle öffnen zu wollen und steht auch dazu, natürlich nur bis an die Grenze der Koalitionsdisziplin. Denn in einer ideologisch schlingernden CDU ist die Diskriminierung Homosexueller, ihrer Leben-



☞ Cordula Drautz ist Politikwissenschaftlerin, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

Foto: privat

spartner und Kinder zur letzten Frage christdemokratisch-moralischer Selbstdefinition geworden. Deswegen wird unter der großen Koalition ohne jegliche rechtsstaatliche Bindung weiter diskriminiert, bis das Bundesverfassungsgericht „Stopp“ sagen wird. Die Judikative verhindert, dass der ewig gestrige Fünzfzigerjahre-Mief der CDU über unsere Rechte entscheidet. Sie trifft Entscheidungen für Gleichbehandlung und Menschenwürde. Politisch wurde die Diskussion immerhin von den Ministerinnen Schwesig und Hendricks tapfer symbolisch durch das Hissen der Regenbogenfahne zum Christopher Street Day befeuert. Das war historisch: Zum ersten Mal in der Geschichte wehte die Regenbogenflagge vor zwei Bundesministerien. Das de Maizière-geführte Innenministerium setzte dem ein unsägliches Ende per Rundschreiben an die gesamte Bundesregierung, das sich neben viel flaggentechnischem Klein-Klein insbesondere darauf berief, dass der Staat neutral bleiben müsse. Neutral gegen die Gleichberechtigung. Und die Kreuzfixe dürfen hängen bleiben.

Kurzum: Es wird Zeit für linke Mehrheiten in Deutschland. Es wird Zeit, dass sich die linken Parteien verständigen und Mehrheiten bilden. Es wird Zeit für die volle rechtliche Gleichstellung und dafür, dass wir ein solidarisches Familien- und Gesellschaftsbild in unserem Land endlich gestalten und rechtlich verankern können. ■

■ Meinung

Überflüssig, schädlich und unkontrollierbar | Werner Koep-Kerstin 4

Steuerpolitik – Die Auseinandersetzung führen! | Carsten Sieling 6

Debatte:

EEG-Umlage – Welche Ausnahmen sind nötig? | Hubert Weiger 7

EEG-Umlage – Welche Ausnahmen sind nötig? | Stefan Körzell 8

Zukunftslaboratorium statt Reparaturwerkstatt | Eine Erwiderung von Bertram Sauer auf Carsten Sieling 9

■ ■ Im Fokus: Zerfällt die EU? – Europa zwischen Demokratisierung und Krise

Einleitung zum Schwerpunkt | Frederike Boll, Ole Erdmann, Estelle Goeger, Sarah Ryglewski, Stefan Stache 11

Menetekel für die Volksparteien? | Gerd Mielke 17

Nicht-normiert und isoliert: Soziale Proteste in der Krise | Steffen Liebig, Stefan Schmalz, Nico Weinmann 23

Sozialdemokratische Alternativen zur neoliberalen Austeritätspolitik | Joachim Schuster 29

Zunehmende Spaltung oder Solidarität? Regionen und Kommunen in der EU | Michèle Knodt 33

Großbritannien nach der Europa-Wahl: Abkehr von Europa, Abkehr vom Vereinigten Königreich? | Ed Turner 40

Portugal: Wahlen unter Dauerkrise und Spardiktat | Ismail Küpeli 45

Europäische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik – zwölf Thesen | Helmut Martens 50

■ ■ ■ Magazin

Stichwort Wirtschaftspolitik: Das transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA | Arne Heise 59

Die aktuelle Zahl: 296,5 | Claudia Bogedan 62

Crossover

You can never be overdressed or overeducated – eine rot-grün-rote Perspektive in der Bildungspolitik | Katja Dörner 63

Rezension: Wer mit wem im Crossover | Robert von Olberg 65

Rezension

Neue Bücher zum Stand der Demokratie | Thilo Scholle 66

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Nachruf auf Thomas Sauer | Felix Welti 70

DL 21 Aktuell 71

Forum Neue Politik der Arbeit: „Europäische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik – Gute Arbeit in Europa?“ – ein Tagungsbericht | Helmut Martens 73

Publikation: IDA-Reader zu Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa 75

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:
Niels Annen (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Oliver Kaczmarek (Kamen)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Uwe Meinhardt (Stuttgart)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susí Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Röspe (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Carsten Sieling (Bremen)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Spies (Marburg)
Michael Vester (Hannover)
Felix Welti (Lübeck)
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:
Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Kai Burmeister
Cordula Drautz
Ole Erdmann
Björn Hacker
Sebastian Jobelius
Lars Neumann
Katharina Oerder
Michael Reschke
Sarah Ryglewski
Thilo Scholle
Holger Schöneville
Till van Treeck

Heftschwerpunkt:
Frederike Boll, Ole Erdmann,
Sarah Ryglewski

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
Stefan Stache
Telefon 0177 -525 049 8
redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:
spw-Verlag / Redaktion GmbH
Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
Telefon 0231 -2 02 00 11
Telefax 0231 -2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:
Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:
Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46,
IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468,
BIC: PBNKDEFF, USt-ID-Nr.: DE 122946515

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Europa Euro 49,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-4613, K 5361
©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2014.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: © skatzenberger - Fotolia.com
Bildnachweis: 5. 59 www.fotolia.com
© ferkelraggae.

Gestaltung und Druck:
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, Juli 2014

Überflüssig, schädlich und unkontrollierbar

Der Geheimdienst namens „Verfassungsschutz“ wird seinem Namen nicht gerecht und gehört nach Ansicht der Humanistischen Union abgeschafft

von Werner Koep-Kerstin

Am 13. Mai 2014 wurde es amtlich: Nahezu 40 Prozent aller beim niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz gespeicherten Personen waren rechtswidrig gespeichert. Zu diesem desaströsen Urteil kam eine eigens vom Innenminister eingesetzte Task-Force, die seit Herbst vergangenen Jahres über 9.000 Personenakten überprüft hatte. In den Akten fanden sich zahlreiche Minderjährige, einfache Moschee-Besucher oder Menschen, die sich an politischen Protestaktionen beteiligt hatten und daraufhin als Linksextremisten eingestuft worden waren. Alle rechtswidrig gespeicherten Daten müssen nun gelöscht werden. Für die Betroffenen ist das ein zwiespältiges Ergebnis: einerseits zu wissen, dass man (womöglich jahrelang) rechtswidrig beim Geheimdienst erfasst war; andererseits der Trost, dass dies wenigstens jetzt als Fehler erkannt wird und der eigene Name aus den Registern des Verfassungsschutzes verschwindet.

Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass die anderen Landesämter für Verfassungsschutz „besser“ arbeiten als ihre niedersächsischen KollegInnen. Eine sofortige Überprüfung aller Personenakten in allen Verfassungsschutzämtern ist daher das Gebot der Stunde. Das allein reicht aber nicht aus, um die systematischen Fehlleistungen des Verfassungsschutzes zu stoppen. Man stelle sich vor, eine andere staatliche Behörde (etwa das Ordnungsamt oder die Polizei) hätte eine Fehlerquote von 40 Prozent. Kaum eine Dienststelle würde diesen Befund überleben. Anders beim Verfassungsschutz: Seine Geschichte ist von Beginn an eine der Skandale, der permanenten Rechtsbrüche und des Versagens. Erst im letzten Jahr attestierte der NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags den deutschen Sicherheits-



⇒ Werner Koep-Kerstin ist Vorsitzender der Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union, vereinigt mit der Gustav-Heinemann-Initiative. Der studierte Politikwissenschaftler und Historiker war bis zu seiner Pensionierung Mitarbeiter des Bundespresseamtes.

Foto: privat

behörden – allen voran dem Verfassungsschutz – schwere Defizite bei der Gewinnung, Auswertung und Übermittlung von Informationen aus der gewaltbereiten rechtsextremen Szene. Die Schlapphüte hätten „die Gefahr des Rechtsterrorismus völlig falsch eingeschätzt“, heißt es in seinem Bericht. Kein Wunder, wenn die Quellen (V-Leute), auf die sich der Geheimdienst dabei stützt, selbst tief in der Szene verwurzelt sind. Als „Frühwarnsystem“ der Politik, zu dem der Verfassungsschutz gern stilisiert wird, taugt er kaum. Immer wieder laufen die Verfassungsschützer den dramatischen Ereignissen hinterher, schätzen neuere Entwicklungen völlig falsch ein: sei es bei der NSU-Mordserie, den Ausspähaktionen der NSA und anderer „befreundeter“ Geheimdienste oder den Radikalisierungsprozessen. Die eigentliche Expertise über die Gefahren solcher Entwicklungen findet sich in zivilgesellschaftlichen Initiativen, in den Medien und der Wissenschaft.

Die Humanistische Union hat sich jüngst in einem Memorandum¹ ausführlich mit den gesetzlichen Aufgaben, den geheimdienstlichen Methoden und der Arbeitsweise des Verfassungsschutzes befasst. Ihr Fazit ist eindeutig:

¹ Humanistische Union u.a. (Hrsg.): Brauchen wir den Verfassungsschutz? Nein! Gemeinsames Memorandum. Berlin/Norderstedt 2013, 84 f. Weitere Informationen zur Kampagne der Humanistischen Union: www.verfassung-schuetzen.de.

Dieser Inlandsgeheimdienst ist nicht nur überflüssig, weil seine Aufgaben entweder bereits von anderen Behörden erfüllt werden oder schlichtweg nicht zu erfüllen sind. Er ist darüber hinaus schädlich, weil er demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze permanent bedroht. Und er ist ebenso wenig transparent wie mit demokratischen Mitteln zu kontrollieren.

Gesetzliche Kernaufgabe des Verfassungsschutzes ist es, Informationen über Bestrebungen gegen die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ zu sammeln. Was verbirgt sich dahinter? Der Verfassungsschutz soll entscheiden, welche politischen Äußerungen er als „extremistisch“ bzw. „gefährlich“ einstuft, die er folglich beobachtet und verfolgt. Er wird damit zum Schiedsrichter über die Grenzen der Meinungsfreiheit. Das aber darf nicht Aufgabe einer staatlichen Behörde sein. Mit extremen, selbst verfassungswidrigen Auffassungen muss sich eine demokratische, auf freiheitlichen Grundsätzen beruhende Rechtsordnung politisch und zivilgesellschaftlich auseinandersetzen. Da, wo solche Auffassungen Dritte in deren persönlicher Würde verletzen oder gar schädigen, greifen ohnehin die Schranken des Strafrechts.

Eine sozialverträgliche Auflösung der Verfassungsschutz-Ämter würde auch keine Sicherheitslücke hinterlassen. Die meisten Aufgaben des Verfassungsschutzes haben ohnehin nichts mit der Erkennung oder Abwehr terroristischer Gefahren zu tun. Dazu gehören beispielsweise die Spionageabwehr (deren „Effektivität“ das Bundesamt gerade unter Beweis stellt, wenn es in der NSA-Affäre alle Anzeichen für ein heimliches Ausspähen der Bevölkerung leugnet), die Verfolgung gewaltbereiter Bestrebungen gegen die Völkerverständigung oder die Aufklärung organisierter Kriminalität. Für die Verhinderung wie Aufklärung sämtlicher Gewalt- und Straftaten – auch deren Beobachtung im Vorfeld – sind ohnehin Polizei und Staatsanwaltschaften zuständig.

Kontrolle und Transparenz gehören zur Demokratie. Als geheim arbeitender Dienst ist der Verfassungsschutz ein Fremdkörper im demokratischen Staat. Er entzieht sich sowohl der parlamentarischen wie der gerichtlichen Kontrolle. Durchschnittlich drei Stunden im Monat befasst sich das Parlamentarische Kontrollgremium mit den Geheimdiensten, schrieb dessen früheres Mitglied, der ehemalige Bundestagsabgeordnete Neskovic kürzlich in der F.A.Z. Elf Parlamentarier sollen weit über 10.000 Beschäftigte in den Geheimdiensten kontrollieren. Kein Wunder, dass sie mit dieser Aufgabe überfordert sind und bisher keiner der zahlreichen Geheimdienstsandale von den vermeintlichen Kontrolleuren aufgedeckt wurde. Dies geschah vielmehr durch Journalisten, durch Whistleblower oder andere.

Höchste Zeit also für einen Kurswechsel. Die bisherigen Vorschläge der Amtsleiter und Innenminister, wie den allorts sichtbaren Fehlleistungen des Verfassungsschutzes vorzubeugen sei, sind völlig unzureichend: Eine Konzentration auf Kernaufgaben wird da versprochen, ebenso eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit des Geheimdienstes (auch an Schulen), oder eine interne Neuorganisation zwischen datenerhebenden und datenauswertenden Abteilungen. Die jetzt diskutierten Reformen der Verfassungsschutzgesetze in Bund und Ländern setzen einmal mehr die sicherheitspolitische Un-Logik der Vergangenheit fort: Aus jedem Skandal und jedem Versagen ging der Geheimdienst bisher gestärkt hervor – dank erweiterter Aufgaben, neuer Befugnisse oder mehr Personal. Damit sich dies nicht wiederholt, hat die Humanistische Union eine Kampagne zur Auflösung des Verfassungsschutzes ins Leben gerufen. Sie soll jenem öffentlichen Vergessen entgegenwirken, dem die meisten Verfehlungen des Verfassungsschutzes innerhalb kurzer Zeit unterliegen. Zugleich will sie zeigen, dass und wie eine demokratische Gesellschaft auch ohne einen Geheimdienst auskommt, der die Bürgerinnen und Bürger auf ihre Gesinnungstreue überwacht. ■

Steuerpolitik – Die Auseinandersetzung führen!

von Carsten Sieling

Kurt Schumacher hat in Anlehnung an Ferdinand Lassalle einmal gesagt, dass Politik mit dem Betrachten der Wirklichkeit beginnt. Ob in einer Schule die Fassade bröckelt, lässt sich leicht feststellen. Genauso ob ein bayerisches Dorf an das Breitband-Internet angeschlossen ist. Bei der Debatte über die Steuerpolitik ist das offensichtlich schwieriger. Denn an wenigen Stellen prallen in Deutschland so unterschiedliche Wahrnehmungen der Realität aufeinander, wie an diesem Punkt.

Das ist die Realität: Deutschland unter seinen Verhältnissen, schnallt den Gürtel so eng, dass kaum noch Luft zum Atmen bleibt, und kürzt sich künstlich arm – um Investitionen, Angestellte im öffentlichen Dienst und Löhne. Die öffentlichen Investitionen in Deutschland sind in den letzten Jahren zurückgegangen. Anfang der 70er Jahre lag ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt noch bei gut 4,5 Prozent, mittlerweile ist er auf unter zwei Prozent abgesunken. Berücksichtigt man die Abschreibungen, liegt die Investitionsquote sogar nahe Null. Die Kassenkredite der Kommunen – ihr Dispo – sind auf Rekordniveau und die Staatsschulden sowieso.

Fragt man die Menschen auf der Straße, die Gewerkschafter, die Vorstände in den Chefetagen und die Forscher in der Wissenschaft, so sind sich alle einig: Die Investitionslücke in Deutschland ist riesig. Manche sprechen von 100 Milliarden Euro, die fehlen: jährlich!

Problem erkannt, Gefahr gebannt? Fehl-anzeige! Leider ist es allzu oft so, dass die Auseinandersetzung gewinnt, wer am lautesten schreit. Ich erinnere mich noch gut an Plakate, die ganze Häuserwände schmückten und Briefkampagnen, deren Kosten wohl in



☞ Dr. Carsten Sieling, MdB ist Sprecher der Parlamentarischen Linken der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied im SPD-Parteivorstand.

Foto: © spdfraktion.de

die Hunderttausende gehen. Alles nur für den Zweck, unter dem Deckmantel der Sicherung von Arbeitsplätzen, den Millionären, Unternehmerfamilien und Erben ihren Reichtum zu sichern. Leicht zu durchschauen, sehr schwer dagegen anzukommen.

Wo aber eine neoliberale Ideologie im Vordergrund steht, ist wenig Platz für eine sachliche Auseinandersetzung. Schon im Wahlkampf 2013 gab es auch in unserer Partei zu Viele, die sich zu Unrecht verunsichern ließen. Unsere Aufgabe als SPD: Gegenhalten! Gute Argumente gegen grelle Plakate, einseitige Studien und dutzende Briefseiten, in denen mit dem Untergang des Abendlandes gedroht wird, gibt es seit kurzem unter www.steuermymthen.de. Reinschauen lohnt sich! ■

Debatte: EEG-Umlage – Welche Ausnahmen sind nötig?

von Hubert Weiger

Die Energiewende ist eine Zukunftsaufgabe. Gelingt sie, werden andere Länder diesem Beispiel folgen. Somit ist die EEG-Umlage eine sinnvolle Investition auf diesem Weg. Problematisch ist die ungerechte Verteilung der Kosten der Energiewende. Nicht die erneuerbaren Energien treiben primär den Strompreis für die Verbraucher, es sind die Vergünstigungen für Industrieunternehmen und Energiekonzerne. Erneuerbare Energien senken den Börsenpreis, doch dies wird nicht an Privatkunden weitergegeben. Mit der EEG-Reform hätte die Bundesregierung eine Beteiligung aller Stromkunden an der Finanzierung der Energiewende auf den Weg bringen und die aus dem Ruder gelaufenen Industrievergünstigungen zurückführen können.

Stattdessen wird im Rahmen der „Besonderen Ausgleichsregelung“ fast die gesamte Industrie weiterhin privilegiert: Von 246 Industriebereichen wurden 219 als „stromkosten- und handelsintensive Branchen“ eingestuft. Damit kommen Wirtschaftszweige, die kaum internationaler Konkurrenz ausgesetzt sind und deren Stromkosten lediglich einen marginalen Anteil an den Produktionskosten haben, in den Genuss von Ausnahmen. Dies führt dazu, dass die übrigen Verbraucher die Zusatzgewinne von Unternehmen finanzieren, für die der Strompreis sinkt. Die Industrie kann und muss deshalb künftig stärker an der Finanzierung der Energiewende beteiligt werden. Die Zahl der begünstigten Unternehmen ist auf tatsächliche Härtefälle zu beschränken. Dafür reicht eine Befreiung von max. 15 Branchen, z. B. Aluminium-, Stahl- und Chemieunternehmen. Erstmals regelt die EEG-Novelle auch die Eigenstromversorgung. Hierbei werden weitere ungerechtfertigte Ausnahmen von der EEG-Umlage festgeschrieben, die sowohl die Energiewende als auch die Erreichung der Klimaschutzziele konterkarieren. Selbst erzeugte Strommengen



☞ Prof. Hubert Weiger ist Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

Foto: www.bund.net

aus konventionellen Kraftwerken bleiben „verschont“, während die Eigenversorger mit erneuerbarem- und KWK-Strom verstärkt für die EEG-Umlage herangezogen werden. Die Beseitigung der Privilegierung konventioneller Kraftwerke beim Eigenverbrauch und noch dazu der Braunkohle-Tagebaue würde 2,6 Milliarden Euro an Mehreinnahmen erbringen und könnte so die EEG-Umlage um zwölf Prozent von jetzt 6,24 auf dann 5,5 Cent/kWh verringern. Allein die neun größten Braunkohlekraftwerke und die Tagebaue erhalten durch die völlige EEG-Umlagebefreiung fast 900 Millionen Euro im Jahr an direkter Förderung – zu Lasten der Privathaushalte und des Mittelstands.

Ein fatales Signal für den Klimaschutz: Kohle- und Atomkraftwerke werden gegenüber sauberer, dezentraler Stromerzeugung in Bürgerhand bevorzugt. Dies steht im Widerspruch zu den Bemühungen von Umweltministerin Barbara Hendricks, mit dem „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ Deutschlands CO₂-Minde-rungsziele doch noch zu erreichen. Rabatte bei der Eigenstromversorgung darf es deshalb nur für ökologisch sinnvolle Arten der Stromerzeugung in erneuerbaren oder KWK-Anlagen geben, nicht jedoch für klimaschädliche Kraftwerke oder Braunkohle-Tagebaue. Die EEG-Umlage muss endlich auf ihren eigentlichen Kern zurückgeführt werden: die Finanzierung und Förderung erneuerbarer Energien. ■

Debatte: EEG-Umlage – Welche Ausnahmen sind nötig?

von Stefan Körzell

Werden Golfplätze oder Hähnchenställe von der Zahlung der EEG-Umlage ausgenommen? Das wurde im Sommer 2013 heftig diskutiert. Die Frage wurde zum Synonym vermeintlich ungerechtfertigter Industrieausnahmen hochstilisiert. Die Diskussionen gehen weiter. Im Kern geht es um die verteilungsgerechte Finanzierung der Energiewende!

Die Energiewende erfordert zunächst Investitionen im zweistelligen Milliarden-Bereich pro Jahr. Doch sie werden sich mittel- bis langfristig auszahlen, wie zahlreiche Studien bestätigen: Nicht nur durch vermiedene Gesundheits- oder Umweltschadenskosten, sondern vor allem durch neue Beschäftigungschancen, weniger Energieimporte und eine gesteigerte Lebensqualität.

Während dieser Umbauphase müssen die Energiekosten von Haushalten und Unternehmen bezahlbar bleiben. Das gilt nicht nur für Strom, sondern auch für Wärme und Mobilität. Die Politik muss die Rahmenbedingungen so gestalten, dass der angestrebte Umbau so effektiv und kosteneffizient wie möglich umgesetzt wird. Gleichzeitig müssen die Kosten des Umbaus möglichst gerecht auf die verschiedenen Akteure im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit verteilt werden. Das setzt ein öffentliches Bewusstsein für Verbrauchergruppen, die von steigenden Energiekosten besonders betroffen sind, voraus. Dazu zählen neben einkommensschwachen Haushalten auch die energieintensiven Industrien. Aus Sicht des DGB dürfen deshalb die verschiedenen Verbrauchergruppen nicht gegeneinander ausgespielt, sondern gesellschaftlich tragfähige Lösungen entwickelt werden. Es ist bedenklich, wenn in repräsentativen Umfragen knapp 80 Prozent der Befragten die Industrieausnahmen rundweg ablehnen. Ein Weiter-so geht nicht.



☞ Stefan Körzell ist Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB.

Foto: www.dgb.de

Als Gewerkschaften stehen wir für einen starken Industriestandort mit geschlossenen Wertschöpfungsketten. Eine starke Industrie schafft Innovationen für die Energiewende unter Einhaltung hoher Umwelt- und Sozialstandards und ist damit eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Energiewende. Energieintensive Betriebe brauchen also dann Ausnahmen, wenn ansonsten die internationale oder intermodale (bei den Schienenbahnen) Wettbewerbsfähigkeit massiv beeinträchtigt würde. Branchen wie Stahl, Aluminium oder Chemie sind auf international konkurrenzfähige Strompreise angewiesen.

Aber welche Betriebe sollten von der Ausnahmeregelung profitieren und wie hoch sollte die Entlastung ausfallen? Aus Sicht des DGB sollten die Ausnahmen zielgenau, sachgerecht und für die Unternehmen planbar ausgestaltet werden. Der Erhalt von Arbeitsplätzen ist dabei von herausgehobener Bedeutung. Das zuletzt gewährte Entlastungsniveau muss deshalb beibehalten werden. Allerdings ist deutlich mehr Fokussierung notwendig. In diesem Zusammenhang sind die im Gesetzentwurf diskutierten Branchenlisten mit zusätzlichen Zugangskriterien sinnvoll. Zudem dürfen auch künftig Leiharbeit und Werkverträge die Inanspruchnahme der besonderen Ausgleichsregelung des EEG nicht erleichtern. Dies gilt auch für andere missbräuchliche Auslegungen der Regelung, die die Akzeptanz der tatsächlich sinnvollen und notwendigen Ausnahmen unnötig untergraben. ■

Zukunftslaboratorium statt Reparaturwerkstatt

Eine Erwiderung von Bertram Sauer auf Carsten Sieling

Mit seinem Beitrag in spw 201 Heft 2 2014 „Reparaturwerkstatt der Agenda 2010: Die Aufgabe der großen Koalition für die SPD“ hat Carsten Sieling die Strategiedebatte der Linken zur Zeit der dritten Großen Koalition in der Bundesrepublik eröffnet. Die Saite ist angeschlagen, der Ton mag klingen. Gesellschaftliche Veränderung braucht jedoch Melodie und Rhythmus. Deshalb wird hier in dreierlei Hinsicht über Sieling hinausgewiesen.

Wenn Sieling lakonisch feststellt, dass sich verlorengangenes Vertrauen nicht von heute auf morgen wieder herstellen lässt, fasst er das Problem von vornherein in einen zu kleinen Rahmen. Die Wiedergewinnung von politischer Hegemonie ist an die organische Verankerung in progressiven Milieus gebunden. Dies setzt eine Modernisierung der Parteiendemokratie ebenso wie eine Modernisierung innerparteilicher Demokratie voraus.

Bei der Mitgliederbefragung zum Thema Regierungsbeteiligung ja oder nein im Dezember 2013 wurde zunächst eher mit einem sehr knappen Ergebnis gerechnet. Erstaunlich war, dass die SPD-Mitglieder so eindeutig für die Größte Koalition aller Zeiten (GröKaZ) gestimmt haben. Wenn man sich allerdings vergegenwärtigt, dass die Genossinnen und Genossen in der SPD in den Wahlunterlagen einen eindeutigen Wahlvorschlag, nämlich für die GröKaZ zu stimmen, unterzeichnet von vielen prominenten SPD-Mitgliedern und Sigmar Gabriel höchstselbst, erhielten, fällt es schwer, dieses Wahlverfahren als fair und unbeeinflusst zu bezeichnen.

Ein zweiter Punkt, der zu diesem sehr eindeutigen Ergebnis geführt hat, ist sicherlich das groß und breit verkündete Thema: Mit der SPD in der Regierung wird der Mindestlohn eingeführt. Wurde die sozialdemokratische Seele zunächst mit inhaltlichen Zielen gelockt, drück-

te man sie später in die Furche der Verantwortung, denn nur diese führe zur Regierungsfähigkeit und würde den Vorsitzenden Gabriel nicht schwächen. Diese zur Schicksalswahl hochstilisierte Abstimmung war letztlich getrieben durch die Befürchtung, dass bei andernfalls anstehenden Neuwahlen die SPD nicht nur in den Keller von unter 25 Prozent, sondern in die Kanalisation stürzen würde. Gustav Seibt trieb diese bis hierher nachvollziehbare Entscheidungsmöglichkeit in kaum gekanntem Zynismus auf die Spitze, wenn er in der Süddeutschen Zeitung vom 5.12.2013 formulierte: „Mehr als in der Geschichte musste die SPD schwierige Kompromisse eingehen, von der Zustimmung zu den Kriegskrediten beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges bis zur Agenda 2010. In den meisten Fällen hat sie dabei ihre moralische, also gesinnungsethische Parteiräson einer verantwortungsethischen Lagebeurteilung untergeordnet.“ Dabei hinterließ der Parteitag 2011 mit dem Motto: „Partei in Bewegung“ und seinem Versuch, basisdemokratische Elemente den repräsentativen Strukturen der Partei hinzuzufügen, ein wenig Hoffnung auf Modernisierung der innerparteilichen Demokratie. Abzuwarten bleibt jedoch, ob der Praxistest Mitgliederbefragung die SPD wirklich zu einer mitgliederzentrierten Mitmachpartei wandeln wird. Der Parteienforscher Gero Neugebauer bringt die Sache auf den Punkt, wenn er formuliert: „Sicher brauchen Mitglieder Motivierung und Mobilisierung. Und die Abstimmung in der SPD ist ein herausragendes Beispiel dafür, wie es funktionieren kann. Aber so etwas wird nie den Alltag einer Partei prägen. Allein schon deshalb, weil viele Entscheidungen schnell getroffen werden müssen und komplex sind. Um Basisdemokratie nicht zu entwerfen, muss man sorgfältig mit den Anlässen umgehen.“

Die bloße „Verbesserung der Inklusion“, wie Sieling es formuliert, ist ein respektab-

les Ziel, und doch für die politische Programmatik der SPD zu klein dimensioniert. Auch wenn es Mode geworden ist, in anbetracht der UN-Behindertenrechtskonvention Inklusionsziele auszurufen, geht das Ziel der inklusiven Gesellschaft weit darüber hinaus. Die notwendige Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist so verstanden lediglich Beispiel für die Beteiligung verschiedenster Minderheiten an der gesellschaftlichen Praxis. Eine so verstandene Inklusionsstrategie beschränkt sich nicht auf die Gesetzgebung, denn Toleranz und Verständnis sind nicht zu verordnen.

Beteiligungsrechte sind notwendigerweise nicht gegen Geschlechterparität gerichtet, denn in allen Minoritäten gibt es potentielle Frauendiskriminierung, die besondere Aufmerksamkeit zu ihrer Überwindung benötigt. Eine Inklusionsstrategie erledigt den Kampf gegen die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht, sondern muss ihn geradezu beflügeln. In diesem Sinne kann der Redaktion der Zeitschrift „Sozialismus“ zugestimmt werden, wenn sie in ihrem Dezemberheft 2013 feststellt: „Basis für die Regierung ist ein Programm, das an der sozialen Ungerechtigkeit im Land zu wenig ändern wird. Der harte Kern des ursprünglich geforderten Politikwechsels – mehr Verteilungsgerechtigkeit, Ausbau der sozialen Ausgleichsstrukturen und Übergang zu einem sozial-ökologischen Wirtschaftswachstum – kommt nicht einmal als ausgeklammerte Differenz in dem Regierungsprogramm vor (...) Der Mindestlohn wird kommen und stellt eine europäische Normalisierung dar; der Abwertung der Lohnarbeit wird ein Riegel vorgeschoben, aber die Verteilungsverhältnisse werden dadurch nicht wesentlich verändert, auch wenn die Unternehmerverbände mit Schreckensszenarien immer noch für einen weiteren Verzicht auf diese Regulierung werben“. Eine inklusive Gesellschaft wird auf dem Weg der sozial prekären Demokratie der Besserverdienenden nicht erreichbar sein.

Weil man das Leben am besten rückwärts verstehen kann, es aber vorwärts leben muss,

hält sich Sieling zu sehr an die Perspektiven der Linken in der GröKaZ und enthält sich damit zeitgleich zum Europawahlkampf einer Strategie für ein neubegründetes inklusives Europa. Indem Sieling den Kontext zur fortzuschreibenden europäischen Integration nicht herstellt, überlässt er dieses Spielfeld einer vulgär-marxistischen Eurokritik: „Auf die Frage, ob sich in der EU nichts bewegen ließe, reagiert etwa Sahra Wagenknecht, die mit der analytischen Nähe zur AfD bisweilen sogar kokettiert, im „Zeit“-Interview damit, dass „die Richtlinien der EU-Kommission zu erheblichen Teilen direkt von Konzernlobbyisten verfasst“ würden. Und denen schlagen die echten Volksvertreter in Berlin bekanntlich regelmäßig die Tür vor der Nase zu.“, schrieb JustIn Monday in der „konkret“ Juni 2014. Die ach so koketten Entgleisungen der Wagenknechts & Co. auf das Niveau des AfD-Populismus sind letztlich der Tatsache geschuldet, dass es in Europa keine Einheit in der kulturellen Vielfalt gibt. Es gibt in Europa keine Mechanismen, um das Leben gemeinsam vom provinziellen Niveau auf das gesamteuropäische zu heben. Daher nehmen die Auftritte der Rechtspopulisten jedweder Couleur karikaturistische, engstirnige und letztlich immer falsch-pathetische Formen an.

Die Wiederbelebung der Nationalökonomie weder von links noch von rechts sind nicht nur keine Alternative für Deutschland, sondern auch keine Perspektive für andere EU-Mitgliedsstaaten. Dem sollte die Sozialdemokratie eine demokratisch-restrukturierte inklusive Europa-Strategie entgegenstellen. Von hier aus könnte ein politisch-inhaltlicher Minimalkonsens (piM) in der politischen Linken erreicht werden. Für den Moment ist der sich bahnbrechende Protest gegen das Transatlantische Handels- und Investitionsschutzabkommen (TTIP) eine progressive Antwort auf die AfD & Co. So könnten Perspektiven zur Gesellschaftsreform nicht nur eröffnet, sondern auch erprobt werden. ■

↳ Bertram Sauer, Jahrg. 1961, Studium der Sonderpädagogik und Politikwissenschaft bis 1989 an der Universität Hamburg, ist Förderschullehrer an der Franz-Mersi-Schule der Region Hannover.

Zerfällt die EU?

– Europa zwischen Demokratisierung und Krise

Sozialdemokratische Perspektiven angesichts wachsender sozialer und regionaler Fliehkräfte in der Europäischen Union

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Frederike Boll, Ole Erdmann, Estelle Goeger, Sarah Ryglewski und Stefan Stache



Foto: © statzenberger - Fotolia.com

Die Europawahlen am 25. Mai 2014 haben das erwartete Signal aus vielen Ländern Europas an die etablierten politischen Kräfte ausgesandt: „So kann es nicht weitergehen“. Zwar dominieren im neuen Europaparlament weiterhin die europafreundlichen Fraktionen. Die erdrutschartigen Siege der United Kingdom Independence Party (UKIP) in Großbritannien oder der Front National (FN) in Frankreich zeigen jedoch, wie groß das Misstrauen vieler Wählerinnen und Wähler gegenüber der derzeitigen europäischen Politik als Antwort auf die Krise ist.

Die Mehrheitsverhältnisse im Europaparlament – große Koalition auf europäisch

Sogar in traditionell eher europafreundlichen Mitgliedsstaaten wie Deutschland mit der rechten AfD und Spanien mit der linken Liste „Podemos“ sind neue europakritische Par-

teien von der wachsenden Europaskepsis in das Europaparlament getragen worden. Die Europäische Volkspartei konnte trotz Verlusten die meisten Mandate erringen und schickt sich mit Unterstützung der unterlegenen SozialistInnen und SozialdemokratInnen (S&D-Fraktion) nun an, den EU-Kommissionspräsidenten zu stellen. Mit der Aufnahme der AfD in die Fraktion der Eurokritiker um die britischen Tories oder die „Wahren Finnen“ ist als drittstärkste Fraktion im Parlament nun ein Übergewicht auf der Rechten entstanden. Sowohl personell wie inhaltlich wird dies eine fortschrittliche Politik für Europa weiter erschweren. Gleichwohl sind der Erfolg des italienischen sozialdemokratischen Partito Democratico und die Stimmengewinne der deutschen Sozialdemokratie ein Lichtblick, der auch einige Sitzgewinne für die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament zur Folge hat. Der Wahlerfolg der Syriza-Partei in Griechenland

zeigt, dass die Kritik an der europäischen Krisenpolitik nicht nur rechten Kräften nutzt, sondern auch in Druck von links übersetzt werden kann.

Abwendung von übergeordneten politischen Ebenen

Der offensichtliche Rechtsruck in Europa geht einher mit einer Dynamik, in der politische Akteure an Stärke gewinnen, die sich auf eine vermeintlich überschaubare nationale oder regionale Identität berufen. Im November 2014 stimmt die schottische und die katalanische Bevölkerung über ihre Unabhängigkeit ab. Diese nationalen Zerfallsprozesse setzen die spanische und britische Regierung unter großen Druck, als Nationalstaaten Handlungsfähigkeit für die eigenen Bürgerinnen und Bürger unter Beweis zu stellen. Im Europaparlament konnten zwar diese und ähnliche separatistische Parteien keine nennenswerte Größe erreichen. Die für einen EU-Austritt ihrer Ländern werbenden Parteien Front National in Frankreich und UKIP in Großbritannien oder die EU-kritischen Parteien wie AfD oder die Bewegung „cinque stelle“ des Satirikers Peppe Grillo aus Italien profitieren aber von einer ähnlichen Stimmung in ihren nationalen Kontexten: Eine wachsende Zahl von WählerInnen wendet sich von überregionalen politischen Gestaltungsebenen – so paradox das im Kontext der Globalisierung klingen mag – ab und votiert für Parteien, die den eigenen Nationalstaat oder die eigene Region stärken und Integrationsfolge der Europäischen Union, wie die Einführung des Euros, rückgängig machen wollen.

Machtkampf zwischen EU-Parlament und europäischem Rat

Sehr zum Missfallen der Regierungschefs aus einigen EU-Mitgliedsstaaten sehen sich die nationalen Regierungen dank des politisch offensiven Umgangs des Europaparlaments mit dem Institut des „Spitzenkandidaten“ bei der Benennung der Kommissionsspitze in der Defensive. Der EU-Gipfel am 27. Juni hat mit Jean-Claude

Juncker zum ersten Mal mit den Gegenstimmen des britischen und des ungarischen Regierungschefs einen Vorschlag für den Kommissionspräsidenten beschlossen. Der britische Premier David Cameron begibt sich aus innenpolitischen Gründen damit immer weiter in die europapolitische Isolation. Neben der Auseinandersetzung zwischen dem europäischen Rat mit den Regierungschefs der Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament um die politische Dominanz der EU-Institutionen wird diese Europawahl jedoch auch angesichts der oben angedeuteten Ergebnisse in vielen Mitgliedsstaaten eine verstärkte Debatte um die Ausrichtung der EU-Krisenpolitik und die Zukunft der EU insgesamt hervorbringen. Die FN stellt mit 23 Abgeordneten die stärkste französische Delegation im Europaparlament. Die Tatsache, dass der Traum von Marine Le Pen einer gemeinsamen Fraktion mit Wilders, der ÖVP und weiteren Gleichgesinnten letztendlich scheiterte, darf über dieses Ergebnis nicht hinwegtäuschen. Das Horrorszenerario einer Kammer, die von rechtsextremen und linkspopulistischen EU-Gegnern dominiert wird, hat sich nicht verwirklicht, das Europaparlament bleibt handlungsfähig. Doch die Hoffnungslosigkeit vieler BürgerInnen und ihre Kritik an diesem Europa bleiben. Das dürfen gerade die Verfechter eines starken Parlaments vor lauter inter-institutionellen Gefechten nicht aus den Augen verlieren. Die BürgerInnen werden nur dann an eine europäische parlamentarische Demokratie glauben, wenn diese sich auch konkret mit ihren Erwartungen und der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen beschäftigt.

Diese Warnung gilt aber auch für die nationale Politik, insbesondere in Frankreich. Aus Umfragen geht hervor, dass es eine Diskrepanz zwischen dem hohen Ergebnis der FN und der Zustimmung zu ihrem Programm gibt. Die wenigsten FN-WählerInnen wollen wirklich einen Austritt aus dem Euro. Außerdem gibt es ein Gefälle zwischen den zwei FN-Bastionen im Norden und im Süden Frankreichs. Im Norden stimmten die ehemaligen Industriearbeiter und Linken für Marine Le Pens Partei aus Angst vor

der Desindustrialisierung, der Globalisierung, einem handlungsunfähigen Staat und einem Europa, das nur als Wettbewerbsprojekt betrachtet wird. Im Süden stimmten die „pieds noirs“, die ehemaligen Algerienfranzosen, für Le Pens rassistische Parolen.

Eines eint jedoch die FN-WählerInnen: die Ablehnung der traditionellen Parteien und eines politischen Systems, das die FN als „UMPS“ verhöhnt. Die tiefe ideologische und finanzielle Krise, in der die UMP steckt, und die Bestechungsvorwürfe gegen Ex-Präsident Sarkozy lasten schwer auf der Glaubwürdigkeit des mitte-rechts Lagers als demokratische Opposition. Opposition kommt derzeit aus den eigenen Regierungsreihen. Premierminister Valls musste die sogenannten „frondeurs“ (kritische PS-Abgeordnete) wochenlang umwerben, um eine Spaltung der Fraktion bei der Verabschiedung eines Nachtragshaushaltes mit Kürzungen zu vermeiden. Anfang Juli boykottierten zwei Gewerkschaften die jährliche Sozialpartner-Konferenz, weil sie der Regierung vorwerfen, nur den Arbeitgebern zuzuspielen.

Vor diesem Hintergrund ist zu hoffen, dass die sozialistische Regierung in Frankreich ihren Einfluss im Rat endlich einsetzen wird, um ein Wahlversprechen von 2012 einzulösen: die Richtung der EU-Politik zu ändern. Das dürfte die Diskussionen dort sicher nicht einfacher machen.

Erst nachdem nun die Europawahlen mit Spitzenkandidaten stattgefunden haben, scheinen Teile der politischen Eliten und der Öffentlichkeit wirklich zu begreifen, dass es künftig auch in Europa ähnlich wie in den Nationalstaaten um politische Richtungsentscheidungen bei den Wahlen geht, die sich auch in personellen Entscheidungen widerspiegeln. Dass einzelne Regierungen in dieser Situation nun versuchen, mit der Ablehnung der durch das Europaparlament ausgerufenen Wahlsieger den Preis für ihre Zustimmung zu einem EU-Personalpaket hochzutreiben ist das Eine. Das Andere ist, dass wir es nicht zuletzt vor dem Hintergrund der

oben beschriebenen Fliehkräfte mit einem Machtkampf zwischen EU-Institutionen (Kommission und Parlament) und Nationalstaaten (deren Regierungen im Rat versammelt sind) zu tun haben. Hier geht es um die Frage, ob eine Parlamentarisierung Europas als integraler Bestandteil fortschrittlicher europäischer Politik nun einen wichtigen Schritt vorangebracht wird.

Die Sozialdemokratie hat in Deutschland und in Europa für die Demokratisierung der EU geworben. Die Durchsetzung eines/r Spitzenkandidaten/in muss damit oberste Priorität für die S&D-Fraktion sein, will sie den Demokratisierungsanspruch nicht völlig aufgeben und damit massiv Glaubwürdigkeit verspielen.

Politische Polarisierung auf europäischer Ebene fehlte

Die oben skizzierte Situation hat sich in vielen Umfragen abgezeichnet. In diesem Umfeld galt es nun seitens der Sozialdemokratie, eine politische und personelle Antwort zu finden. Dabei ist angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament – auch das war zu erwarten und ist kein neues Phänomen – nun die S&D-Fraktion zu einer Kooperation mit der EVP gezwungen, will sie den politischen Führungsanspruch in Europa als Vertretung der europäischen Bürgerinnen und Bürger verteidigen. Dieser Konflikt droht die Frage der inhaltlichen Ausrichtung des europäischen Einigungsprozesses zu überlagern. Mit welcher Politik kann der explosionsartig gestiegenen Zahl von (jungen) Arbeitslosen, GeringverdienerInnen und prekär Beschäftigten in der EU eine Perspektive gegeben werden? Welche Politik und welches Personal kann eine sozialere und integrierende EU voranbringen? Womit kann das abstrakte Ziel eines sozialen intelligenten und nachhaltigen Wachstums erreicht werden?

Ohne Frage ist aus Sicht der deutschen SPD die personelle Antwort mit Martin Schulz glücklich. Die Umfragen zeigten großen Zuspruch für seine Person in Deutschland. Politisch ist

in den erstmals durchgeführten TV-Duellen jedoch eines sehr deutlich geworden: in den wesentlichen, insbesondere krisenbezogenen Politikfeldern wie der Wirtschafts-, Haushalts-, Handels- und Wettbewerbspolitik ist es nicht gelungen, die sozialdemokratische Alternative klar von der konservativen Antwort abzugrenzen und damit dem/der WählerIn wirklich eine Wahl zu geben. Natürlich ist es sehr schwierig, angesichts der sehr unterschiedlichen nationalen und regionalen Ausgangssituationen eine passende europaweite Antwort zu finden. Zumal es schon vorab sehr wahrscheinlich war, dass die EVP- und die S&D-Fraktion aufeinander angewiesen sein würden, um die notwendigen Mehrheiten in den nächsten fünf Jahren zu organisieren.

Dieser Einigungsdruck im stark fragmentierten Europäischen Parlament trug zu der mangelnden Polarisierung bei, die letztlich die Wahlauseinandersetzung so farblos machte.

Dabei ist zu konstatieren, dass die sich in den Krisenstaaten entwickelnde Protestbewegung auch nicht sonderlich dazu beitrug, von der europäischen Politik eben solche Alternativen einzufordern. Die in die Defensive gedrängten europäischen Gewerkschaften und außerparlamentarischen Bewegungen hatten außer einem „Nein“ keine offensive inhaltlich-konzeptionelle Antwort auf die Krisenpolitik der Troika und ihrer nationalen Ausführungsorgane (nichts anderes sind Regierungen, die aus einem Parteienwettbewerb hervorgegangen sind, in dem schon vor den Wahlen die Akzeptanz der Troika-Politik von den maßgeblichen Kräften verabredet worden ist). Ideen wie ein Marshallplan für Europa, wie ihn der DGB eingefordert hat, wurden europaweit nicht ausreichend aufgegriffen. In den derzeit wirtschaftlich stabilen Ländern wie Skandinavien, Deutschland oder Österreich war und ist es den neoliberalen AusteritätsanhängerInnen gelungen, die Angst vor dem wirtschaftlichen und sozialen Desaster in einen „nationalen“ Egoismus umzumünzen, der die Lasten der Krisenpolitik auf die ArbeitnehmerInnen in den

Krisenstaaten abwälzt. Und so machte auch die SPD den Fehler, auf die befürchteten oder realen Ängste mit Kampagnenelementen gegen die vermeintliche EU-Bürokratie und für den „deutschen“ Spitzenkandidaten zu bedienen – und diese Ängste damit letztlich zu verstärken, anstatt ihnen eine Alternative entgegenzusetzen.

So bleibt die Sozialdemokratie politisch auf europäischer Ebene in der Defensive.

Perspektiven sozialdemokratischer Politik in Deutschland und ihre Bedeutung für Europa

Dabei bietet die derzeitige Politik der SPD in der großen Koalition in Berlin auch Ansätze für eine alternative Antwort auf die Krise. Die von der SPD vorangetriebene Einführung des Mindestlohns und die Verbesserungen bei der Rente nämlich sind das Gegenteil dessen, was die Troika in den Krisenstaaten in den vergangenen Jahren durchgesetzt hat (Senkung des Lohnniveaus und der Transferzahlungen). Durch die Einkommenszuwächse wird die Binnennachfrage in Deutschland gestärkt. Die bisherige Austeritätspolitik hat vor allem durch die massiven Lohn- und Rentensenkungen in Europa ebendiese stark gesenkt und damit zur Fortsetzung und Verfestigung der Krise in Europa beigetragen.

Diese wichtigen politischen Projekte bleiben aber ohne Einbettung in einen neuen sozial-ökologischen Pfad noch Stückwerk. Steuerentlastung, Investitionen und Schuldenabbau zugleich zu fordern, lässt weder eine kohärente ökonomische Strategie erkennen, noch trägt es zur Wiedergewinnung von Glaubwürdigkeit im linken Lager bei. So erscheint die Forderung aus dem Regierungsprogramm nach gerechter Finanzierung von Investitionen durch Steuererhöhungen als taktische Verfügungsmasse. Konservative Diskurse um die schwarze Null und die Schuldenmacherei können auf diese Weise schwer von links angegriffen werden. Die Debatten in der Partei um die Steuererhöhungen, die „kein Selbstzweck seien“, die kalte Progression und die Abschaffung der Abgeltungssteu-

er verdeutlichen, dass die SPD-Spitze zwischen marktliberalen Haltungen, taktischen Manövern und einer neuen Linie zur Überwindung der europäischen Krise schwankt. Geschweige denn, dass europapolitische Diskurse nach links gedreht werden.

Dennoch bietet das europäische Umfeld Chancen für einen neuen Diskurs. Die EZB flankiert die nachfragestimulierende Politik in Deutschland mit einer expansiven Geldpolitik, d.h. vor allem niedrige Zinsen. Ihre Ankündigung, im Notfall auch Staatsanleihen von Krisenstaaten aufzukaufen, hat die Rentenmärkte vorübergehend beruhigt und wirkt damit wie eine gemeinsame Haftung für Staatsschulden – auch wenn die Niedrigzinspolitik keine wirkliche Lösung für die überschuldeten Krisenstaaten darstellt, wie die von der SPD ursprünglich geforderten Eurobonds. Die EZB erledigt damit die Drecksarbeit für die Austeritätsideologen um den deutschen Finanzminister Schäuble, die den Wählerinnen und Wählern in Deutschland vorgaukeln, jeder Staat müsse und könne seine Schuldenproblematik alleine lösen und das auch noch zum wirtschaftlichen Vorteil aller.

Mit der Renten- und Lohnpolitik in Deutschland, der bereits vor der Europawahl begonnenen Einführung einer zumindest Rumpf-Finanztransaktionssteuer, der vor dem EU-Gipfel Ende Juni angestoßenen Debatte um eine flexiblere Auslegung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und der expansiven Geldpolitik der EZB sind nun wichtige Bausteine für ein alternatives Anti-Krisenprogramm in der Diskussion oder sogar in der Umsetzung. Die beginnende EU-Förderperiode setzt die progressiv deutbaren Ziele eines intelligenten, inklusiven und nachhaltigen Wachstums in sichtbare Strukturpolitik in den Regionen Europas um.

Leider versäumt es die Sozialdemokratie derzeit, diese Elemente auf nationaler wie auf europäischer Ebene zu einer gemeinsamen alternativen Strategie zusammenzufügen. Sie müsste europaweit für eine nachfrageorientierte Stär-

kung der Einkommen, steuerliche Umverteilung und eine offensive Investitions- und Innovationspolitik werben, die das Ziel eines sozialen und ökologischen Wirtschaftsmodells verfolgt. So gewinnen Maßnahmen und Programme zur Schaffung von Investitionen und Arbeitsplätzen einen sozialdemokratischen Sinn, anstatt durch neoliberale Rosskuren weiter auf die schleichend langsame Erholung der EU-Wirtschaft zu warten. Ohne eine solche Strategie drohen mit der fortdauernden Dominanz der neoliberalen Eliten in den nationalen Hauptstädten und der EU-Kommission die Fliehkräfte in den Nationen und Regionen Europas die Oberhand zu gewinnen. Eine Politik des sozialen Wachstums in Zeiten der Globalisierung aber braucht eine stärker sozialdemokratische und europäische Perspektive.

Die Artikel im Einzelnen

Die Europawahl 2014 war für das deutsche Parteiensystem keine grundlegende Zäsur. Dennoch, so analysiert *Gerd Mielke*, reihen sich die Ergebnisse in eine Entwicklung ein, die eine neue Qualität im deutschen politischen System ausmachen. Erstmals beschreitet mit dem Erfolg der AfD und dem wiederholten Scheitern der FDP eine neue Partei innerhalb des bürgerlich-konservativen Parteienlagers den Weg in ein überregionales Parlament. Bislang war dies nur im linken Lager mit dem Aufkommen der Grünen und der Linken zwischen den 1980er und den 2000er Jahren der Fall. Der „Modernisierungskurs“ der Merkel-CDU seit 2005 löst nun möglicherweise dauerhafte Veränderungen in der deutschen Parteienlandschaft aus. Dass sich gleichzeitig die Entwicklung der SPD von der Volks- zur „Großpartei“ trotz leichter Zugewinne fortsetzt, anstatt von der Neusortierung im rechten Lager zu profitieren, muss die Sozialdemokratie alarmieren. Und es verlangt nach neuen strategischen Ansätzen, vor allem auf europäischer Ebene.

Ausgehend vom Ergebnis der Europawahl stellt *Joachim Schuster* die Frage nach „Sozialdemokratischen Alternativen zur neoliberalen

Austeritätspolitik“. Er beschreibt in seinem Artikel, wie sich die ökonomische Krise nach dem Zusammenbruch des Bankensystems mittlerweile zu einer Krise des politischen Systems entwickelt hat. Dieser kann die Sozialdemokratie nur begegnen und langfristig wieder mehrheitsfähig werden, wenn es ihr gelingt, gesamteuropäische Alternativen zur derzeitigen Austeritätspolitik zu entwickeln. Diese Alternative sieht der Autor in der Etablierung eines neuen Wachstumsmodells, welches wirtschaftliche Prosperität mit Umverteilung und sozialem Ausgleich verbindet und unter anderem eine Reform des Bankensystems und eine vorübergehend höhere Neuverschuldung der Krisenstaaten beinhaltet.

Wie eng die finanziellen und administrativen Ressourcen von Regionen und Kommunen mit ihrer Fähigkeit zusammenhängen, ihre Interessen auf der europäischen Ebene zu vertreten, betont *Michèle Knodt*. Wirtschaftlich starke Regionen und Kommunen besitzen mehr Möglichkeiten, ihre Präsenz auf der europäischen Ebene zu organisieren, z.B. große Vertretungsbüros oder Europaabteilungen, sich zu vernetzen und dadurch politische Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Mit diesem Vorsprung tragen sie zu einer Vertiefung regionaler Ungleichheit in Europa bei. Daher müsse auch schwächer ausgestatteten Regionen und Kommunen ein besserer Zugang zur europäischen Ebene eröffnet werden.

Die Autoren *Nico Weinmann*, *Steffen Liebig* und *Stefan Schmalz* stellen die These auf, dass die sozialen Protestbewegungen, die sich als Antwort auf die Krise formiert haben, als „nicht-normierte Konflikte“ charakterisiert werden können. Handelnde Akteure in den Protesten agieren losgelöst von institutionellen Verfahren sowie der Gewerkschaftsbewegung, obwohl die dominierenden Fragen und Ängste klassische Themen der gesellschaftlichen Linken sind.

Die Entwicklung in Portugal macht exemplarisch deutlich, was in anderen Krisenstaaten ebenfalls zu beobachten ist: trotz massiver öf-

fentlicher Proteste gelingt es der parlamentarischen Linken nicht, ein progressives Bündnis für eine andere Politik zu organisieren. *Ismail Küpeli* analysiert die Strategien der etablierten Parteien wie auch des neu formierten „Linksblocks“ und beschreibt die Hindernisse für eine linke Mehrheit. Einmal mehr wird deutlich, dass Proteste oder neue Parteien allein nicht ausreichen, eine neoliberale Hegemonie in einem Land zu brechen. Ein linkes Gegenprogramm ist in Portugal jedoch auch noch nicht in Sicht.

Aus Sicht von *Ed Turner* ist es in Großbritannien dringend nötig, dass sich die Labour Party offensiver für eine linke und pro-europäische Politik einsetzt. Er analysiert, dass durch die Übernahme von Diskursen der Anti-Europakampagne der Populisten um UKIP wie etwa Einwanderung und nationale Souveränität sowohl durch die Tories wie auch Labour diese eher noch verstärkt wurden. Haupttreiber sowohl für den Erfolg von UKIP wie auch die mögliche Abspaltung Schottlands sei für viele Menschen vor allem die Ablehnung der neoliberalen Regierungspolitik David Camerons. Labour müsse eine glaubwürdige fortschrittliche Alternative entwickeln, die auch die Chancen Europas einbeziehen müsse.

Schließlich skizziert *Helmut Martens* mit dem Blick auf die Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik die verschiedenen ökonomischen und demokratischen Krisen des marktliberal geprägten Europas und die Perspektiven ihrer Überwindung. Dies sei nicht ohne eine kritische europäische Öffentlichkeit und die Europäisierung gewerkschaftlicher Debatten und Proteste erreichbar. ■

☞ *Frederike Boll*, 31 Jahre alt, ist Mitglied im Landesvorstand der Jusos NRW und Mitglied für die Jusos im YES Bureau. Sie arbeitet in der Friedrich-Ebert-Stiftung als Referentin für Menschenrechte und Entwicklungspolitik und befindet sich zurzeit in Elternzeit.

☞ *Ole Erdmann* ist Dipl.-Volkswirt, Vorsitzender des Kommunalen Begegnungswerks Europa e.V., Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Köln.

☞ *Estelle Göger* ist stellvertretendes Mitglied des Parteirates der französischen PS, arbeitet seit 2006 im Europaparlament und lebt in Brüssel.

☞ *Sarah Ryglewski* ist Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, stellvertretende Landesvorsitzende der Bremer SPD und Mitglied der spw-Redaktion.

☞ *Stefan Stache* ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

Menetekel für die Volksparteien?

Sechs Anmerkungen zur Europawahl vom 25. Mai 2014

von Gerd Mielke



Foto: © Butch - Fotolia.com

Erstens

Die Kommentatoren waren sich auch diesmal einig: Ergebnisse von Europawahlen sind nicht einfach zu interpretieren – vor allem wenn man nicht besonders gut abgeschnitten hat. Auf der einen Seite fließen Faktoren in sie ein, die in dieser Kombination bei keiner anderen Wahl auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene wirksam werden und die Europawahlen zu einer „Second-Order-Election“ ganz besonderer Art machen. Die seit der ersten Europawahl 1979 immer wieder geäußerte Einschätzung, die Arbeit des Europaparlaments sei weniger wichtig als die Arbeit des Bundestags, eines Landes- oder auch Gemeindeparlaments, hat sich 2014 zwar leicht abgeschwächt, aber mit Europawahlen ist noch immer eine deutlich niedrigere Wahlbeteiligung als bei Bundestags- oder Landtagswahlen verbunden. Zudem lässt die Zuschreibung eher nachrangiger Bedeutung des Europaparlaments einige Aspekte hervortreten, die bei anderen Wahlen eher eine untergeordnete

Rolle spielen: Die Wählerinnen und Wähler geben sich experimentierfreudiger, sie verteilen bereitwilliger Denkkzettel, und sie neigen eher dazu, Unzufriedenheit und Protest mit ihren Stimmzetteln zum Ausdruck zu bringen.

Auf der anderen Seite sind die Europawahlen mit all diesen Eigentümlichkeiten gleichwohl in die nationalen Parteien- und Wählerlandschaften eingelagert, und die spezifischen Mixturen von „Second-Order-Election“-Effekten werden in empirischen Studien zur Wahlbeteiligung, Demokratiezufriedenheit oder zum politischen Interesse und anderen Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens schon seit langem systematisch beobachtet. Deshalb sollte man die These, „Rückschlüsse von Europawahlen auf die nationale Ebene“ seien ... „nicht tragfähig“, dahingehend modifizieren, dass die Faktoren, die die Europawahlen prägen, auch bei anderen Wahlen

¹ So etwa bei: Viola Neu: Europawahl in Deutschland am 25. Mai 2014. Wahlanalyse. Konrad-Adenauer-Stiftung 2014, S.3.

wirksam sind, wenn auch in anderer Mixtur und mit anderer Intensität². Mithin sind wegen der unterschiedlichen Niveaus in den Wahlbeteiligungen, wegen gegenüber Bundestags- oder Landtagswahlen veränderten Medien- und Kommunikationsbedingungen Europawahlkämpfe im Blick auf die angemessenen Framing- und Agenda-Setting-Strategien zumeist recht anspruchsvolle Projekte.

Zweitens

Die Wahlkämpfe beider großen Parteien in der Bundesrepublik waren gezielt darauf angelegt, die enge Verquickung von europäischer und nationaler Politik hervorzuheben. Dabei spielte für die Ausgestaltung der Kampagnen die gute Wirtschaftslage der Bundesrepublik im Vergleich zu den meisten anderen EU-Mitgliedsländern ebenso eine zentrale Rolle, wie auch die mehr oder minder offen angesprochene Führungsrolle der Bundesrepublik bei den Versuchen, die Euro-Krise und ihre Folgen vor allem in Südeuropa einzudämmen und politisch zu kontrollieren. Daraus ergaben sich für die Union und die SPD allerdings unterschiedliche Strategien. So rückte die CDU folgerichtig die Bundeskanzlerin als Hüterin der deutschen Vorbildrolle in das Zentrum ihrer Kampagne. Damit konnte sie die Leitmelodie des erfolgreichen Bundestagswahlkampfes 2013 aufgreifen und im übrigen darauf hoffen, dass sie auch diesmal von dem durch höheres Lebensalter, höhere Bildung und den gehobenen Sozialstatus ihrer potentiellen Anhängerschaft ausgelösten Wahlbeteiligungsvorteil würde profitieren können.

Aber auch die SPD bemühte sich, mit Martin Schulz, dem Spitzenkandidaten der europäischen Sozialdemokraten, zumindest im deutschen Wahlkampfkontext etwas verschämt die nationale Karte auszuspielen.

Allerdings, der Umstand, dass die Bundesrepublik – im Gegensatz zu fast allen anderen EU-Staaten – ohne große wirtschaftliche und soziale Schäden durch die letzten Krisenjahre gekommen war und sich in einigen Bereichen sogar als ökonomische Nutznießerin profilieren konnte, erschwerte die Entwicklung einer kritischen oder gar polemischen Alternative zur Position der Union bzw. der Bundeskanzlerin in der Europapolitik. Hinzu kam, dass das Pulver der sozialdemokratischen Kampagne durch die Bildung der Großen Koalition nach der Bundestagswahl und – davor noch – die weitgehende Zustimmung der SPD zu Angela Merkels Maßnahmen zur Krisenbewältigung schon etwas feucht geworden war und man folglich keine scharfen Schüsse gegen die Union abfeuern konnte.

Drittens

Die Ergebnisse der Europawahl vom 25. Mai 2014 spiegeln für die Bundesrepublik Deutschland gleich mehrere politische Konstellationen und Entwicklungen wider. Einige sind seit langem vertraute, oft wiederkehrende Aspekte von Europawahlen, andere verweisen auf neue, unter Umständen tief greifende Entwicklungen sowohl in der deutschen Wählerschaft als auch im deutschen Parteienspektrum.

Bei einer leicht angestiegenen Wahlbeteiligung von 48,1 Prozent erwies sich wie schon in allen anderen Europawahlen seit 1979 auch diesmal die CDU/CSU mit insgesamt 35,3 Prozent als stärkste Partei; allerdings streuten die Wahlergebnisse der Union beträchtlich. Bei einem leichten Gesamtverlust von 2,6 Prozentpunkten konnte die CDU etwa in Brandenburg ihren Stimmenanteil um 2,5 Prozentpunkte steigern; hingegen büßte die CDU in Hessen 5,8 Prozentpunkte ein, und in Bayern musste die CSU mit einem Einbruch von 7,6 Prozentpunkten gar die stärksten Verluste hinnehmen. Die Sozialdemokraten erzielten als zweitstärkste politische Kraft mit 27,3 Prozent einen deutlich geringeren Stimmenan-

² In diesem Sinne argumentiert das vor der Wahl für die Friedrich-Ebert-Stiftung erstellte Gutachten von Heiko Giebler: Partizipation und Parteiwahl bei der Europawahl 2009 in Deutschland: Nebenwahl oder einfach anders? Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin 2014.

teil; gegenüber dem katastrophalen Ergebnis von 20,8 Prozent bei der letzten Europawahl entsprach dies jedoch einem Gesamtwachstum von 6,5 Prozentpunkten. Die Zuwachsraten der SPD in den Ländern wiesen eine relativ geringe Streuung auf; die höchsten Gewinne erzielten die Sozialdemokraten in Hamburg und Nordrhein-Westfalen mit 8,4 bzw. 8,1 Prozentpunkten, am wenigsten legten sie in Sachsen-Anhalt und Thüringen mit 3,6 bzw. 2,7 Prozentpunkten zu.

Sehr stabil im Vergleich zur Europawahl 2009 waren die Ergebnisse der Grünen und der Linken, die Stimmanteile von 10,7 Prozent und 7,4 Prozent erreichten. Große, ja teilweise dramatische Verschiebungen ergaben sich hingegen für die FDP und die AfD, die erstmals bei einer Europawahl antrat. Während die Liberalen nur auf 3,4 Prozent kamen und somit gegenüber 2009 einen Schwund von 7,6 Prozentpunkten vermeldeten, konnte die AfD aus dem Stand einen Stimmenanteil von 7,0 Prozent verbuchen. Dabei fiel das Ergebnis für die AfD in den neuen Ländern mit 8,3 Prozent deutlich besser aus als in der alten Bundesrepublik mit 6,8 Prozent.

Diese Einzelbefunde verdichten sich zu Bildern des deutschen Wählermarktes im Wandel. Zunächst bestätigen sie in wesentlichen Teilen die (partei-) politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik, die sich sowohl durch die Ergebnisse der Bundestagswahl vom vergangenen Herbst als auch in den Umfragen des letzten Jahres gezeigt haben. Die SPD erscheint hier als eine Partei, die selbst unter ganz unterschiedlichen Rahmenbedingungen auf der Bundesebene deutlich unterhalb der magischen 30-Prozent-Schwelle verbleibt. Sei es bei einer Bundestagswahl mit ihrer hohen Wahlbeteiligung, sei es bei der Europawahl mit ihrer geringen Mobilisierung oder sei es in repräsentativen demoskopischen Umfragen: In jeweils ganz unterschiedlich zusammengesetzten – „realen“ oder auch nur in repräsentativen Stichproben erzeugten, „hypothetischen“

– Wählerschaften bleiben die Sozialdemokraten auf das Format einer geschrumpften „Großpartei“ festgelegt.

Demgegenüber nimmt die Union auch bei dieser Europawahl ganz unangefochten die Position der stärksten Partei in der Bundesrepublik ein. Allerdings sollte das Bild der Union in zweierlei Hinsicht ergänzt werden. Die Dominanz im deutschen Parteienspektrum hat die Union zum einen ganz wesentlich – auch jetzt bei der Europawahl – durch eine Rückgewinnung vormaliger FDP-Anhänger verteidigen können. Die Liberalen selbst sind derzeit im deutschen Parteiensystem marginalisiert worden. Diese Integration der vormaligen FDP-Wähler in die Union hat den Umstand überdeckt, dass die CDU/CSU mit dem Aufkommen der AfD erstmals seit der deutschen Vereinigung mit einer Herausforderung auf der bürgerlich-konservativen Seite konfrontiert worden ist und sowohl bei der Bundestagswahl 2013 als auch jetzt bei der Europawahl beträchtlich Stimmen an die AfD verloren hat.

Gruppiert man in einem zweiten Schritt auch für die Europawahl die hier zunächst einzeln betrachteten Parteien nach politisch-ideologischen Lagern, so wird eine bemerkenswerte Verschiebung der Dynamik im deutschen Parteiensystem offenkundig. Während sich gegenüber 2009 eine ziemliche Stabilität in den numerischen Kräfteverhältnissen im eher linken Lager aus SPD, Grünen und Linken ergibt, kann man heuer im eher bürgerlich-konservativen Lager aus CDU/CSU, FDP und der AfD markante Veränderungen der Stimmengewichte beobachten. Die so genannte Volatilität, gemeinhin gemessen durch die Summe der Veränderungen bei den Stimmanteilen der Parteien zwischen zwei Wahlen, ist im bürgerlich-konservativen Lager zwischen den Europawahlen 2009 und 2014 mehr als doppelt so hoch wie im linken Lager. Dies ist insofern durchaus bemerkenswert, als während der Jahre davor in der Bundesrepublik sich in aller Regel politische Verschiebungen eher

im linken Lager vollzogen haben. Der elektorale Niedergang der SPD, der gleichzeitige Aufstieg der Linken und dazu das Erstarken der Grünen: all diese Umgruppierungen innerhalb des linken Lagers werden nunmehr, auch sichtbar in den Wahlergebnissen von 25. Mai 2014, ergänzt durch tektonische Verschiebungen auf der anderen Seite des ideologischen Spektrums. Dabei stehen der abermalige Kollaps der Liberalen und der Aufstieg der AfD im Mittelpunkt.

Viertens

Die Zuordnung der AfD zu den politisch-ideologischen Lagern ist nicht ganz so eindeutig, wie es die mediale Berichterstattung derzeit nahe legt. Die derzeit so populäre Einordnung in die Schublade „Rechtspopulismus“ lässt einige Besonderheiten außer Acht. Auf der Ebene ihrer programmatischen Positionen und ihrer führenden Repräsentanten bietet die AfD überwiegend ein bürgerlich-konservatives Profil mit gelegentlichen populistischen Beiklängen an³. Vor allem ihre Führungsriege hat bislang eine bemerkenswerte professionelle und habituelle Seriosität bewahrt. Auf der Ebene ihrer Anhänger – das zeigt eine Analyse des Wählermarktes vor der Europawahl im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung – kann die AfD einen recht weiten Kreis von Sympathisanten aus der ganzen Breite des Parteienspektrums ansprechen. Zumindest Teile der Sympathisanten auch eher linker Parteien können sich danach für die AfD erwärmen⁴. Ganz offensichtlich ist die AfD mit ihrem Rekurs auf die guten alten DM-Zeiten und mit ihrer Protestattitüde für Denkmälerwähler unterschiedlichster parteipolitischer Verortung eine Option bei der Europawahl gewesen. Aber hypothetische Optionen und tatsächliche Stimmvergabe sind eben zweierlei: Betrachtet man die Wählerwanderungsbi-

lanzen von Infratest dimap, die Wählerströme zwischen den Parteien zwischen der letzten Bundestagswahl und der Europawahl abzubilden versuchen, so zeichnet sich der bei weitem größte Zustrom zur AfD in West- wie auch in Ostdeutschland bei vormalig im Unionsbereich angesiedelten Wählern ab.

Das Abschneiden der AfD wirft die bislang von der Union sorgfältig vermiedene, jedoch strategisch bedeutsame Frage auf: Hat sich hier, unter den günstigen Randbedingungen einer „Second-Order-Election“, eine neue Partei Repräsentationslücken zunutze machen können, die in der Anhängerschaft der Unionsparteien während des letzten Jahrzehnts entstanden waren? Der Ausstieg aus der Atomenergie, Umbrüche im Frauen- und Familienbild, der Abschied von der Wehrpflicht, unvermittelte Öffnungen zu einer Einwanderungs- und Integrationspolitik, Annäherungen an die Sozialdemokraten und Grünen als Koalitionspartner – all diese, im medialen Diskurs eher beiläufig als nachholende Modernisierungen kommentierte Kurswechsel der CDU/CSU unter Angela Merkel sind ja zumindest für nicht unbeträchtliche Teile der Unionsanhängerschaft dramatische Zäsuren in der christdemokratischen Politikentwicklung. Oder etwas zugespitzt formuliert: Kaum einer der Gründe, die am Ende der Ära Kohl zur Stimmabgabe für die Union führen konnten, findet sich heute noch im Programmsortiment der Christdemokraten. Hinzu kommt, dass diese Zäsuren – ähnlich wie seinerzeit die Brüche in der sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatspolitik unter Gerhard Schröder und Franz Müntefering – nicht in einem diskursiven, auf Teilhabe der Parteien angelegten Prozess erfolgten, sondern von Merkel und ihren Gefolgsleuten als „alternativlos“ von oben dekretiert worden sind: Basta-Politik à la CDU. So spricht einiges dafür, in der AfD durchaus nicht nur eine politische Eintagsfliege im unmittelbaren Kontext der Europawahl, sondern eine zumindest mittelfristige politische Bezugsgröße im bürgerlich-konservativen Wählerlager zu sehen. Die

3 Marcel Lewandowsky: Alternative für Deutschland (AfD). A New Actor in the German Party System. International Policy Analysis. Friedrich-Ebert-Stiftung 2014.

4 Aiko Wagner: Vor der Europawahl: Die Wähler in der Bundesrepublik. Forum empirische Sozialforschung. Konrad-Adenauer-Stiftung 2014, S. 35.

Europawahl ist eben nicht nur eine Nebenwahl; als Nebenwahl ist sie immer auch eine günstige Startrampe für neue Parteien.

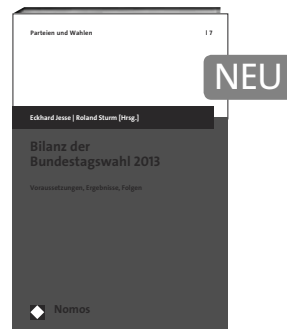
Fünftens

Gerade weil die SPD ihren Wahlkampf ganz wesentlich auf Martin Schulz als Spitzenkandidaten ausgerichtet hatte und damit die Personalisierung ihrer Kampagne „europäischer“ gestalten wollte als die wiederum auf die „deutsche“ Bundeskanzlerin vertrauende Union, sollte man einen Blick auf das sozialdemokratische Abschneiden in einigen anderen europäischen Ländern werfen. Hier haben sich einige hoffnungsvolle Erwartungen nicht erfüllt.

So lag am Ende nicht nur die sozialdemokratische Fraktion im Europaparlament im Gesamtergebnis eindeutig hinter dem Bündnis aus Konservativen und Christdemokraten mit seinem Spitzenkandidaten Jean-Claude Juncker zurück und musste sich dann auch noch nolens volens für Juncker als Kommissionspräsident in die Schlacht werfen. Dass die neue Kommission zudem gewillt scheint, unter dem Motto „Freihandel, Liberalisierung und Reformen“ ihren bisherigen Kurs systematisch auszubauen, steht in deutlichem Gegensatz zu sozialdemokratischen Hoffnungen vor der Wahl und bestätigt ihren Ruf als unbeugsamen Gralshüter des Wirtschaftsliberalismus.

Zwar schnitten einige sozialdemokratische Parteien in Europa wie in Bulgarien, Rumänien und natürlich vor allem in Italien erfolgreich ab, aber insgesamt hat die Europawahl 2014 mit zahlreichen, eher ernüchternden Ergebnissen für die sozialdemokratischen Schwesterparteien kaum die Hoffnung nähren können, die wirtschaftlichen und sozialen Krisen in weiten Teilen Europas führten zu einer Rückbesinnung auf die Segnungen und Perspektiven sozialdemokratischer Politik und zu einem Aufschwung sozialdemokratischer Parteien. Im Gegenteil: Betrachtet man frühere Hochburgen der (west) europäischen Sozialdemokratie so zeichnen

Erste Analyse der Bundestagswahl 2013



Bilanz der Bundestagswahl 2013

Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen

Herausgegeben von Eckhard Jesse
und Prof. Dr. Roland Sturm

2014, 718 S., brosch., 129,- €

ISBN 978-3-8487-1118-5

(Parteien und Wahlen, Bd. 7)

www.nomos-shop.de/22213

Der Band bietet eine umfangreiche Bilanz der Bundestagswahl. Der erste Komplex analysiert das Wahlverhalten, der zweite bietet einen Überblick zu den Parteien, der dritte betrifft das politische Umfeld der Bundestagswahl, der vierte Teil widmet sich zentralen Politikfeldern, der fünfte dem internationalen Vergleich. Es handelt sich um die **erste Studie** zur Bundestagswahl 2013.

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos

sich besorgniserregende, ja teilweise dramatische Schwächen der sozialdemokratischen Parteien ab. In Schweden erzielten die Sozialdemokraten noch 24,4 Prozent, in Dänemark 19,1 Prozent, in den Niederlanden 9,4 Prozent – wobei die holländischen Sozialisten auch noch 9,6 Prozent erlangten –, und in Österreich lag die SPÖ bei 24,1 Prozent. In Frankreich kam die Partei von Präsident Hollande auf schmale 14 Prozent, und in Spanien fielen die Sozialdemokraten von starken 38,5 Prozent bei der letzten Europawahl 2009 auf diesmal nur noch 23 Prozent zurück. Im Vereinigten Königreich zeichnete sich ein Aufschwung ab, der weitgehend der deutschen Entwicklung glich. Nach dem trostlosen Abschneiden mit 15,3 Prozent bei der letzten Wahl, kam man diesmal auf 24,7 Prozent. Lediglich Italien bildete – wie schon gesagt – eine positive Ausnahme; hier stiegen die Sozialdemokraten unter ihrem neuen Führer Renzi von vormals 26,1 Prozent auf nunmehr 40,8 Prozent an.

Mögen in diese Ergebnisse auch erhebliche „Second-Order-Election“-Effekte einfließen, wie sie in den Wahlergebnissen der französischen und britischen Rechtspopulisten zum Ausdruck kommen. In ihrer Summe legen sie den Schluss nahe, dass die Sozialdemokratie gerade in ihren traditionellen europäischen Hochburgen nach fast zwei Jahrzehnten politischer Experimente mit den unterschiedlichen Varianten des „Dritten Weges“ nicht mehr – oder noch nicht wieder? – ein mehrheitlich attraktiver, selbstverständlicher politischer Bezugsrahmen in Zeiten gesellschaftlicher Krisen ist. Zwar scheint es wohl immer wieder möglich, wie die Wahlsiege der Sozialisten unter Hollande bei der letzten Präsidentschaftswahl in Frankreich und der Erfolg der Sozialdemokraten unter Renzi jetzt in Italien zeigen, mit der Beschwörung sozialdemokratischer Traditionen und den daraus erwachsenden Hoffnungen auf gerechtere Gesellschaften Wahlen zu gewinnen, vor allem wenn Gesellschaften mehr oder minder postdemokratische Regime wie die von Sarkozy oder Berlusconi erleben mussten.

Aber zugleich wird auch deutlich, wie schwierig sich die Umsetzung sozialdemokratischer Projekte unter den Zwängen der derzeit vorherrschenden wirtschaftspolitischen Leitideen und im Gemäuer der finanz- und steuerpolitischen Architektur in der EU gestaltet, wie groß das Risiko für Sozialdemokratie ist, auf dem „Dritten Weg“ geradewegs in der Sackgasse zu enden.

Sechstens

So hat die Europawahl 2014 – „Second-Order-Election“ hin oder her – beiden deutschen Volksparteien eigentlich wenig verheißungsvolle Ergebnisse beschert. Beide – Union und SPD – haben auch diesmal wieder nur bescheidene Mobilisierungserfolge erringen können, auch wenn die Vorgeschichte der Wahl dafür eine gute Grundlage abgegeben hätte. In beiden Resultaten stecken für die deutschen Volksparteien zudem bedrohliche Komponenten. Die Union sieht sich nunmehr erstmals trotz ihrer Position als eindeutig stärkste nationale Partei von einer neuen, potentiell recht stabilen bürgerlich-konservativen Partei herausgefordert, die die Hegemonie der CDU/CSU im bürgerlich-konservativen Lager bedroht und einer christdemokratischen Standortbestimmung neue Schärfe verleiht. Man wird den kommenden Landtagswahlen nicht unbedingt optimistisch entgegenblicken. Die SPD hat in der Bundesrepublik zum wiederholten Mal die magische 30-Prozent-Grenze nicht überschritten. Das wird innerparteilich die Frage nach zukünftigen Bündnissen und Koalitionen auf nationaler Ebene nicht leichter machen. Die Sozialdemokratie hat zudem erfahren müssen, dass ihr Politik- und Personalangebot auch auf der europäischen Ebene trotz aller Bemühungen derzeit nur auf begrenzte Resonanz stößt. Die Hoffnung, die europäische Zukunft könnte auch mit einer Renaissance der Sozialdemokratie verbunden sein, hat am 25. Mai einen empfindlichen Dämpfer erfahren. ■

↳ Dr. Gerd Mielke ist Professor am Institut für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Nicht-normiert und isoliert: Soziale Proteste in der Krise¹

von Steffen Liebig, Stefan Schmalz und Nico Weinmann



Foto: © jkemle - Fotolia.com

Dass die Finanz- und Wirtschaftskrise ab dem Jahr 2008 auch das gesellschaftliche und politische Gefüge Europas ins Wanken gebracht hat, ist nicht erst seit der jüngsten Europawahl bekannt. Dem vermeintlichen Protest an der Wahlurne ging eine Welle sozialer Auseinandersetzungen auf der Straße voran (z.B.: Gallas/Nowak 2012; Schmalz/Weinmann 2013, Bieling et al. 2014). In Südeuropa fanden Generalstreiks und Massendemonstrationen statt. Neue soziale Bewegungen wie die transnationale Occupy-Bewegung und die spanische Indignados entstanden, im Jahre 2011 erschütterten Unruhen viele Städte Englands und zwei Jahre später auch die schwedische Hauptstadt Stockholm. Den Hintergrund dieser Konflikte bildete eine

national und regional unterschiedliche Gemengelage aus steigender Arbeitslosigkeit, wachsender Prekarität und Marginalisierung, Rassismuserfahrungen sowie vor allem umfangreichen Austeritätsmaßnahmen, die für viele Beschäftigte mit massiven Sozialkürzungen, Eingriffen in die Tarifautonomie und Lohnsenkungen einher gingen. Viele dieser Entwicklungen berührten das Kerngeschäft der Gewerkschaften, die zentral an Mobilisierungen beteiligt waren. Neben ihnen betraten aber auch weitere, teils neue Akteure die Bühne sozialer Auseinandersetzungen. Sie trugen mit dazu bei, dass wesentliche Teile der Protestwelle an den Institutionen der industriellen Beziehungen und den parlamentarischen Vertretungen vorbei liefen (Hafeneger 2011; Deppe 2013: 263ff.). Diese zunehmende „Verwilderung des sozialen Konflikts“ (Honneth 2011: 15f.) wollen wir im

¹ In diesem Artikel werden einige Gedanken aufgegriffen und weiterentwickelt, die wir bereits in früheren Publikationen dargestellt hatten (z.B. in Schmalz/Weinmann 2013).

Folgenden als „nicht-normierte Konflikte“ bezeichnen und näher beleuchten (vgl. auch: Dörre 2010: 900; Schmalz/Weinmann 2013: 95ff.; Schmalz/Liebig i.E.). Zudem wird deutlich, dass die Intensität und Ausprägung der Konflikte stark mit den ungleichen Krisendynamiken korrespondiert. So blieben die großen Mobilisierungen bislang auf den Süden Europas begrenzt, wo die Krise mit besonderer Wucht durchschlug.

Der Klassenkonflikt durchbricht seine institutionelle Isolierung

Nach dem Zweiten Weltkrieg gingen namhafte Soziologen wie Ralf Dahrendorf davon aus, dass sich Klassenkämpfe in den entwickelten Industriegesellschaften in einer „institutionellen Isolierung“ befänden. Eingebettet in Gesetze und Institutionen der industriellen Beziehungen und tradiert durch Handlungsroutinen der Konfliktparteien spielte sich der „alte“ Klassenkonflikt“ zunehmend im Betrieb, in gemäßigten Bahnen und nicht mehr in der Gesellschaft als Ganzes ab (Dahrendorf 1957: 239). Der Pariser Mai 1968, der „heiße Herbst“ in Italien, der deutsche Septemberstreik 1969 oder auch die Streikwelle in Großbritannien 1971/72 stellten diese Diagnose bald in Frage. Seinerzeit kulminierten verschiedene soziale Auseinandersetzungen in einem Protest- und Streikzyklus, der sich in Intensität und Reichweite von der gesamten Nachkriegszeit abhob (Shalev 1978: 2; van der Velden et al. 2007: 13; Horn 2007). In der Folge erkämpften Gewerkschaften deutliche Reallohnsteigerungen, verzeichneten Mitgliedergewinne und es wurden Repräsentationslücken in den industriellen Beziehungen vor allem gegenüber Randbelegschaften geschlossen (Dubois 1978: 21ff.). Unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise 1974/75 orientierten sich Gewerkschaften dann wieder zunehmend auf tripartistische Zusammenarbeit mit den Regierungen (Gourevitch et al. 1984; Brandt u. a. 1982: 64ff.).

Gegenüber dieser Phase haben sich ab den 1980er Jahren und nach drei Jahrzehnten des neoliberalen Rollbacks die Grundlagen für gewerkschaftliches Handeln fundamental gewandelt. Niederlagen wie der gescheiterte Bergarbeiterstreik in Großbritannien 1984 verdrängten bald die Erinnerung an erfolgreiche Kämpfe. Die widerige politische Großwetterlage nach konservativen Regierungsübernahmen wie denen von Margaret Thatcher (1979-1990) und Helmut Kohl (1982-1998) schwächten gewerkschaftliche Positionen. Ökonomische Restrukturierungen, die Transnationalisierung der Unternehmen, Standortverlagerungen sowie Privatisierungen und Attacken auf die institutionellen Grundlagen der Arbeitsbeziehungen setzten den Gewerkschaften ebenso zu, wie die Persistenz struktureller Arbeitslosigkeit, der Anstieg prekärer Beschäftigung und das Umschwenken europäischer Regierungen auf eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Die Unternehmen (meist auch der Staat) zogen sich zunehmend aus tripartistischen Verhandlungen zurück (Deppe 2012: 39ff.). Verschiedene sozialdemokratische und sozialistische Parteien hatten sich unterdessen durch ihre Dritte-Weg-Politik von den Gewerkschaften abgewandt (Crouch 2008: 83ff.; Nachtwey 2009). Gepaart mit verkrusteten Handlungsroutinen und Repräsentationsdefiziten gegenüber Randbelegschaften, Beschäftigten im Dienstleistungssektor und Frauen drohten viele europäische Gewerkschaften die Gestalt „fraktaler Organisationen“ anzunehmen, in dem sie exklusiv die schrumpfenden Stammbeschaften vertraten (Dörre 2011). Auf diese Weise erodierte vielfach die Bindekraft der institutionellen Regeln der Einhegung von Klassenkonflikten.

Die Proteste in der Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise förderten diesen Prozess offen zutage. So hat mit dem Krisenbeginn 2008/09 die Protesthäufigkeit in Europa massiv zugenommen. Laut einer systema-

tischen Auswertung von Zeitungsartikeln der New York Times stieg die Anzahl der Protestereignisse vom Vorkrisenzeitraum 2004 bis 2007 auf den Nachkrisenzeitraum 2008 bis 2011 um rund 28,5 Prozent an.² Dabei nahmen klassenbasierte Proteste zu, in denen Forderungen klassischer Themen der Gewerkschaftsbewegung um die Arbeitswelt, Soziales, Wirtschaft oder Bildung überwogen. Ihr Anteil ist seit der Krise um fast zwei Drittel angestiegen und macht seit 2008 62,3 Prozent aller Protestereignisse aus, während die Häufigkeit der übrigen Konfliktfelder leicht zurückging. Die Protestierenden missachteten zunehmend institutionelle Verfahren bzw. war ihnen der Zugang zu normierten Konfliktformen von vorneherein versperrt. Der Anteil solcher nicht-normierter Konflikte³ wuchs von 31,2 (2004-2007) auf 35,9 Prozent (2008-2011) an. Häufig verstoßen Konflikte dieser Art explizit gegen Regeln, Moral oder Gesetze. Auf diese Weise sollen die in den Normierungen eingeschriebenen Machtverhältnisse herausgefordert werden, häufig indem mit der „Macht zu stören“ („disruptive power“; Piven 2008: Kap. 2) eine zentrale Machtressource der Träger nicht-normierter Konflikte ausgespielt wird. Obwohl innerhalb des wohlfahrtstaatlich geprägten Kapitalismus stets von der Koexistenz beider, normierter und nicht-normierter Konflikttypen auszugehen ist, kann im gegenwärtigen Protestzyklus ein Trend zur Deinstitutionalisierung ausgemacht werden.

Typen nicht-normierter Konflikte im Europa der Krise

Die jüngeren nicht-normierten Konflikte können in drei Typen unterschieden werden: Erstens führten unter den schweren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Repräsentationslücken und mangelnden institutionellen Rechte zu defensiven „wildem“ Betriebskonflikten. So brachen in der Krise in Frankreich, England und auch in Südeuropa wellenförmig Fälle von bossnapping⁴, wilden Streiks und Betriebsbesetzungen aus (Hayes 2012; Gall 2012). Die soziale Basis für diese Protestform ist die Industriearbeiterschaft. Als zweite Konfliktform haben sich politische Massenbewegungen etabliert. Sie sind klassische „polanyische Konflikte“ (Silver 2005: 34ff.), die sich gegen die Vermarktlichung der gesellschaftlichen Beziehungen richten. Im Fokus der Proteste steht dabei die staatliche Austeritätspolitik. Schon frühere Budgetkürzungen waren eine wichtige Ursache für teilweise gewalttätige Massenproteste (Ponticelli/Voth 2011). Neu ist jedoch, dass diese Kürzungen von einem „postdemokratischen“ Repräsentationsdefizit im politischen System begleitet werden (Crouch 2008), was bei den Protesten der spanischen Indignados besonders deutlich wird. Sie richten sich nicht nur gegen Sozialkürzungen, sondern fordern auch „democracia real“, echte Demokratie, ein. Die Sozialstruktur jener Massenbewegung deutet auf zwei Subtypen hin: Während der „Aufruhr der Ausgebildeten“ (Kraushaar 2012) der Indignados und Occupy-Aktivistinnen vor allem prekarierte oder arbeitslose Hochschulabsolventen zusammenbringt, die von den Gewerkschaften keine Vertretung ihrer Interessen erwarten, stehen in den Kämpfen gegen Sozialkürzungen und Austeritätsmaßnahmen oftmals Gewerkschaften – insbesondere aus dem öffentlichen Dienst – an der Spitze. Schließlich haben drittens

2 Die Daten stammen aus einer ersten Probeerhebung für den Aufbau von JenaConDa (Jena Conflict Dataset). Hierbei wurden soziale Konflikte über Schlagwörter aus den digitalen Archiven verschiedener Tageszeitungen erhoben und nach unterschiedlichen Kriterien (Aktionsform, Teilnehmerzahlen, beteiligte Organisation etc.) kategorisiert. Für den Zeitraum von 2004 bis 2011 wurden in der EU-27 insgesamt 792 Protestereignisse aus der New York Times aufgenommen. Ein besonderer Dank gilt den Studierenden des zweisemestrigen Seminars „Zum Wandel des sozialen Konflikts in Europa“, das 2011/12 am Institut für Soziologie an der FSU Jena unter der Leitung von Stefan Schmalz stattgefunden hat.

3 Unter nicht-normierten Konflikten haben wir in der Erhebung alle Konflikte mit den Aktionsformen Ausschreitung, Besetzung, Flash Mob, Cyberkrieg oder ziviler Ungehorsam sowie jene, bei denen Gesetzesverstöße bzw. unangemeldete Aktionen oder Gewalt vorlagen, gefasst.

4 Geiselnahme von Chefs

die verschiedenen städtischen Unruhen zu einem „bargaining by riots“ in den marginalisierten Stadtvierteln geführt. Das kann „trotz der unbestrittenen Relevanz von ethnischen oder geschlechtsspezifischen Konstruktionen – als Ausdruck von ‚Brotkonflikten‘, von spontanem, mitunter aber auch von organisiertem Klassenhandeln jenseits der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung analysiert werden“ (Dörre 2010: 900). Die Proteste erinnern an gewalttätige Massenausschreitungen, wie sie in England Ende des 18. Jahrhunderts von Unterklassen gegen steigende Brotpreise praktiziert wurden (Thompson 1971). Die Träger dieses Konflikttyps sind oftmals junge Erwachsene, die nicht nur arbeitslos oder prekär beschäftigt sind, sondern die auch in den Quartieren der Vorstädte leben und über einen geringen Bildungsgrad und damit dauerhaft schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt verfügen; ethnische Minderheiten und Männer sind klar überrepräsentiert. In Deutschland sind bisher alle drei Protestformen von geringer Bedeutung gewesen. Dies könnte sich jedoch ändern, falls bei einem weiteren Kriseneinbruch die Geschäftsgrundlage des „deutschen Krisenkorporatismus“ (Urban 2010) verloren geht.

Räumliche und soziale Isolation der Proteste

Darüber hinaus führt nicht zuletzt die ungleiche Entwicklung des Krisenverlaufs in Europa zu einer heterogenen Entwicklung der sozialen Kämpfe (Becker 2012: 467ff.). Das Epizentrum der Proteste ist bislang der europäische Süden. Nicht nur die Anzahl der Generalstreiks stieg hier deutlich an. Auch insgesamt ist die Zahl der Protestereignisse in den vier südeuropäischen Krisenländern rasch gewachsen. Zwischen 2004 und 2011 verdreifachte sich JenaConDa zufolge der Anteil der südeuropäischen Proteste in der EU-27 von 17,3 auf 50,9 Prozent.⁵ Dabei blieben die Proteste

räumlich isoliert. Anders als in der Protestwelle Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre wurden soziale Konflikte aus den Zentrumsstaaten wie Deutschland oder Österreich weitgehend ferngehalten. Denn selbst wenn manche Konflikte auch die Werkstore hiesiger Betriebe und in Form von Riots manche europäische Großstadt erreichten, artikulierten sie sich als gesellschaftlich verallgemeinerter Protest vor allem in der europäischen Semiperipherie. In Zeiten zunehmender europäischer Integration, liegt in der räumlichen Isolation ein wesentlicher Grund ihrer bisherigen Wirkungslosigkeit. Hinzu kommt eine soziale Isolation der Proteste. Sie fanden nicht nur an unterschiedlichen Orten statt, auch rekrutieren sie sich aus sehr verschiedenen Trägergruppen. Während in Griechenland breite Bevölkerungsteile seit 2010 massiv und plötzlich von der Krise betroffen waren, basierten die englischen Riots auf oftmals ethnisch vermittelten Marginalisierungsprozessen, die sich über viele Jahre hinweg vertieften. Entsprechend heterogen stellen sich nicht nur die spezifische Ursachen, sondern auch die Ziele und Inhalte der Protestierenden dar. Sie reichten von gewerkschaftlich organisierten Streiks, über Parteiengründungen bis hin zu Plünderungen oder Angriffen auf lokale Polizeistationen.

Offen bleibt vorerst die Frage, wie stabil diese Konstellation ist. Die deutsche Volkswirtschaft konnte die Krise in Europa vergleichsweise gut überstehen. Trotz eines wirtschaftlichen Einbruchs um 5,1 Prozent im Jahr 2009 wurden durch Maßnahmen wie die „Langzeit-Kurzarbeit“ die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt – unter dem Preis von Massenentlassungen von Leiharbeitern – vergleichsweise gering gehalten. Deutschland weist heute mit knapp über 5 Prozent und unter Jugendlichen mit unter 10 Prozent vergleichsweise niedrige Arbeits-

5 Aus der noch vorläufigen Probeerhebung für das Jahr 2012 ging hervor,

dass die Gesamtzahl der Konflikte leichtrückläufig zu sein scheint. Die Gesamtzahl der Konflikte bleibt weiterhin hoch.

losenraten auf. Hierfür waren jedoch auch günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen verantwortlich, da die Krise durch eine Exportoffensive auf außereuropäische Märkte (vor allem China) abgefedert wurde; auch profitierte die Staatskasse von Kapitalzuflüssen und niedrigen Zinsen für Bundesanleihen. Folglich fielen die Kürzungen nach der Krise geringer aus als in den meisten Nachbarländern, auch die Löhne im öffentlichen Dienst blieben stabil. Ferner konnten sich die deutschen Gewerkschaften neu aufstellen (Schmalz/Dörre 2013). Neben der Durchsetzung eines flächendeckenden Mindestlohns, konnten sie auch betriebliche Erfolge verbuchen: 2013 verzeichneten fünf Einzelgewerkschaften Mitgliedergewinne – vor allem unter Jugendlichen und prekär Beschäftigten. Zudem könnte eine jüngere Welle von Betriebsratsgründungen perspektivisch Repräsentationslücken in den Institutionen der betrieblichen Konfliktregulierung schließen. Wie stabil die europäische Krisenkonstellation im „deutschen Europa“ (Beck 2012) als Ganzes bleibt, hängt nicht unwesentlich davon ab, ob die fragile Erholung der europäischen Wirtschaft sich verstetigt.

Kein Ende der Proteste in Sicht?

Jenseits der Frage nach neuem Krisenpotential, herrscht in Europa gegenwärtig ein labiles (Un-)Gleichgewicht, das durch die Abwälzung der Krisenlasten auf die (Semi-)Peripherie der EU zusammengehalten wurde. Damit könnten sich auch die Bedingungen für eine ungleiche Konfliktodynamik weiter fortschreiben. Die jüngste Welle von politischen Massenbewegungen, wilden Betriebskonflikten oder städtischen Unruhen, resultierte nämlich nicht nur daraus, dass traditionelle Mechanismen und Institutionen der Konflikteinhegung nicht mehr richtig funktionieren. Der „Konsolidierungsstaat“ (Strecek 2013: 141) engt mit seiner Austeritätspolitik die Verteilungsspielräume weiter ein und zerstört in vielen Ländern die Institutionen der Konfliktnormierung. Beste-

hende soziale Konflikte werden so über die Krisenbearbeitung aktiv „entbettet“.

Versuche, die aktuelle Protestwelle auf ein Neues institutionell einzuhegen, würden hingegen an den Grundfesten der Austeritätspolitik rütteln. Hierfür müsste der soziale Gehalt der Proteste anerkannt und die herrschende Politik hinterfragt werden. Davon sind die Regierungen der EU derzeit weit entfernt. Stattdessen werden vermehrt Proteste repressiv eingedämmt. Hierbei ist eine Tendenz zu einer „autoritären Lösung“ erkennbar, die sich in einer Entdemokratisierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Krisenstaaten, einer überharten Rechtsprechung nach Unruhen (England) oder einer Beschneidung des Demonstrationsrechts (Spanien) äußert. Ob es jedoch gelingt, die Konflikte auf diese Art still zu stellen, ist fraglich. Umgekehrt darf als wahrscheinlich gelten, dass so der Nährboden für weitere soziale Konflikte bestellt wird. Dass damit zugleich die Möglichkeit reaktionärer politischer Proteste gegeben ist, haben wiederum nicht erst die Wahlerfolge rechter Parteien bei der jüngsten Europawahl deutlich gemacht, sondern u.a. bereits die massiven Mobilisierungen gegen die „Homo-Ehe“ in Frankreich zuvor. ■

Literatur:

- Becker, Joachim (2012): Blindstellen: ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 42 (3), S. 467-476.
- Bieling, Hans-Jürgen/ Haas, Tobias/ Lux, Julia (2014): Die Krise als Auslöser eines neuen europäischen Konfliktzyklus?, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 6:51, S. 231-249.
- Brandt, Gerhard/Jacobi, Otto/Müller-Jentsch, Walther (1982): Anpassung an die Krise. Gewerkschaften in den 70er Jahren. Frankfurt/M.: Campus.
- Crouch, Colin (2008) Postdemokratie. Berlin: Suhrkamp.
- Dahrendorf, Ralf (1957): Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft. Stuttgart: Enke.
- Deppe, Frank (2012): Gewerkschaften in der Großen Transformation. Von den 1970er Jahren bis heute; eine Einführung. Köln: PapyRossa.

- Deppe, Frank (2013): *Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand*, Hamburg: VSA.
- Dörre, Klaus (2010): Überbetriebliche Regulierung von Arbeitsbeziehungen, in: Gerd Günter Voß, Günther Wachtler und Fritz Böhle (Hg.): *Handbuch Arbeitssoziologie*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 873–912.
- Dörre, Klaus (2011): Funktionswandel der Gewerkschaften. Von der intermediären zur fraktalen Organisation, in: Haipeter, Thomas/ Dörre, Klaus (Hg.): *Gewerkschaftliche Modernisierung*, Wiesbaden: VS Verlag/Springer, S. 267–302.
- Dubois, Pierre (1978): *New Forms of Industrial Conflict 1960-1974*. In: Crouch, Colin/ Pizzorno, Alessandro (Hg.): *The resurgence of class conflict in Western Europe since 1968*, Bd. 2, S. 1–34.
- Gall, Gregor (2012): *The engineering construction strikes in Britain, 2009*. In: *Capital & Class* 36 (3), S. 411–431.
- Gallas, Alexander/ Nowak, Jörg (2012): Agieren aus der Defensive. Ein Überblick zu politischen Streiks in Europa mit Fallstudien zu Frankreich und Großbritannien, in: Gallas, Alexander/ Nowak, Jörg/ Wilde, Florian (Hg.): *Politische Streiks im Europa der Krise*, Hamburg: VSA, S. 24–106.
- Gourevitch, Peter A./Martin, Andrew/Ross, George/Allen, Christopher/Bornstein, Stephen/Markovits, Andrei (1984) *Unions and economic crisis. Britain, West Germany, and Sweden*. London, Boston: Allen & Unwin.
- Hafeneeger, Benno (2012): *Jugendproteste im Jahr 2011*, *Neue Praxis* 3/2012, S. 295–308.
- Hayes, Graeme (2012): *Bossnapping: Situating Repertoires of Industrial Action in National and Global Contexts*, *Modern & Contemporary France* 20 (2), S. 185–201.
- Horn, Gerd-Rainer (2007): *Arbeiter und "1968" in Europa: Ein Überblick*. In: Bernd Gehrke/ Gerd-Rainer Horn (Hrsg.): *1968 und die Arbeiter. Studien zum "proletarischen Mai" in Europa*. Hamburg: VSA, S. 27–52.
- Honneth, Axel (2011): *Verwilderungen des sozialen Konflikts. Anerkennungskämpfe zu Beginn des 21. Jahrhunderts* (MPIfG Working Paper, 11/4). Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Kraushaar, Wolfgang (2012): *Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Nachtwey, Oliver (2009): *Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party*. Wiesbaden: VS Verlag, Wiesbaden.
- Piven, Frances Fox/ Cloward, Richard A. (1992): *Normalizing Collective Protest*, in: Morris, Aldon D./McClurg Mueller, Carol (Hg.): *Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven: Yale University Press, S. 301–325.
- Ponticelli, Jacopo/ Voth, Hans-Joachim (2011); *Austerity and Anarchy: Budget Cuts and Social Unrest in Europe, 1919-2009* (Discussion Paper 8513). London: Centre for Economic Policy Research.
- Schmalz, Stefan/ Dörre, Klaus (Hg.) (2013): *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*, Frankfurt: Campus.
- Schmalz, Stefan/ Liebig, Steffen (i.E): *Ein neuer Protestzyklus? Zum Wandel des sozialen Konflikts in Westeuropa*. In: Dörre, Klaus et al. (Hg.): *Arbeit in Europa. Marktfundamentalismus als Zerreißprobe*. Frankfurt: Campus. [erscheint voraussichtlich September 2014]
- Schmalz, Stefan/ Weinmann, Nico (2013): *Zwei Krisen, zwei Kampfzyklen: Gewerkschaftsproteste in Westeuropa im Vergleich*, in: Schmalz, Stefan/ Dörre, Klaus (Hg.): *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*, Frankfurt: Campus, 76–98.
- Shalev, Michael (1978): *Lies, Damned Lies, and Strike Statistics: the Measurement of Trends in Industrial Conflict*, in: Crouch, Colin/ Pizzorno, Alessandro (Hg.): *The resurgence of class conflict in Western Europe since 1968*, Bd. 2, S. 1–19.
- Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin: Suhrkamp.
- Thompson, E. P. (1971): *The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century*. In: *Past & Present* 50 (2), S. 76–136.
- Urban, Hans-Jürgen (2010): *Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaftsmacht im Finanzmarkt- Kapitalismus: Der Fall Deutschland*, in: *WSI Mitteilungen* 63 (9), S. 443–450.
- van der Velden, Sjaak/Dribbusch, Heiner; Lyddon, Dave; Vandaele, Kurt (Hrsg.) (2007): *Strikes around the world 1968-2005. Case-studies of 15 countries*. Amsterdam: Aksant.

↳ Steffen Liebig ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am DFG-Kolleg „Postwachstumsgesellschaften“ in Jena.

↳ Dr. Stefan Schmalz ist akademischer Rat am Institut für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

↳ Nico Weinmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am „Fachgebiet für internationale und intergesellschaftliche Beziehungen“ an der Universität Kassel.

Sozialdemokratische Alternativen zur neoliberalen Austeritätspolitik

von Joachim Schuster

Die Ausgangslage ist alles andere als rosig. In vielen europäischen Staaten ist die durch den Zusammenbruch der Banken und Finanzmärkte 2008/09 verursachte Krise nicht überwunden. Das Wirtschaftswachstum in der Eurozone ist schwach, einige Staaten durchleben tiefe Krisenprozesse. Das Bruttoinlandsprodukt ist in mehreren Staaten erheblich geschrumpft. Die soziale Spaltung nimmt zu. Die Arbeitslosigkeit und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit erreichen zum Teil völlig inakzeptable Rekordhöhen. In 20 der 28 Mitgliedstaaten der EU liegt die Jugendarbeitslosigkeit über 20 Prozent, in Griechenland und Spanien sogar über 50 Prozent. Einem erheblichen Teil der jungen Generation wird damit die Teilhabe an der Gesellschaft verweigert, mit weitreichenden Auswirkungen auf deren weitere Lebensperspektive.

Diese Entwicklung wurde verschärft durch die Politik der Europäischen Union. Maßgeblich vorangetrieben durch Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble fordert die EU-Troika bis heute von den Krisenstaaten eine radikale Austeritätspolitik, die die wirtschaftlichen Probleme nicht vermindert sondern vergrößert. Es ist blanker Zynismus, dass nun angebliche erste Erfolge dieser Politik gefeiert werden, nur weil sich Staaten wie Irland, Griechenland und Portugal nun wieder selbst auf den Kapitalmärkten verschulden können. Hier wird gefeiert, dass die Banken und Vermögensbesitzenden wieder genug Vertrauen haben, an diesen Staaten Geld zu verdienen. Der Preis dafür ist die Zunahme der sozialen Spaltung, die Zunahme der Armut erheblicher Teile der dortigen Bevölkerung und die Perspektivlosigkeit für große Teile der jungen Generation.

Mit dieser Politik wird ein kapitalistisches Entwicklungsmodell auf die Spitze getrieben,

welches versucht, die gesamte Politik den Anforderungen der Kapitalverwertung international agierender Konzerne und Banken unterzuordnen. Dieses Wettbewerbsmodell setzt auf Lohnsenkungen in Verbindung mit einer Schwächung der Gewerkschaften, auf Steuerentlastungen für international agierendes Kapital, auf Kostensenkungen durch Abbau sozialstaatlicher, ökologischer oder arbeitsrechtlicher Regulierungen und auf die Privatisierung bislang öffentlich erbrachter Güter. Um die damit verbundenen Profit- und Expansionsmöglichkeiten des internationalen Kapitals umfassend entfalten zu können, bedarf es einer möglichst unregulierten Weltwirtschaft. Dies ist die grundlegende Logik etwa des geplanten Handels- und Investitionsabkommens (TTIP) zwischen der EU und den USA. Sollten die in der Diskussion um das Abkommen vorgebrachten Bedenken sich realisieren, würde die Demokratie damit endgültig der internationalen Ökonomie untergeordnet.

Die ökonomische Krise wird zur Krise des politischen Systems

Die kurz skizzierte ökonomische Krise und das dahinter stehende Politikmodell haben inzwischen zu einer nicht mehr zu übersehenden Krise des demokratischen, politischen Systems geführt. Dies kann beispielhaft an den Ergebnissen der Europawahl aufgezeigt werden. In nahezu allen Staaten wurden nationalistische Tendenzen gestärkt, weil der europäischen Ebene wenig Problemlösungsfähigkeit zugeschrieben wird. Häufig geht dieses Erstarren nationalistischer Strömungen einher mit einem deutlichen politischen Rechtsruck. Bemerkenswert ist, dass in einigen Krisenländern auch politische Alternativen von links zugelegt haben. Sowohl in Griechenland wie auch in Italien konnten linkssozialistische bzw. sozial-

demokratische Parteien erhebliche Zuwächse einfahren. In Frankreich und Großbritannien haben dagegen rechte und demokratiefeindliche Kräfte massive Gewinne verbuchen können. UKIP und der Front National stellen unverblümt das bestehende politische System in Frage. Das Heil wird in einer Verherrlichung des Nationalstaates und der Ablehnung der EU gesucht. Dies ist verbunden mit einer wachsenden Fremdenfeindlichkeit.

In Ansätzen ist das Erstarken des Nationalismus auch in Deutschland zu finden. Der Wahlerfolg der AfD ist dabei nur das eine Symptom. Das andere ist die Richtungsänderung im rechten demokratischen Parteienspektrum. Die Wahlkampfstrategie der CSU mit ihrem platten Versuch, durch Übernahme nationalistischer Argumentationen die AfD klein zu halten, aber auch die Diskussionen innerhalb der CDU über eine mögliche Kooperation mit der AfD im Europäischen Parlament sind hier deutliche Indizien.

Das Erstarken nationalistischer Tendenzen findet seinen Nährboden in der Zuspitzung sozialer und wirtschaftlicher Krisen innerhalb der EU. Dabei reicht – etwa in den führenden westeuropäischen Staaten – schon die Befürchtung weiter Teile der Bevölkerung, in den Sog der Krisenprozesse hineingezogen zu werden und für die angeblichen politischen Fehler in anderen Staaten zur Kasse gebeten zu werden.

Zunahme regionaler Disparitäten

Die Krisenprozesse haben zugleich Auswirkungen auf die Regionen und Kommunen. Regionale Disparitäten und Unterschiede zwischen den Regionen verfestigen und vertiefen sich, ein durchaus gewolltes oder zumindest in Kauf genommenes Ergebnis der betriebenen Wirtschaftspolitik.

Diese Tendenz zeigt sich auch in Deutschland. Lange Jahre galt in Deutschland das politische Prinzip der Herstellung gleichwertiger

Lebensverhältnisse. Dies hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Die Strukturunterschiede in Deutschland haben sich trotz mannigfaltiger Versuche gegenzusteuern verfestigt. Deutschland untergliedert sich heute in einen prosperierenden Süden, in einen mit einzelnen Strukturkrisen durchsetzten Nord-Westen und einen nach wie vor wirtschaftlich deutlich schwächeren Osten. Politisch wurde dies in den Debatten zum Wettbewerbsföderalismus gerechtfertigt. Befürworter eines Wettbewerbsföderalismus fordern einen stärkeren Wettbewerb zwischen den Regionen bei einer gleichzeitigen Reduzierung solidarischer Ausgleichsmechanismen. Begründet wird dies mit der Behauptung, dass die Regionen zu einem guten Teil selbstverschuldet in ihre problematische Lage geraten seien und nur durch einen intensiveren Wettbewerb, in dem die schwächeren Regionen ihre angeblichen Standortvorteile – etwa niedrigere Löhne – offensiv einsetzen und damit wirtschaftlich aufholen könnten. Die Ideologie des internationalen Wettbewerbs wird auf die regionale Ebene übertragen.

Schon in Deutschland hat das skizzierte Wachstumsmodell zu einer deutlichen regionalen Differenzierung geführt. Gravierender zeigt sich diese regionale Differenzierung in der EU. Hier geht es nicht nur darum, dass unterschiedliche regionale Lebensverhältnisse bestehen. Dieses grundlegende Phänomen gibt es seit den Anfängen der Europäischen Integration, auch wenn sich die regionale Heterogenität durch die vielen Erweiterungen erheblich vergrößert hat. Inzwischen ist aber als Folge der betriebenen Austeritätspolitik faktisch das Ziel des regionalen Zusammenhaltes aufgegeben worden. Mit diesem Ziel war nie die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den Regionen verbunden wohl aber die Verbesserung der Lebensverhältnisse in allen Regionen. Inzwischen drohen aber viele Regionen, vielleicht sogar ganze Länder von der Wohlstandsentwicklung abgehängt zu werden.

Sozialdemokratische Alternativen

Eine Fortschreibung der bisherigen neoliberalen Austeritätspolitik im Rahmen der EU bietet ökonomisch keine Perspektiven und ist politisch unakzeptabel. Eine weitere Zuspitzung ökonomischer und sozialer Krisen würde zudem den Bestand der Europäischen Union gefährden. Aufgabe einer sozialdemokratischen Alternative muss es sein, Schritt für Schritt ein neues Wachstumsmodell zu etablieren, welches wirtschaftliche Prosperität mit Umverteilung und sozialem Ausgleich verbindet. Eine solche Politik muss an mehreren Ebenen ansetzen.

Von herausgehobener Bedeutung ist die Veränderung der Antikrisenpolitik der EU. Diese basiert auf der Unterstellung, dass die wesentliche Krisenursache die übermäßige Staatsverschuldung in den Krisenstaaten sei. Ein Blick in die statistischen Daten zeigt, dass dies mitnichten der Fall ist. Die Krise ist ursächlich auf den Zusammenbruch des Bankensystems und der internationalen Finanzmärkte in den Jahren 2008 und 2009 zurückzuführen. Diese Krise hat sich schnell auf die Realwirtschaft ausgeweitet und aufgrund der in allen EU Staaten erforderlichen Stützung des Bankensystems die Staatsverschuldung in allen Staaten in die Höhe schnellen lassen. In Deutschland hat man 2009 auf diese Problemlage mit einem umfassenden Konjunkturprogramm, mit einer Ausweitung der Sozialtransfers in Form der massenhaften Ausweitung der Kurzarbeit und mit einer vorübergehenden erheblichen Ausweitung der Staatsverschuldung reagiert. Diese konjunkturstützenden Maßnahmen haben sehr schnell die erwünschte Wirkung erzeugt, sodass es sehr schnell möglich war, den Wachstumseinbruch 2008/2009 zu überwinden. Schon in den Jahren 2010/11 wurde das Vorkrisenniveau des BIP wieder erreicht.

Trotz aller Rhetorik von Schuldenbegrenzung und angebotsorientierter Politik war dies

im Kern eine antizyklische Wachstumspolitik. Es gilt nun, diese Politik auch in der gesamten EU durchzusetzen. Dazu bedarf es einer erheblichen Ausweitung der staatlichen Investitionen etwa in Bildung und zur Verbesserung der Infrastruktur. Das heißt für die Krisenstaaten natürlich auch eine vorübergehend höhere Neuverschuldung.

Eine solche Umorientierung muss einhergehen mit einer veränderten Verteilungspolitik. Die momentane Umverteilung von unten nach oben – bei der die breite Masse der Bevölkerung über Steuern, über die Reduzierung der Sozialleistungen und über Lohnkürzungen bzw. deutliche Lohnzurückhaltung die Kosten der Krise trägt und damit die Rettung der Banken und die Stabilisierung internationaler Finanzmärkte finanziert – muss umgekehrt werden. Die Verteilungsfrage muss im Sinne der breiten Mehrheit der Bevölkerung gelöst werden. D.h. maßgebliche Elemente zur Finanzierung eines solchen Politikwechsels wären die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die europäische Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung um die Steuervermeidung zu verhindern und international agierende Konzerne angemessen an der staatlichen Finanzierung zu beteiligen sowie die Abschaffung der Abgeltungssteuer für Kapitaleinkommen und die Besteuerung derselben im Rahmen der normalen Einkommensbesteuerung.

Die Verteilungsfrage thematisieren bedeutet auch, den Übergang zu einer Europäisierung der Schulden durch die Ausgabe von Eurobonds und die Einrichtung eines europäischen Schuldentilgungsfonds zu betreiben. Die von den Konservativen immer wieder beschworene no-bail-out-Klausel, nach der angeblich ein Haftungsausschluss für die Verschuldung anderer Staaten im Euro-Raum gewährleistet sei, ist eine bewusste Verschleierung der Realität. In einer Währungsunion besteht faktisch immer auch eine Haftungsunion, weil die letzte Alternative zum Ausschluss von Haftungsrisiken, nämlich der Ausschluss oder der Austritt

eines Landes aus der Währungsunion, mit immensen Kosten für alle Beteiligten verbunden ist. Deswegen bedarf es einer grundsätzlichen Unterstützung des momentan vertretenen Kurses der Europäischen Zentralbank. Sollte dieser mit einer klaren Wachstumsorientierung der Wirtschaftspolitik verbunden werden, können auch die Risiken der aktuellen Geldpolitik (Gefahr der Fehlallokation aufgrund extrem niedriger Zinsen und Strafzinsen bei zu geringer Kreditvergabe) ausgeschlossen werden.

Die Hinwendung zu einer Wachstumsorientierung wie auch die veränderte Verteilungspolitik muss begleitet werden von einer Eingrenzung der Finanzmärkte und die Bändigung ihrer destruktiven Kräfte. Die Schlüsselprojekte dazu sind die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die zur Verhinderung rein spekulativer Finanztransaktionen maßgebliche Beiträge leisten kann, sowie die Verbesserung der Bankenunion. Zwar sind mit den letzten Beschlüssen zum Aufbau einer Bankenunion maßgebliche Schritte gegangen worden. Damit der Grundsatz realisiert wird, dass Banken für die von ihnen verursachten Risiken auch selbst haften müssen und nicht die Risiken auf den Steuerzahler abwälzen können, bedarf es weiterer Verbesserungen etwa bei den Eigenkapitalvorschriften oder der Einführung eines Trennbankensystems.

Ein solches Umsteuern böte die Voraussetzungen dafür, dass in allen EU-Staaten die Krise in den Griff gebracht werden kann. Freilich bedeutet das nicht, dass strukturelle Fehlentwicklungen in den beteiligten Staaten ignoriert werden können. Vielmehr bedarf es klarer Vereinbarungen mit den Krisenländern, strukturelle Reformen durchzuführen, um ihren Teil zur Krisenbewältigung beizutragen. Zu denken ist etwa an Auflagen für Griechenland, ein funktionierendes Steuersystem aufzubauen, welches auch eine effektive Besteuerung hoher und höchster Einkommen gewährleistet, oder Auflagen an Spanien, die Ursachen

für die Entstehung von Spekulationsblasen am Immobilienmarkt zu beseitigen.

Mit diesen Maßnahmen würden zunächst die Rahmenbedingungen für die regionale und kommunale Entwicklung deutlich verbessert. Als letzter Schritt müsste dies ergänzt werden durch eine ökologisch nachhaltige Industriepolitik. Ökologisch nachhaltig, weil die Einleitung eines Wachstumskurses ohne eine wesentliche Steigerung der ökologischen Effizienz – also ohne die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltverschmutzung – sehr schnell an verheerenden ökologischen Konsequenzen scheitern würde. In diesem Kontext ist die Durchsetzung der Energiewende und eine drastische Steigerung des Anteils regenerativer Energien am Energieverbrauch ein Schlüsselement. Schließlich muss über eine industriepolitische Steuerung die räumliche Entwicklung der wirtschaftlichen Strukturen beeinflusst werden. Die anfangs beschriebene Notwendigkeit, staatliche Investitionen in den Bereichen Bildung, Infrastruktur (von Straßen bis Datennetzen) und regenerativer Energien bietet hierzu hervorragende Möglichkeiten. Eine solche Industriepolitik könnte nur konzipiert werden unter Beteiligung der EU, der Nationalstaaten aber eben auch der Regionen bzw. Kommunen. Damit wäre die Basis geschaffen, um die regionalen Disparitäten zu verringern und allen Regionen eine positive Perspektive zu ermöglichen.

In den nächsten Jahren wird darüber entschieden werden, wie sich die Gesellschaften in Europa weiterentwickeln werden. Wer die Zuspitzung sozialer Problemlagen mit den sich heute schon in Ansätzen abzeichnenden Konsequenzen für die Demokratie und den Charakter der Europäischen Union verhindern will, muss sich auf den Weg einer alternativen Politik begeben. ■

↳ Dr. Joachim Schuster ist Mitglied des Europäischen Parlaments.

Zunehmende Spaltung oder Solidarität? Regionen und Kommunen in der EU

von Michèle Knodt

Die Fragen nach dem wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt der Europäischen Union (EU) und gleichzeitig nach den Tendenzen der Dezentralisierung und eventuell Desintegration stehen seit vielen Jahren im Mittelpunkt vieler Diskussionen um die Zukunft Europas. Gerade die Europawahlen 2014 mit dem Erstarken europafeindlicher Parteien wie auch die regional unterschiedlichen Auswirkungen der schlimmsten Rezession der letzten fünfzig Jahre haben die EU auf eine harte Probe gestellt. Gibt es trotz dieser Tendenzen Ansätze für einen stärker solidarischen territorialen Zusammenhalt? Um dieser Frage nachzugehen, werden im Folgenden sowohl die europäische Kohäsionspolitik mit ihrem starken territorialen Fokus wie auch die Strategien der Regionen und Kommunen im Umgang mit der europäischen Politik betrachtet.

1. Ansätze der Kohäsionspolitik für einen solidarischen Zusammenhalt

Der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt der Europäischen Gemeinschaft stand schon früh auf der Agenda der Europäischen Gemeinschaften, entwickelte sich jedoch erst in den 1970er Jahren zu einer eigenständigen Politik und erhielt mit den 1980er Jahren eine von der europäischen Ebene adressierte regionale Komponente. Zwar hatten die Unterzeichnerstaaten der Römischen Verträge bereits in deren Präambel ihren Willen dargelegt, ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische Entwicklung voranzutreiben, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten, und den Rückstand weniger begünstigter Gebiete fördern, doch die konkrete Umsetzung in eine eigenständige Politik bedurfte der nachhaltigen Forderungen einzelner Mitgliedstaaten (vor

allem im Zuge der Erweiterungsrounden). Die europäische Strukturfondsförderung begann als „klassische“ Ausgleichspolitik erst mit der Einrichtung des „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) im Januar 1975. Daneben dienen der bereits bestehende Sozial- (ESF) und Agrarfonds (EAGFL) ebenfalls strukturpolitischen Maßnahmen. Das Instrumentarium bestand aus der Bereitstellung von Subventionen für Investitionen in vorab abgegrenzten Problemgebieten. Die Mittelvergabe erfolgte aufgrund der Disparitäten zwischen den Mitgliedstaaten, und nicht zwischen einzelnen Regionen, nach einem Länderschlüssel. Zum anderen wurde die EG-Politik aufgrund der fehlenden Kompetenzen als „ergänzend“ zu den Politiken der Mitgliedstaaten konzipiert. Letzteres wurde durch das Prinzip der Kofinanzierung gesichert. Danach wurden nur solche Projekte von der Gemeinschaft gefördert, die auch auf nationalem Niveau öffentliche Unterstützung im Rahmen regionaler Fördermaßnahmen erfuhren. Damit machte sich die Gemeinschaft abhängig von den unterschiedlichen Systemen der Förderung, der Rahmenplanungen und der Implementation in den Mitgliedstaaten. Diese Defizite aufzuarbeiten war Anstoß und Zielsetzung des Reformprozesses der europäischen Strukturfondsförderung, der im Jahr 1979 begann.

Die europäische Regionalpolitik in Form der Strukturfonds hat dabei vor dem Hintergrund der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion in den 1980er Jahren, der spürbaren Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes als Korrektiv zu den negativen Folgen der wirtschaftlichen Integration und der dritten Erweiterung der EG – um Spanien und Portugal als zwei leistungsschwächere Ökonomien mit erheblichen internen Struk-

turproblemen – immer mehr an Bedeutung gewonnen. Sie sollte den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt fördern und regionale Ungleichgewichte in Bezug unter anderem auf Wohlstand, Beschäftigung, Produktivität und Infrastruktur mindern. Mit der Reform im Jahre 1988 hat sich die Strukturpolitik der Europäischen Gemeinschaft von einer rein redistributiven Politik, in der den Mitgliedstaaten die innerstaatliche Verteilung und Investition der europäischen Mittel zur regionalen Entwicklung überlassen wurde, zu einer europäischen Regionalpolitik mit eigenen regionalen Programmen und Verteilungsprozedere entwickelt. Mit der Reform der Strukturfondsförderung von 1988 und deren Revision von 1993 wurden für die europäische Strukturpolitik vier Grundsätze in den Mittelpunkt gestellt – Konzentration und Additionalität der Mittel, Programmplanung und Partnerschaft. Das neu eingeführte Prinzip der Partnerschaft spielte insofern bei der Strukturfondsreform eine Schlüsselrolle, als es für die Anwendung der anderen Grundsätze bestimmend war. Es erfordert auf sämtlichen Stufen der Programmplanung und -implementierung eine enge Abstimmung zwischen der Kommission und sämtlichen zuständigen, vom jeweiligen Mitgliedstaat benannten nationalen, regionalen und lokalen Behörden.

Zudem betrat die EG mit der Gestaltung von Strukturfondsförderung insofern Neuland, als sie bis dahin als regulierende Instanz gesetzliche Regelungen und finanzielle Ressourcen als allgemeine Rahmenbedingungen geschaffen hatte, die für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen galten. Nun aber verfolgte sie einen gegensätzlichen Ansatz und schloss selektiv Akteure von der EG-Strukturfondsförderung aus. Damit begab sie sich in Konkurrenz zu den bereits existierenden selektiv geführten Eingriffen der nationalen und regionalen Ebene, ohne jedoch über deren politische Kräfte zu verfügen. Mit der Revision von 1993 sollten ebenfalls die Wirtschafts- und Sozialpartner in das Verfahren einbezogen werden, der Part-

nerschaftsgedanke somit auf die funktionalen Akteure erweitert werden. Damit wird mithilfe der europäischen Regionalpolitik eine aktive Vernetzung staatlicher und privater Initiativen betrieben und es werden neue Formen der Zusammenarbeit und Aufgabenverteilung etabliert. Die Europäische Kommission kann somit über die verfahrensmäßige Ausgestaltung ihrer Programme bestimmte Vorgaben für die Umsetzung der Programme machen.

Mittlerweile hat sich die Regional- und Strukturpolitik unter mehrfachen Reformen zur Kohäsionspolitik der Europäischen Union entwickelt und hat eine mehrjährige Finanzperspektive erhalten. Im Dezember 2013 wurde die jüngste Runde der Kohäsionspolitik mit der Programmperiode 2014-2020 verabschiedet. Sie umfasst eine Rahmenverordnung inklusive einer Regelung der unterschiedlichen Europäischen Fonds – Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Europäischer Sozialfonds (ESF), Kohäsionsfonds (KF), Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER), Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) – die unter dem Begriff „europäische Struktur- und Investitionsfonds“ (ESI-Fonds) zusammengefasst werden. Die Bedeutung der Kohäsionspolitik spiegelt nicht zuletzt das Finanzvolumen der Fonds wider, das sich mittlerweile mit ca. 47 Prozent des EU Haushalts in der gleichen Größenordnung wie die Agrarpolitik bewegt.

Mit der letzten Reform der Kohäsionspolitik 2013 wurde durch die verabschiedete Rahmenverordnung eine Verknüpfung der Kohäsionspolitik mit der „Europa 2020“ Strategie, der auf zehn Jahre angelegten Leitinitiative der EU für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum (Europäische Kommission 2010) geschaffen. Die Europa 2020 Strategie war als Partnerschaft zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten konzipiert. Mit der Verknüpfung der Kohäsionspolitik nahm die Kommission den Partnerschaftsgedanken erneut auf und setzte ihn in der Tradition der Regionalpolitik

um. Zwischen der Kommission und den Nationalstaaten sollen Partnerschaftsvereinbarungen geschlossen werden, die einen strategischen Rahmen für die langfristige Nutzung der Finanzmittel pro Mitgliedstaat festlegen sollen. Umgesetzt werden diese dann durch operationelle Programme, ähnlich der bereits mit der 1988er Reform geforderten Umsetzung nationaler Entwicklungspläne über Gemeinschaftliche Förderkonzepte bis zu den operationellen Programmen. Durch die neuen Partnerschaftsvereinbarungen sollen auf strategischer Ebene für jeden Mitgliedstaat die Mittel der unterschiedlichen Fonds besser miteinander verbunden werden und auf die Europa 2020 Ziele ausgerichtet werden.

Trotz dieser enormen finanziellen Anstrengungen ist es der EU bisher nicht gelungen den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt der EU nachhaltig zu erhöhen. Die Vollendung des Binnenmarktes, Erweiterungsrounden auf mittlerweile 28 Mitgliedstaaten sowie die regionalen und urbanen Auswirkungen der Finanzkrise haben die Konvergenz der Volkswirtschaften immer wieder abnehmen lassen. Die neue Reform der Kohäsionspolitik zielt dazu mit vielen Neuerungen auf eine stärkere Effektivität des Mitteleinsatzes und weit weniger als die zuvor praktizierte Politik auf den Umverteilungsmechanismus zugunsten weniger entwickelter Regionen. Vielmehr muss die effektive Verwendung der Gelder hin auf einen Mehrwert der gemeinsamen Europa 2020 Ziele konzipiert und gegenüber der Kommission, den anderen Mitgliedstaaten und einer europäischen Öffentlichkeit gerechtfertigt werden (Hartwig 2014, i.E.). Somit trägt die neue Fassung der Kohäsionspolitik zur Solidarität innerhalb der EU bei. Sie erwartet eine Rechtfertigung der zwischen Mitgliedstaaten inklusive ihrer Regionen und der Kommission ausgehandelten Maßnahmen und deren Effekten im Hinblick auf die Europa 2020 Ziele, vor allem des integrativen Wachstums. Insofern bleibt im Moment nur abzuwarten, ob und wie sich diese Strategie Solidaritätseffekt zeigt.

2. Regionales und Kommunales Handeln im europäischen Mehrebenensystem

Gleichzeitig mit der ersten Reform der Strukturfonds in den 1980er Jahren und der damit einhergehenden Umorientierung neben den nationalen auch auf regionale und kommunale Akteure wurde das Konzept des „Europa der Regionen“ verstärkt diskutiert. Die politische Beschäftigung mit Regionen entsprang (1) der Debatte um Verwaltungs- und Verfassungsreformen im Sinne einer Dezentralisierung in den 70er und 80er Jahren in einer Reihe westeuropäischer Länder; (2) der Diskussion über eine „Regionalisierung“ der wirtschaftlichen sowie politisch-administrativen Problembearbeitung und (3) den regionalen Bewegungen in einigen europäischen Ländern.

Die Diskussion um ein „Europa der Regionen“ wurde dabei angestoßen zum einen durch Regionen aus eher föderalen oder dezentralisierten Mitgliedstaaten wie insbesondere Deutschland, Belgien und Italien, aber zum anderen auch vorangetrieben durch Regionen aus eher zentralistischen bzw. unitaristischen Mitgliedstaaten wie Spanien und dem Vereinigten Königreich. Gerade im letzteren Fall konnte beobachtet werden, wie sich Regionen – vor allem Schottland – über die europäische Ebene Unterstützung für seine Emanzipationsbestrebungen im Devolution-Prozess erstritt. Innerhalb der EU führte sie vor allem seit Maastricht zu institutionellen Veränderungen der europäischen Ebene, die eine Stärkung der subnationalen Ebene zur Folge hatte. Diese Stärkung ging einher mit einer Einschränkung der Handlungsfähigkeit der Regionen durch die Dynamik der europäischen Integration. In Reaktion auf die Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit sowie der Eröffnung neuer Opportunitäten haben die Regionen seit Mitte der 1980er und vor allem in den 1990er Jahren unterschiedliche Kanäle geschaffen, um ihre Belange auf europäischer Ebene zur Geltung zu bringen, um mit ihrer Betroffenheit kons-

truktiv umzugehen. Die Kommunen haben diese Entwicklung zeitverzögert nachvollzogen. Im Folgenden seien diese Strategien kurz vorgestellt, um deren Effekte für solidarisches Handeln auf europäischer Ebene einschätzen zu können. Die Beschreibung der Strategien erfolgt zum Teil exemplarisch bezogen auf die deutschen Regionen bzw. Bundesländer.

Betrachtet man die regionalen Anpassungsleistungen aus Sicht der Regionen, so kann man folgende Strategien ausmachen (Knodt 2000): (1) das Bemühen der Regionen um erhöhte innerstaatliche Partizipation in EG-Angelegenheiten; (2) die direkte Vertretung ihrer Interessen auf europäischer Ebene; (3) die Institutionalisierung der direkten Interessenvertretung innerhalb des Institutionengefüges der EG/EU; (4) die Konstruktion transnationaler Räume; sowie (5) der Versuch der Kompetenzrückgewinnung. Die Strategien 2-4 werden auch von den Kommunen verfolgt (Knodt 2010).

2.1 Innerstaatliche Partizipation an Entscheidungen in EG-Angelegenheiten

Im Zuge der EG-Integration sind vor allem Regionen in föderalen und regionalisierten Nationalstaaten durch die zunehmende EG-Integration in ihren innerstaatlichen Mitwirkungsrechten beschnitten worden. Dies betraf in den 1980er und Anfang der 1990er Jahre vor allem die Regionen in der Bundesrepublik Deutschland, Belgien und Italien. So etwa die Verankerung der Mitwirkung der deutschen Länder durch die Formulierungen des neuen Art. 23 GG, in dem die Informations- und Mitwirkungsrechte der Länder durch den Bundesrat verankert wurden. Erstritten wurde von ihnen auch das Recht der *Entsendung von Ländervertretern in die deutsche Delegation* zu den Verhandlungen in den Beratungsgremien des Rates und der Kommission, die von dem Bundesratsverfahren be-

troffen sind. In der Bestellung der europäischen Gremien durch Ländervertreter ist dabei ein deutliches Übergewicht der wirtschaftlich starken Länder festzustellen.

2.2 Direkte Vertretung ihrer Interessen auf europäischer Ebene

Seit Mitte der 1980er Jahre haben sich die Regionen um einen direkten Kontakt zur europäischen Ebene bemüht. Regionen in föderalen und regionalisierten Staaten bauten damit eine Komplementärstruktur zur Einbindung durch den Nationalstaat auf. Wobei festzuhalten bleibt, dass die neue Strategie zusätzlich zur Interessenvertretung durch die Institutionen der föderalen bzw. regionalisierten Nationalstaaten erfolgt und diese zu keinem Zeitpunkt ersetzt hat. Regionen in dezentralisierten bzw. zentralistischen Staaten gewannen durch die Direktvertretung die Möglichkeit, ihre Interessen erstmals in die Europapolitik einzubringen und zusätzlich ihre Stellung innerhalb des Nationalstaates zu stärken. Kommunen haben in den letzten Jahren nachgezogen und eigene Büros eröffnet. Die finanzielle und personelle Ausstattung dieser Büros ist jedoch je nach wirtschaftlicher Potenz der Region stark unterschiedlich, was nicht ohne Konsequenzen für ein erfolgreiches Lobbying bleibt.

Des Weiteren bestehen direkte Kontakte aus der Verwaltung der Regionen und Kommunen heraus in die Europäische Kommission. Diese sind vor allem bei der Erarbeitung und Durchführung von Maßnahmen der Regionalpolitik wie auch der Forschungs- und Technologiepolitik notwendig. Hilfreich waren dazu die Einrichtung spezieller Europaabteilungen in den betroffenen regionalen Ministerien (in föderalen und regionalisierten Staaten), die Einrichtung spezieller Agenturen (in dezentralen und unitaristischen/zentralistischen Staaten)

wie auch die Nutzung von Secondment – der Entsendung eigener Beamter zur Mitarbeit in der Kommission auf Zeit – durch ausgewählte Regionen.

2.3 Institutionalisation regionaler Belange im Institutionengefüge der EG/EU

Mit den Verhandlungen der Vertragsrevision in Maastricht erlangte die Diskussion um die Vertretung regionaler Belange auf europäischer Ebene einen Höhepunkt. Die Forderungen der Regionen fanden an drei Stellen Eingang in den Maastrichter Vertrag. Erstens wurde das sogenannte Subsidiaritätsprinzip mit dem Maastrichter Vertrag zum ersten Mal in das Primärrecht der EU aufgenommen. Zweitens wurde im Vertrag von Maastricht die Möglichkeit eröffnet, dass neben den Vertretern der Nationalstaaten nun auch regionale Vertreter für einen Nationalstaat sprechen durften, sofern dies innerstaatlich erlaubt war (Art. 146 Maastrichter Vertrag) (s. oben). Drittens wurde mit dem „Ausschuss der Regionen“ (AdR) ein regionales Beratungsgremium geschaffen (Art. 198 Maastrichter Vertrag). In ihm können regionale und lokale Gebietskörperschaften ihre Interessen eigenständig und unmittelbar, d.h. nicht durch die Regierungen der Mitgliedstaaten, gegenüber Rat und Kommission artikulieren. Allerdings erfüllt er eine reine Beratungsfunktion; seine Befugnisse sind auf ein Anhörungsrecht und das Recht zur Abgabe von Stellungnahmen beschränkt.

2.4 Konstruktion transnationaler Räume

Die Zusammenarbeit von europäischen Regionen und Kommunen über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg geschieht aus zweierlei Motivation heraus. Zum einen gilt es, gemeinsame Probleme zu identifizieren und zu bewältigen, zum anderen dient die Zusammenarbeit der

Koordination und Verstärkung der Interessenvertretung auf nationaler aber vor allem auf europäischer Ebene. Je nach Motivation unterscheiden sich die Formen regionaler Zusammenarbeit: (1) Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, in der versucht wird durch Information und Koordination zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften positive Entwicklungen anzustoßen. (2) Interregionale Zusammenarbeit ausgewählter Regionen ohne gemeinsame Grenzen, die neben der Lösung gleichgelagerter Probleme vor allem in der gemeinsamen Vertretung von Interessen sowie der Stärkung der Region im eigenen Nationalstaat wie auch im europäischen System gewährleisten soll. (3) Interregionale Interessenvertretung aller Regionen Europas, die vor allem der Vertretung regionaler Interessen auf der europäischen Ebene dient.

2.5 Versuch der Kompetenzrückgewinnung

Von Beginn an haben regionale Entscheidungsträger vor allem in föderalisierten und regionalisierten Staaten auf die Beschränkung gemeinschaftlicher Aktivitäten gedrängt. Mitte der 1980er bis Ende der 1990er Jahre wuch diese Haltung den Bemühungen um stärkere Einbindung in die europäische Politik mit dem Ziel der besseren Einbindung und erhöhten Mitwirkung. Regionen wurde in diesem Modell die Rolle als aktive Mitspieler im Mehrebenensystem zugesprochen. Das Bild, das in dieser Debatte sowohl von den Regionen als auch von der Kommission bemüht wurde, war das der Partnerschaft zwischen Akteuren auf der europäischen und regionalen Ebene, und somit auch einer konsensorientierten Politikgestaltung. Bis Mitte der 1990er Jahre befanden sich die Strategien der deutschen Länder somit im Ein-

klung mit der Leitidee eines kooperativen Föderalismus und der konsensorientierten Politikgestaltung in mehreren Ebenen übergreifenden politischen Systemen als Konzept legitimer Ordnung. Diese wurde als angemessene und von allen Ländern geteilte Problemlösungsstrategie akzeptiert. In den letzten Jahren lässt sich jedoch ein Wandel in der Leitidee und dem Legitimationskonzept beobachten. Es scheint so zu sein, dass der äußerste Grad der Mitwirkung (innerstaatlich wie direkt) erreicht ist. Vor allem die deutschen Länder begannen ihren Schwerpunkt auf den Ausbau autonomer Kompetenzen zu legen. Die neue Strategie der Länder lässt sich sowohl in der Diskussion innerhalb einzelner Politikbereiche, als auch bei der institutionellen Weiterentwicklung im Rahmen von Regierungsgipfeln und Vorarbeiten zu Regierungskonferenzen beobachten. Dies trifft vor allem auf die deutschen Regionen zu, deren Forderungen nach einem Kompetenzkatalog und rigider Auslegung des Subsidiaritätsprinzips diesen Weg vorzeichnen. Innerhalb der deutschen Regionen sind es vor allem die wirtschaftlich stärkeren und in Bezug auf die Interaktionsfähigkeit gut ausgestatteten Regionen wie Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, die für autonome Kompetenzen, mehr Eigenverantwortung und den Umbau des Föderalismus in einen „Wettbewerbsföderalismus“ plädieren.

3. Chancen zunehmenden territorialen Zusammenhaltes in der EU

Die Fähigkeit der Regionen und Kommunen, den Anpassungsprozess zu gestalten, hängt, wie in Kapitel 2 bereits angedeutet, vor allem von zwei Bedingungen ab, die ungleich auf die Regionen verteilt sind: (1) die administrativen und finanziellen Ressourcen der Regionen und Kommunen und (2) die Fähigkeiten zur stra-

tegischen Interaktion innerhalb des europäischen Mehrebenensystems.

Eine große Rolle in Bezug auf die Akteursqualität spielt augenscheinlich die Ausstattung der Länder mit administrativen und finanziellen Ressourcen. Verantwortlich dafür ist vor allem die Wirtschaftskraft einer Region, aber auch deren Zuschnitt. Die unterschiedliche Potenz der Regionen und Kommunen hinsichtlich materieller Ressourcen macht sich in einer mehr oder minder intensiven Präsenz regionaler Interessen auf der europäischen Ebene bemerkbar. Fehlende administrative und finanzielle Ressourcen bedeuten gezwungenermaßen die selektive und weniger intensive Wahrnehmung regionaler Interessen.

Die Arbeiten von Kohler-Koch u.a. (1998) wie auch Knodt (1998) haben jedoch gezeigt, dass es neben der Bedeutung der administrativen und finanziellen Ressourcen einer Region die Fähigkeit regionaler Akteure, mit relevanten Akteuren in anderen Regionen und auf der europäischen Ebene zu interagieren einen weiteren entscheidenden Faktor bildet. Diese Fähigkeit variiert extrem nach Regionen. Die damit verbundene vielfältige Vernetzung der Region mit der europäischen Ebene wie mit anderen Regionen ist aber elementar für die Kommunikation regionaler Interessen. Dies trifft für Kommunen ebenfalls zu.

Beide Faktoren sind schwer zu beeinflussen. Sie resultieren jedoch in einer strukturellen Ungleichheit und Asymmetrie der Repräsentation der Interessen der Regionen und Kommunen. Vor allem gut ausgestattete und erfolgreiche Regionen/Kommunen können ihre Interessen besser in der EU durchsetzen. Sie tragen damit nicht immer zu einer stärkeren Integration, sondern eher zu Spaltungstendenzen bei. Interessenvermittlung im europäischen Mehrebenensystem fordert jedoch die Repräsentation der Interessen parallel auf vielen Ebenen. Der Ausschuss der Regionen als institutionalisierter und formaler Zugang

reicht bei weitem nicht aus. Zum einen setzt er viel zu spät im Politikzyklus an, verpasst somit das Agenda-Setting, und zum anderen muss ein Akteur im europäischen Mehrebenensystem viele Wege gehen, um erfolgreich seine Interessen zu repräsentieren. Dies gilt für funktionale wie auch für territoriale Interessen und somit auch für kommunale Akteure. Will man in der EU eine solche strukturelle Benachteiligung vermeiden, so sollte man über eine Möglichkeit einer Förderung des Zugangs auch für weniger potente regionale und kommunale Akteure nachdenken, ähnlich der Alimentierung schwacher zivilgesellschaftlicher Interessen durch die Europäische Kommission. Ansonsten wird sie weiterhin mit den Interessen einer bestimmten Gruppe von regionalen und kommunalen Akteuren konfrontiert sein und andere nicht zu Gehör bekommen.

Es bleibt abzuwarten, ob entsprechende Gegenstrategien zum Nichtgreifen von kohäsionspolitischen Maßnahmen wie die stärkere Verpflichtung auf das Adressieren von gemeinschaftlich erarbeiteten Integrationszielen im Rahmen einer neu konzipierten europäischen Kohäsionspolitik und ihre Verpflichtung auf die gemeinsame 2020 Strategie hier einen Weg zu stärker solidarischem Verhalten geben können. Die Stärke regionalistischer Parteien bei der Europawahl 2014 stellt dafür keinen Indikator dar. Zum einen sind regionalistische Parteien meist unter 5 Prozent in ihren jeweiligen Mitgliedstaaten geblieben. Zum anderen, so hat die Diskussion um ein Europa der Regionen gezeigt, stellen regionalistische Parteien und Bewegungen weniger für Europa als für die jeweiligen Nationalstaaten eine Bedrohung dar. In diesem Sinne sind die Stimmen aus Schottland, die bei einem Austritt der Briten aus der EU einen Beitrittsantrag Schottlands in Aussicht stellen, nicht als integrationsgefährdend einzuschätzen. Dagegen könnte die weitere Fokussierung der Mittel auf spezifische EU Ziele wie sie seit der Reform 1988 immer weiter vorangetrieben wurde und die Aufstockung der Mittel bis zu 500 Milliarden Euro, rechnet

man die nationalen Kofinanzierungsmittel hinzu, einen Effekt zeitigen. Eine weitere Erhöhung scheint hier nicht zielführend. Vor allem das immer weiter verstärkte Monitoring unter Angabe von festgelegten Zielen und Ressourcen sowie die Möglichkeit, bei guter Performance zusätzliche Mittel (aus der sogenannten „leistungsgebundenen Reserve“) für leistungstärkere Programme zur Verfügung gestellt zu bekommen, könnte bessere Effekte in der Verwendung der Mittel erbringen. Zudem sollte die Kohäsionspolitik, wie bereits in der Verknüpfung mit den 2020 Zielen und dem Europäischen Semester begonnen, stärker mit den unterschiedlichen Politiken und Programmen der EU verknüpft werden. Gerade eine Fokussierung der Kohäsionspolitik auf u. a. Energiepolitik ohne eine vernünftige Koordinierung mit DG Energie wird am Ziel vorbei führen. ■

Literatur

- Europäische Kommission (2010): Europa 2020. Eine Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, Brüssel, den 3.3.2010, KOM(2010) 2020 endg.
- Hartwich, Ines (2014, i.E.): Solidarische Kohäsionspolitik jenseits 2013, in: Knodt, Michèle/Tews, Anne, Solidarität im europäischen Mehrebenensystem, Baden-Baden: Nomos.
- Knodt, Michèle (1998): Tiefenwirkung europäischer Politik. Eigensinn oder Anpassung regionalen Regierens?, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Knodt, Michèle (2000): Europäisierung à la Sinatra. Deutsche Länder im europäischen Mehrebenensystem, in: Knodt, Michèle/ Kohler-Koch, Beate, Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung, Mannheimer Jahrbuch zur Europäischen Sozialforschung 2000, Bd. 5, Frankfurt/M/ N.Y.: Campus, 237-264.
- Knodt, Michèle (2010): Kommunales Regieren im europäischen Mehrebenensystem, in: Abels, Gabriele/Eppler, Annegret/Knodt, Michèle (Hrsg.), Die EU-Reflexionsgruppe „Horizont 2020-2030“. Herausforderungen und Reformoptionen für das Mehrebenensystem, Baden-Baden: Nomos, 153-168.
- Kohler-Koch u.a. (1998): Interaktive Politik in Europa: Regionen im Netzwerk der Integration, Opladen: Leske + Budrich.

☞ Dr. Michèle Knodt ist Professorin für Politikwissenschaft und Inhaberin eines Jean Monnet Lehrstuhls an der Technischen Universität Darmstadt.

Großbritannien nach der Europa-Wahl: Abkehr von Europa, Abkehr vom Vereinigten Königreich?

von Ed Turner

Einleitung

Die britische Politik wird gerade jetzt aufmerksam von anderen europäischen Ländern verfolgt. Die britischen Wähler/innen schicken den Rechtspopulisten Nigel Farage wieder nach Brüssel. Er gilt als unterhaltsamer und charismatischer Redner, sein Markenzeichen ist das Pint Beer in der Hand. Die britischen Parteien zeigen sich derzeit oft skeptisch gegenüber der EU: seien es Labour-Vertreter, die alles andere als Begeisterung bei der Aufstellung des Spitzenkandidaten Martin Schulz zeigten, oder die Tories, die eine Volksabstimmung über den Europa-Austritt im Jahr 2017 im Falle eines Wahlsieges im Jahr 2015 angekündigt haben und in der Zwischenzeit so tun, als wären sie wirklich lieber schon draußen. Zu dem schwierigen Verhältnis zu Europa kommt derzeit noch die brisante innenpolitische Situation mit dem möglichen Austritt von Schottland aus dem Vereinigten Königreich hinzu. Die Schotten stimmen in einer Volksabstimmung im September 2014 ab, der Ausgang wird derzeit laut Umfragen immer knapper.

Dabei stellen sich bei diesen Entwicklungen zwei Fragen, auf die in diesem Beitrag eingegangen wird, ohne definitive Antworten zu finden. Sind diese Tendenzen zur Mitte der Legislaturperiode einer Koalition, die niemand wollte und die gerade in Schottland ausgesprochen unbeliebt ist, und mit einer schwächelnden Wirtschaft als normal anzusehen, oder hat sich in Großbritannien etwas Grundlegendes verändert? Und: wie können Sozialdemokrat/innen, sei es in Großbritannien oder in anderen europäischen Ländern, darauf reagieren?

Der Europawahlkampf 2014

Schon lange vor der Wahl stand für die britischen Medien die „Story“ der Europawahl schon fest: Strahlender Wahlsieger würde Nigel Farage, Parteivorsitzender der *United Kingdom Independence Party* (UKIP), werden und Großbritannien würde dem EU-Austritt näher rücken. In den Wochen vor der Wahl erreichte UKIP so große Aufmerksamkeit wie nie zuvor. Der Umgang der Medien mit UKIP war so einseitig, dass mittlerweile hunderte Beschwerden bei den öffentlichen Rundfunkanstalten wegen unverhältnismäßiger Berichterstattung über UKIP eingegangen sind (Guardian, 30. Mai 2014).

In der Tat schien es UKIP unter Farages dynamischer Führung zu gelingen, die gesamte politische Klasse mit populistischen Sprüchen unter Druck zu setzen. Gerade die konservativen Hinterbänkler fürchteten, dass besonders in knappen Wahlkreisen UKIP dem konservativen Lager Stimmen abnehmen könnte, was im britischen Mehrheitswahlrecht zum Ausscheiden zahlreicher konservativer Amtsinhaber führen würde.

Der Premierminister und Parteivorsitzende der Konservativen, David Cameron, hatte sich erhofft, mit dem Versprechen einer Volksabstimmung zur EU-Mitgliedschaft im Falle der Wiederwahl der Konservativen bei den britischen Unterhauswahlen im Mai 2015 das Problem der UKIP zu lösen. Diese Strategie ist im Wahlkampf nicht aufgegangen. Zwei Gründe dafür lassen sich vermuten: Erstens hat die Wählerschaft von UKIP offenbar tiefergehende Kritik an der Politik der Konservativen als „nur“ die Fortsetzung der EU-Mitgliedschaft. Und zweitens wurde das Versprechen einer Volks-

abstimmung als Bestätigung, wenn nicht sogar als Aufwertung von UKIP, betrachtet.

Während des Wahlkampfes konnten selbst einige grobe politische Schnitzer Nigel Farage keine nennenswerten Probleme bereiten. So entpuppten sich etliche Kandidaten als Schwulenfeinde („Hochwasser im Süd-England sei die Reaktion Gottes auf die Homo-Ehe“) oder gar Rassisten. Farage schloss sie einfach aus der Partei aus und verwies darauf, dass dies Ausnahmen gewesen seien und dass es auch in anderen Parteien problematische Mitglieder gäbe. Als andere Parteien versuchten, auf unbeliebte Vorschläge wie eine Flat-Tax oder Kopfpauschalen im Gesundheitswesen im UKIP-Wahlprogramm aus dem Jahr 2010 hinzuweisen, bezeichnete er das ganze Programm kurzerhand als „Drivel“ (Unsinn) und lies wissen, dass er das Programm nie gelesen habe (BBC, 24. Januar 2014)!

Der liberaldemokratische Parteivorsitzende und Vize-Premierminister Nick Clegg forderte Farage zu zwei Fernseh-Debatten über Großbritanniens EU-Mitgliedschaft heraus. Farage sagte zu, und die Debatten fanden mitten im Wahlkampf statt. In beiden Fällen siegte nach Meinungsumfragen Farage deutlich. Demnach ermittelte das Institut YouGov, dass 68 Prozent

der Befragten der Ansicht waren, dass Farage das Duell gewonnen hätte, lediglich 27 Prozent sahen Nick Clegg in der Siegerrolle. Allerdings fielen die Ergebnisse bezüglich des möglichen Abstimmungsverhaltens bei einer Volksabstimmung über die EU-Mitgliedschaft knapper aus: 53 Prozent würden für einen Austritt stimmen, 39 Prozent dagegen (Guardian, 2. April 2014). Dennoch scheint Nick Cleggs Entscheidung, für die Liberaldemokraten Aufsehen durch die Teilnahme in den Debatten mit Farage zu erzeugen, ein großer Fehler gewesen zu sein.

Anders als die Liberaldemokraten hat die oppositionelle Labour-Partei versucht, sich im Wahlkampf eher auf Themen zu konzentrieren, die nichts mit der EU zu tun hatten. So stand am Tag der Herausgabe des Wahlprogramms beispielsweise der Vorschlag einer Mietpreisbremse an erster Stelle. Auch eine angebliche Bedrohung des nationalen Gesundheitswesens durch die Konservativen spielte eine starke Rolle, europapolitische Themen fanden sich – wenn überhaupt – im Kleingedruckten.

Das Ergebnis der Europawahl in Großbritannien

UKIP wurde eindeutiger Sieger der Europawahl (siehe Tabelle).

Tabelle 1: Ergebnis der Europawahl 2014 in Großbritannien

Partei	% (+/- im Vergleich zu 2009)	Sitze ((+/- im Vergleich zu 2009)
UKIP	27.5 (+ 11.0)	24 (+ 11)
Labour	25.4 (+ 9.7)	20 (+ 7)
Konservative	23.9 (- 3.8)	19 (- 7)
Grüne	7.9 (-0.8)	3 (+ 1)
Liberaldemokraten	6.9 (-6.9)	1 (- 10)
Schottische Nationale Partei	2.5 (+ 0.3)	2 (-)
Partei von Wales	0.7 (- 0.1)	1 (-)

Quelle: BBC. Anmerkungen: Die Schottische Nationalpartei kandidierte nur in Schottland, die Partei von Wales ebenfalls nur in Wales. Diese Ergebnisse beziehen sich nur auf England, Wales und Schottland, da andere Parteien in Nord-Irland antreten.

Das Ergebnis ließ sich durch die Konservativen und die Liberaldemokraten in keiner Weise schönreden. Labour hingegen wies darauf hin, dass das Ergebnis das Beste bei einer Europawahl seit 1994 gewesen sei und die Partei dramatisch zugelegt habe. Allerdings wäre gerade mitten in einer Legislaturperiode von einer oppositionellen Partei mehr zu erwarten gewesen.

Interessant waren zudem die regionalen Unterschiede. Labour konnte sehr gute Ergebnisse in London erzielen (36,7 Prozent, +15,4 Prozent), ebenso wie im Nord-Westen Englands (33,9 Prozent, +13,5 Prozent). Im Osten von England dagegen, wo viele wichtige Wahlkreise bei der nächsten Parlamentswahl 2015 liegen, kam die Partei lediglich auf 17,3 Prozent (+6,8 Prozent).

Natürlich löste der Wahlerfolg von UKIP eine Debatte aus. Was war der Grund für die Unterstützung dieser Partei? Und stellt UKIPs Erfolg in erster Linie eine Gefahr für die Konservativen dar oder könnte er auch für Labour gefährlich werden?

Wichtig ist dabei anzuerkennen, dass UKIPs Wähler nicht in erster Linie gegen die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens protestieren wollten. Stattdessen zeigten sie sich verärgert über die Entwicklung Großbritanniens, in erster Linie über die Einwanderung aus EU- sowie aus Nicht-EU-Mitgliedsstaaten, aber auch über gesellschaftliche Veränderungen, die sich z.B. in Einführung der Ehe für Homosexuelle erkennbar machten.

Kamen UKIPs Stimmen vor einigen Jahren in erster Linie aus dem konservativen Lager, mehren sich die Anzeichen, dass die Partei zunehmend auch die Stimmen enttäuschter Labour-Wähler bekam. So kam UKIP zum Beispiel in Rotherham, einst eine Labour-Hochburg in einer Bergbauregion, in der heute hohe Arbeitslosigkeit herrscht, auf 41 Prozent und ließ damit die anderen Parteien weit hinter sich (Rotherham Council 2014). Es war bei der Euro-

pa-Wahl ein oft zu beobachtendes Phänomen, dass gerade in Gebieten mit vielen Arbeitslosen UKIP vor allem bei Wählern ohne Hochschulabschluss und ohne Migrationshintergrund gut abgeschnitten hat. Dies setzte Labour unter Druck, die EU-Arbeitsmigration noch stärker zu kritisieren als bisher. So hat sich der Labour-Vorsitzende Ed Miliband bereits für die sofortige Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Jahr 2004 aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten, die ohne Übergangsregelungen erfolgte, entschuldigt (BBC, 22. Juni 2012).

Dennoch sollte man UKIPs Wahlerfolg nicht überbewerten. Das Phänomen des Erfolgs für populistische Parteien, gerade bei nachgeordneten Wahlen mitten in einer Legislaturperiode, ist in anderen Ländern auch bekannt. Teilweise legten diese Wahlsiege den Grundstein für weitere Erfolge bei Parlamentswahlen, oft aber auch nicht. Das Mehrheitswahlrecht bei britischen Parlamentswahlen stellt für UKIP ein erhebliches Hindernis dar. Außerdem gibt es schon einige Anzeichen, dass UKIPs Aufwärtstrend langsam nachlässt. Bei den Kommunalwahlen, die zeitgleich mit der Europawahl stattfanden, schnitt UKIP etwas schlechter ab als ein Jahr zuvor. Nach der Europawahl fand aufgrund eines korruptionsbedingten Rücktritts des lokalen Abgeordneten eine Nachwahl im konservativen Wahlkreis Newark statt. Aber UKIP lag, anders als bei der Europawahl, im selben Wahlkreis weit hinter den Konservativen. Überhaupt nahm der Druck auf UKIP aufgrund der größeren Aufmerksamkeit gerade in der Woche vor der Wahl sehr zu und ein „Weiter so“ ohne konkrete Politikvorschläge und ein breiteres Personalangebot jenseits von Nigel Farage scheint kaum mehr möglich.

Im Gegensatz dazu ist die Entscheidung über die Zukunft Schottlands im Vereinigten Königreich nach wie vor spannend. Die Gründe hierfür sind eindeutig anders als bei UKIP, obwohl auf den ersten Blick beide als „zentrifugale Kräfte“ erscheinen. Die schottischen Wähler sind viel stärker für eine EU-Mitglied-

schaft als die englischen. Laut einer Umfrage von Ipsos-Mori von 2013 würden 53 Prozent der Schotten für die Fortsetzung der Mitgliedschaft stimmen, nur 34 Prozent dagegen. In England dagegen sind 42 Prozent für die Mitgliedschaft, 50 Prozent dagegen (Ipsos-Mori 2013). Die schottischen Nationalisten benutzen häufig das Argument, dass eine Unabhängigkeit Schottlands eine Beibehaltung oder sogar eine Ausweitung der Sozialstaatlichkeit ermöglichen würde, während diese in Westminster in Frage gestellt wird. Es ist offensichtlich für die landesweit handelnden Parteien, also die Konservativen, Labour und die Liberaldemokraten, immer schwerer, in allen Teilen des Landes Wähler mit unterschiedlichen Wertevorstellungen anzusprechen. Die politischen Ansichten innerhalb des Landes driften immer mehr auseinander.

Lehren für die Sozialdemokratie?

Diese Lage stellt die Sozialdemokratie vor schwierige Herausforderungen. Ich würde fünf Thesen dazu vorstellen.

1. **Vernünftige Policy-Entwicklung ist dringend geboten.** Die Bedenken von vielen Wählern von UKIP sind nachvollziehbar. Die Löhne sind nicht so gestiegen wie die Lebenshaltungskosten und gerade der kritische Zustand des englischen Wohnungsmarktes treibt viele in die Armut. Natürlich lehnen wir Sozialdemokraten eine Analyse ab, die darauf hinausläuft, die EU und die Einwanderung hierfür verantwortlich zu machen. Aber umso wichtiger ist es dann, überzeugende und glaubhafte Antworten für diese Probleme zu finden. Labour ist da auf einem ziemlich guten Weg, etwa mit Vorschlägen zu einer Kappung der Heiz- und Stromkosten, einer Erhöhung des Mindestlohns, einer Mietpreisbremse und zu einer raschen Ausweitung des Wohnungsbaus. Die Kommunikation dieser Ideen lässt aber noch zu wünschen übrig.
2. **UKIPs Positionen einfach zu übernehmen, ist Gift.** Vieles spricht dafür, dass UKIPs Wähler von den inhaltlichen Botschaften der Partei nicht überzeugt sind. Insofern ist die Übernahme von konkreten Politikvorschlägen überhaupt nicht hilfreich. Die vage Analyse von UKIP, die EU und die Einwanderung seien an allem schuld, mag zwar auf etwas Resonanz stoßen, aber eine Übernahme dieser Ideen funktioniert dann eher als ihre Bestätigung. Weder Ed Milibands Entschuldigung für den raschen Zugang für mittel- und osteuropäische Arbeiter zum britischen Arbeitsmarkt, noch David Camerons Versprechen einer Volksabstimmung über die EU-Mitgliedschaft, hat der jeweiligen Partei in irgendeiner Weise geholfen. Wer gegen die EU bzw. gegen die Einwanderung protestieren möchte, wählt lieber das Original!
3. **Die Mobilisierung von Nicht-Wählern ist unumgänglich.** Etablierte Parteien machen heutzutage ganz gezielte Wahlkämpfe, z.B. mit Briefen an diejenigen Wähler, die in letzten Wahlen bereits zur Urne gingen oder durch gezielte Ansprache in Wahlkreisen mit knappen Mehrheitsverhältnissen. Das ist nachvollziehbar, aber eine gefährliche Strategie. Junge Leute wählen UKIP viel seltener als ältere. 19 Prozent der über 60-Jährigen entscheiden sich laut YouGov für UKIP, lediglich 7 Prozent der unter 40-Jährigen (Kellner 2014). Deren Wahlbeteiligung ist aber etwa 25 Prozent niedriger. Und was sozialpolitisch aus der Tatsache folgt, dass ärmere Leute gar nicht zur Wahl gehen und deshalb Armutsbekämpfung politisch kaum belohnt wird, kann man sehr gut in den Vereinigten Staaten beobachten.
4. **Man muß positiv für die EU sowie für das Vereinigte Königreich werben, und das geht nicht in erster Linie mit einer engen „Kosten-Nutzen“-Analyse.** Labours Europawahlkampf basierte darauf, kaum ein

Wort über die EU zu verlieren. Außerdem wurde es Nick Clegg überlassen, die EU zu verteidigen. Es ist alles andere als hilfreich, diese Rolle vom unbeliebtesten Politiker im ganzen Land spielen zu lassen! Selbst wenn die EU in Schutz genommen wird, sei es von Labour oder von den Konservativen, wird das durch die Rechnung getan, wieviel Geld pro Einwohner die EU mit sich bringt, anstatt auch mit Leidenschaft und mit Emotion zu überzeugen. Gerade jene Leidenschaft wurde sehr überzeugend von den EU-Gegnern um Nigel Farage in den Fernsehdebatten vermittelt. Bei der Volksabstimmung über Schottland ist es ähnlich: während Nationalisten-Chef Alex Salmond wunderschöne Bilder vom neuen Paradies mahlt, reden die nationalen Parteien über einen erzwungenen Austritt aus dem Pfund: Drohungen, die als unglaublich und zugleich abwertend empfunden werden. Stattdessen werden fortschrittliche Visionen für das Vereinigte Königreich dringend gebraucht!

5. **Engagierte Wahlkämpfe sind hierfür eine wichtige Bedingung.** Um positive Visionen zu präsentieren und gerade um ehemalige Nicht-Wähler zu mobilisieren, ist der persönliche Kontakt von Vorteil. Aus den Wahlergebnissen von Labour kann man sehr deutlich ablesen, wo die Partei vor Ort in ständigem Kontakt mit den Bürgern steht und wo dies seit Jahren versäumt wurde.
6. **Die EU wird Bürger nicht überzeugen, wenn sie nur als Austeritäts-Union verstanden wird.** Gerade dieses Selbstverständnis ist ja für Sozialdemokraten aus allen Ländern problematisch. Das ist auch eine Gefahr für diejenigen MdEP, die aus vermeintlich demokratischen Prinzipien den EVP-Kandidaten Juncker zum Kommissionspräsidenten wählen wollen. Dessen konservative Politik ist der Grund, weshalb Labour-MdEP ihn nicht

mitwählen wollen. Damit wollen sie ihre Ablehnung des neoliberalen Konsenses betonen.

Zusammenfassend: Es sind gefährliche Zeiten für Europa, aber auch für das Vereinigte Königreich. Albtraumszenarien, bei denen eine Labour-Mehrheit in Westminster nach einem Austritt von Schottland kaum mehr erreichbar erscheint und der Traum einer Sozial-Union auf europäischer Ebene endgültig begraben wird, sind leider nicht auszuschließen. Eine vorsichtige Reaktion, die schwierige Themen aus dem öffentlichen Diskurs ausklammert und hier und da nach rechts rückt, wird diese Gefahren gewiß nicht abwenden. Stattdessen werden überzeugende sozialdemokratische Antworten gebraucht, und zwar mehr denn je! ■

Literatur

- BBC, 22. Juni 2012: „Miliband shifts immigration policy, saying Labour ‘got it wrong’“, <http://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-18539472> (letzter Zugriff 11.06.2014).
- BBC, 24. Januar 2014, „Nigel Farage: 2010 UKIP manifesto was ‘drive!’“, <http://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-25879302> (letzter Zugriff 10.06.2014).
- Guardian, 02. April 2014, „Farage v Clegg, the debate for Europe“, <http://www.theguardian.com/politics/blog/2014/apr/02/farage-v-clegg-the-debate-for-europe-politics-live-blog> (letzter Zugriff 11.06.2014).
- Guardian, 30. Mai 2014, „BBC receives almost 1,200 complaints over UKIP election coverage“ <http://www.theguardian.com/media/2014/may/30/bbc-complaints-ukip-election-coverage-bias> (letzter Zugriff 10.06.2014).
- Ipsos-Mori (2013): Scots want EU referendum but would vote to stay in, <http://www.ipsos-mori.com/researchpublications/researcharchive/3131/Scots-want-EU-referendum-but-would-vote-to-stay-in.aspx> (letzter Zugriff 11.06.2014).
- Kellner, Peter (2014): Where UKIP gets its support, <http://yougov.co.uk/news/2014/02/24/where-ukip-gets-its-support/> (letzter Zugriff 12.06.2014).
- Rotherham Council (2014): European Election Results, http://www.rotherham.gov.uk/downloads/file/1140/2014_declaration_of_local_result_for_the_rotherham_local_counting_area (letzter Zugriff 11.06.2014).

↳ Dr. Ed Turner ist Dozent für Politikwissenschaft an Aston University, Birmingham, und zugleich als Labour-Mitglied Stellvertreter Ratsvorsitzender der Stadt Oxford.

Portugal: Wahlen unter Dauerkrise und Spardiktat¹

von Ismail Küpeli

Die gegenwärtige politische und ökonomische Krise in Portugal ist das Ergebnis von Entwicklungen, die sich seit Mitte der 1990er Jahre verfolgen lassen. Zwischen 1996 und 2000 war das Land in einer Wachstumsphase, in der das Bruttoinlandsprodukt um 3 Prozent bis 4 Prozent zunahm. Diese Phase war 2001 vorbei, als das Wirtschaftswachstum von zuletzt 3,2 Prozent (2000) auf 1,7 Prozent (2001) sank und mit der Einführung des Euros auf 0,8 Prozent einbrach. Dieser Einbruch des Wirtschaftswachstums ist vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen. Zum einen verloren durch die EU-Osterweiterung die portugiesischen Exportindustrien weiter an Bedeutung, da jetzt an der östlichen EU-Peripherie bei noch billigeren Löhnen produziert werden konnte. Zum Zweiten bedeutete die Euro-Einführung, dass Portugal auf die wirtschaftliche Stagnation nicht durch eine nationale Währungspolitik reagieren konnte, um etwa portugiesische Exporte durch eine schwache Währung zu verbilligen.²

Die wechselnden portugiesischen Regierungen reagierten eher abwartend auf diese Entwicklungen und umfangreiche Kürzungen im sozialen Bereich blieben aus. Konservative und SozialdemokratInnen setzten auf Staatsverschuldung, in der Hoffnung, dass es in absehbarer Zeit wieder zu einer Wachstumsphase kommen würde, wie schon Ende der 1990er Jahre. Die Staatsverschuldung stieg von 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (2000) auf 68 Prozent des BIP (2007). Die portugiesische Bevölkerung schloss sich dem an, so dass die Verschuldung der priva-

ten Haushalte von 88 Prozent des BIP (1996) auf 250 Prozent (!) des BIP (2011) stieg.

Portugal im Sog der Weltwirtschaftskrise

Spätestens mit der Weltwirtschaftskrise 2007 wurde klar, dass die Hoffnungen auf eine neue Wachstumsphase vergebens gewesen waren. 2008 sank das Wirtschaftswachstum in Portugal auf 0 Prozent. 2009 wurde die Kreditwürdigkeit des Landes herabgestuft, wodurch es für die portugiesische Regierung zunehmend schwerer wurde, auf den internationalen Finanzmärkten Kredite zu erhalten. Die Staatsverschuldung wuchs weiter auf 108 Prozent des BIP. Die Arbeitslosigkeit stieg von 4,5 Prozent (2000) auf 8,5 Prozent (2008).³ Nach Ansicht von Finanzexperten war Portugal nach Griechenland und Irland der nächste Kandidat für ein von der EU und dem IWF gesteuertes Austeritätsprogramm. Angesichts der großen Unruhen und der ungelösten Wirtschaftskrise in Griechenland versuchte die sozialdemokratische Minderheitsregierung in Lissabon, die Entscheidungsgewalt über die konkreten Maßnahmen zu behalten, indem sie selbst ein neoliberales Austeritätsprogramm entwarf, um dafür internationale Kredite zu erhalten.

Die portugiesische Regierung beschloss im März 2010 ein Programm für Stabilität und Wachstum („Programa de Estabilidade e Crescimento“, PEC). Das Programm beinhaltete zahlreiche Maßnahmen, wie etwa Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, Steuererhöhungen (u.a. der Mehrwertsteuer), Preissteigerungen für den Nahverkehr und Erhöhung der Gesundheitsgebühren. Der erste größere Protest gegen das Spar- und Kürzungsprogramm fand November 2010 statt,

¹ Der Beitrag basiert auf der Publikation „Nelkenrevolution reloaded: Krise und soziale Kämpfe in Portugal“ (edition assemblage, 2013, <http://www.edition-assemblage.de/nelkenrevolution-reloaded/>)

² Die negativen Auswirkungen der EU-Osterweiterung und die Einführung des Euro in Portugal werden inzwischen auch von sozialdemokratischen BeobachterInnen kritisiert (vgl. Caldas 2012).

³ Inzwischen liegt die Arbeitslosigkeit in Portugal bei über 16 Prozent.

als beide Gewerkschaftsverbände des Landes zu einem Generalstreik aufriefen. Das nächste politische Barometer war die Präsidentschaftswahl am 23. Januar 2011. Hier deutete die niedrige Wahlbeteiligung von etwa 46 Prozent (gegenüber ca. 60 Prozent 2006 und 2009) auf zunehmende Unzufriedenheit hin. Damit ging aber kein Stimmenzuwachs für die linken Parteien einher.

Die Situation änderte sich erst mit den Protestwellen im März 2011, als mehrere hunderttausend Menschen auf die Straße gingen. Angesichts der Massenproteste zog die konservative Opposition ihre Unterstützung für die Regierungspläne zurück. So konnte die sozialdemokratische Minderheitsregierung der PS die Sparmaßnahmen nicht durch das Parlament bestätigen lassen und war damit gescheitert.

Wahlen unter Spardiktat

Der Staatspräsident löste anschließend das Parlament auf, um Neuwahlen zu ermöglichen. Die gescheiterte sozialdemokratische Regierung führte die Staatsgeschäfte kommissarisch bis zur Wahl einer neuen Regierung weiter. Bis dahin waren für die Finanzierung des Staatshaushalts allerdings weitere Kredite nötig. Die sog. Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank und IWF) machte die Bewilligung von Krediten davon abhängig, dass alle größeren Parteien vor der Wahl schriftlich versicherten, dass sie die Maßnahmen, die von der Troika auferlegt werden, nach der Wahl umsetzen würden. Die Troika hatte in ihrem sog. Memorandum ein detailliertes Paket entworfen, das umfangreiche soziale Kürzungen, weitere Steuererhöhungen und Privatisierung der übrig gebliebenen staatlichen Betriebe beinhaltete. Beide konservativen Parteien und die Sozialdemokraten akzeptierten das Memorandum und verpflichteten sich dazu, die Maßnahmen umzusetzen. Damit war bereits vor den Parlamentswahlen klar, welche poli-

tischen Maßnahmen nach der Wahl erfolgen würden – und zwar unabhängig davon, ob die Konservativen oder die SozialdemokratInnen die Wahlen gewinnen würden.

Die Parlamentswahlen vom 5. Juni 2011 führten zum Sieg der beiden konservativen Parteien: Die Konservativen hatten in ihrem Wahlkampf immer wieder darauf hingewiesen, dass sie „wirtschaftsnah“ und der Wunschpartner der Troika seien und dass eine neoliberale Austeritätspolitik, die als „alternativlos“ galt, am effizientesten von ihnen umgesetzt würde. Das Kabinett der konservativen Koalition spiegelt dies wider. Ministerpräsident Pedro Passos Coelho ist ein Ökonom, ehemaliger Unternehmensberater und Manager. Viele MinisterInnen sind ebenfalls ÖkonomInnen und/oder kommen aus der „freien Wirtschaft“.

Die portugiesische Regierung setzte darauf, Musterschülerin der Troika zu sein, um so bessere Konditionen bei der Kreditvergabe zu erreichen und setzte in den folgenden Monaten die neoliberalen Krisenmaßnahmen, die im Troika-Memorandum „vorgeschlagen“ wurden, um. Die Maßnahmen lassen sich in drei Bereiche aufteilen:

- a) Erhöhung der Staatseinnahmen: Die Steuern wurden weiter erhöht und weitere Steuererleichterungen abgeschafft. Die Einkommenssteuer wurde auf Renten und Arbeitslosengelder ausgedehnt und die Mehrwertsteuer wurde auf 23 Prozent erhöht. Die Privatisierungen sowohl staatlicher Betriebe als auch staatlicher Firmenbeteiligungen und Aktienanteile wurden weiter forciert. Die Privatisierungen betrafen viele Sektoren, wie etwa Energie (z.B. die Energiegesellschaft EDP), Transport und Verkehr (z.B. die Fluglinie TAP und die Flughafenbetreibergesellschaft ANA), Banken (z.B. BPN) und Medien (z.B. Teile der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt „Rádio e Televisão de Portugal“).

- b) Senkung der Staatsausgaben: Neben weiteren Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst wurden die Renten und Arbeitslosenhilfen gekürzt. Die Ausgaben für die staatlichen Gesundheits- und Bildungssysteme wurden ebenfalls deutlich heruntergefahren. Dies ging mit Entlassungen von LehrerInnen und KrankenpflegerInnen einher. Ebenso wurden staatliche Investitionen in vielen Bereichen, wie etwa dem Bau von Straßen und Bahnlinien, eingestellt und die Subventionierung erneuerbarer Energiequellen, wie etwa Wind und Sonne, wurden abgeschafft.
- c) „unternehmerfreundliche Politik“: Hierzu zählen alle Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, die Bedingungen für Unternehmen auf Kosten der ArbeiterInnen zu verbessern. Die Reduzierung von bezahlten Feiertagen gehört ebenso dazu, wie die Abschaffung von Sonderzahlungen, etwa des Weihnachtsgeldes.

Diese neoliberale Umgestaltung wäre wahrscheinlich ohne das Drohszenario eines Staatsbankrotts und eines Rauswurfs aus der Euro-Zone nicht möglich gewesen. Insofern haben sowohl die konservativen Parteien in Portugal als auch ihre Kreditgeber EU und IWF die gegenwärtige Krise als Chance genutzt, unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen. So konnten die Rechte und Ansprüche der ArbeiterInnen zurückgedrängt und die staatlichen Leistungen für Bedürftige deutlich eingeschränkt werden, um so insgesamt die Profitabilität der kapitalistischen Produktion in Portugal zu steigern.

Allerdings wurden die inneren Widersprüche dieser Strategie schnell sichtbar, weil etwa Entlassungen im öffentlichen Dienst zwar zu sinkenden Staatsausgaben führen, aber gleichzeitig damit sinkende Steuereinnahmen und höhere Ausgaben für Arbeitslosenhilfen einhergehen. So etwa führten die



Bei diesem Band handelt es sich um das leicht überarbeitete und um die Zeit nach der Bundestagswahl 2009 bis zum SPD-Mitgliederentscheid 2013 erweiterte Kapitel „Geschichte der Strömungs- und Faktionskämpfe der SPD“ der im Nomos Verlag erschienenen Publikation „Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei“.

Der Autor analysiert die Geschichte der SPD-Flügel nach 1945 und legt dar, dass sie Transmissionsriemen sozialer Milieus und gesellschaftspolitischer Lager und damit Gradmesser für den Erfolg der SPD sind. Die Hochzeit der SPD als linke Volkspartei in den 1970er Jahren mit über 40 Prozent der Wählerstimmen und über einer Million Mitgliedern war auch die Erfolgszeit der SPD-Flügel. Erst mit der Ausgrenzungspolitik unter dem SPD-Vorsitzenden und Kanzler Schröder setzte mit der Verabschiedung der Agenda 2010 die Krise der SPD ein. Sie fand bei der Bundestagswahl 2009 ihren Höhepunkt und dauert bis heute an. Die Geschichte der SPD-Flügel zeigt Auswege aus der Krise auf und weist anhand von programmatischen und personalpolitischen Aushandlungsprozessen nach, dass eine partizipatorische Politik mehrheitsfähig ist und sich nicht auf legitimatorische Mitgliederentscheide beschränken muss.

spw-verlag, 178 Seiten, € 18,00

Maßnahmen 2012 zu einem Rückgang der Staatsausgaben um 2,33 Prozent, gleichzeitig sanken jedoch die Staatseinnahmen um 3,6 Prozent, so dass die Gesamtauswirkungen auf den Staatshaushalt eher negativ waren.⁴ Nicht anders ist es bei Lohnkürzungen, die natürlich zu sinkenden Konsumausgaben führen – und damit zu sinkenden Absätzen der Unternehmen, nicht zuletzt ablesbar daran, dass das Bruttoinlandsprodukt 2012 um etwa 3 Prozent sank und für 2013 eine weitere Wirtschaftsschrumpfung von 1,9 Prozent prognostiziert wird. Die Maßnahmen der Troika führten also vielmehr zu einer Verschärfung der Krise als zu ihrer Überwindung. Dies erklärt auch die ständigen Regierungskrisen in Portugal.

Widersprüchliche Signale: Massenproteste versus Parlamentswahlen

Zunächst blieb die weitere politische Entwicklung nach 2011 in Portugal widersprüchlich: Einerseits hatten die Massenproteste im Frühjahr in Portugal darauf hingedeutet, dass ein wachsender Anteil der Bevölkerung die schweigende Unzufriedenheit überwunden hatte und bereit war, gegen die neoliberale Krisen- und Regierungspolitik auf die Straße zu gehen. Andererseits verhalfen die WählerInnen wenige Monate später den Konservativen zur Macht, die die Politik, die noch schärferen EU/IWF-Pläne umzusetzen, unterstützt und bereits vor der Wahl angekündigt hatten.

Die wachsende soziale Unzufriedenheit führte nicht zu einem Stimmenzuwachs für die linken Oppositionsparteien. Im Gegenteil: Der „Bloco de Esquerda“ (Linksblock, BE) kam nur noch auf etwa fünf Prozent – ein deutlicher Verlust im Vergleich zu den zehn Prozent bei den letzten Wahlen. Eine naheliegende Erklärung hierfür ist, dass Linksblock-PolitikerInnen den regierenden Sozialdemo-

kratInnen im Wahlkampf Koalitionsangebote gemacht hatten, während der Linksblock gleichzeitig gegen die Prekarisierung agitierte. Die sozialdemokratische Regierung hatte diese Verschlechterung der Lebensverhältnisse jedoch mit vorangetrieben.

Auch die kommunistische PCP erreichte mit 7,91 Prozent nicht mehr WählerInnen als zuvor. Die PCP konzentrierte ihren Wahlkampf darauf, sich als „linke und patriotische Kraft“ darzustellen, und setzte auf die Anti-EU/IWF-Stimmung in der Bevölkerung. Allerdings erreichte dieser Ansatz wenige neue WählerInnen außerhalb der traditionellen Parteiklientel. Auch war kein relevantes Sinken der Wahlbeteiligung zu beobachten, das als Abwendung von der herkömmlichen Parteienpolitik und Hinwendung zu neuen Formen unmittelbarer und basisdemokratischer sozialer Proteste verstanden werden könnte.

Protestbewegungen in der Zwickmühle?

Die Massenproteste mit hunderten Tausenden DemonstrantInnen und Generalstreiks, an denen sich mehr als eine Million Menschen beteiligen, sind recht eindrucksvoll. So ist es nicht sonderlich überraschend, dass etwa deutsche Linke sehnsüchtig in den europäischen Süden blicken. Allerdings verrät ein genauer Blick auf die bisherigen Kämpfe deren Schwächen und Grenzen. Bisher konnte die konservative Regierung die größeren Proteste und Streiks aussitzen, weil diese als Einzelspektakel keine nachhaltige Wirkung erzielen konnten. Die Massenproteste dienen so dazu, „Dampf abzulassen“.

Zwei Aspekte führen dazu, dass die Proteste bisher wenig politische Auswirkung hatten. Zum Ersten wählt eine überwiegende Mehrheit der PortugiesInnen nach wie vor sozialdemokratisch oder konservativ – und damit die Parteien, die für die Fortführung der neoliberalen Politik stehen. Weder die PCP noch der BE konnten aus der Unzufrie-

⁴ Vgl. Caldas 2012: 4.

denheit mit der Regierungspolitik WählerInnenstimmen schöpfen – der BE hat sogar massiv an WählerInnenstimmen verloren. Damit es in der parlamentarischen Demokratie Portugals zu einem grundlegenden Politikwandel nach links kommt, müssten aber diese beiden Parteien deutlich zulegen. Der zweite Aspekt hängt mit den linken Oppositionsparteien PCP und BE selbst zusammen. Beiden Parteien gelingt es – aus unterschiedlichen Gründen – nicht, eine ehrliche und für beide Seiten gute Kooperation mit den Protestbewegungen zu etablieren. Die PCP will (oder kann) ihren Führungsanspruch nicht aufgeben und versucht vielfach, die von ihr unabhängigen Aktionen, Vernetzungen und Organisationen auszubooten oder sich einzuverleiben. Der BE wiederum versucht wiederholt, mit der sozialdemokratischen Partei (PS) zu kooperieren, so etwa durch Angebote, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu tolerieren, die ebenfalls ein neoliberales Austeritätsprogramm verfolgt. Solche Angebote der BE führen dazu, dass die Menschen, die derzeit gegen solche Programme protestieren und streiken, wenig Anreize haben, den BE zu wählen oder gar mit ihr zu kooperieren. Der massive Verlust an WählerInnenstimmen bei den letzten Wahlen dürfte damit zusammenhängen.

Derzeit ist nicht abzusehen, ob und wie sich diese Zwickmühle auflöst und die Proteste gegen die neoliberale Krisenpolitik an politischer Bedeutung gewinnen können. Glücklicherweise konnten zumindest bisher rechtspopulistische und faschistische AkteurInnen nicht zulegen, wie etwa in Griechenland.

Konservative Koalition ohne Herausforderer?

Die Wahlen zum EU-Parlament am 25. Mai 2014 machen deutlich, dass die konservative Koalition weiter an Zustimmung verliert und die sozialdemokratische PS sich langsam von ihrer tiefen Niederlage bei den Parlaments-

wahlen 2011 erholt. Weiter im linken Spektrum kann die kommunistische PCP leichte Gewinne verbuchen, aber die Partei kann offensichtlich wenig von der EU-kritischen Stimmung in der Bevölkerung profitieren. Allerdings ist eine Kooperation zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten weitgehend ausgeschlossen und so lassen sich diese Zugewinne im „linken Lager“ nicht addieren. Der linkssozialdemokratische „Linksblock“ (BE) könnte eine Scharnierfunktion haben und die Stimmen im „linken Lager“ zusammenführen. Allerdings hat der „Linksblock“ weiter an Stimmen verloren und hat bei der Europawahl 4,6 Prozent der Stimmen erhalten. Die innerparteilichen Kämpfe haben angesichts der wiederholten Wahlniederlagen an Schärfe gewonnen, sodass der Linksblock eine solche zusammenführende Rolle im linken Lager nicht spielen kann.

Insgesamt kann die konservative Koalition die sinkende Zustimmung in der Bevölkerung gut verkraften, weil zum Ersten die Opposition im Parlament kein gemeinsames Gegenprogramm zu der jetzigen neoliberalen Austeritätspolitik aufstellen kann und zum Zweiten die Protestbewegungen auf der Straße massiv an Kraft verloren haben. ■

⇒ Ismail Küpeli ist Politikwissenschaftler und Aktivist. Er lebt derzeit in Portugal und berichtet regelmäßig über die Folgen der Wirtschaftskrise und die Proteste gegen die neoliberale Krisenpolitik.

Europäische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik – zwölf Thesen

von Helmut Martens

Foto: © Claudia Paulussen - Fotolia.com



Vorbemerkung¹

Die Prognosen erheblicher Wahlgewinne europakritischer, rechtspopulistischer oder rechtsradikaler Parteien haben sich bestätigt. Sie haben etwa ein Fünftel der Sitze im EU-Parlament gewonnen – und zugleich liegt die Wahlbeteiligung trotz des Versuchs, durch Aufstellung von Spitzenkandidaten der „Parteienfamilien“ den demokratischen Charakter der Wahlen zu stärken, europaweit wieder nur bei 43 Prozent. Man kann sich schwer entscheiden, was man besorgniserregender finden soll. Die Sozialdemokratie hat hierzu-lande ihre deutlichen Zugewinne – die der

AfD waren gleichwohl höher! –bejubelt, leidet aber in Südeuropa, und inzwischen auch in Frankreich darunter, dass sie im nationalstaatlichen Rahmen jeweils die via Brüssel forcierte Restaurationspolitik als Medizin gegen die sogenannte „Schuldenkrise“ bis zum bitteren Ende geschluckt bzw. (Frankreich) inzwischen selbst propagiert hat. Immerhin zeichnet sich ab, dass die Regierungen in Italien und Frankreich nun Korrekturen der strikten Restaurationspolitik fordern werden.

Die Hoffnung von Sozialdemokraten und Sozialisten, stärkste Fraktion im EU-Parlament werden zu können, hat sich zerschlagen, aber auch die Christdemokraten haben ca. 20 Prozent ihrer Sitze im europäischen Parlament eingebüßt. So ergibt sich die Tendenz zu einer großen Koalition. Auch das mag kleine Änderungen der herrschenden Restaurationspolitik ermöglichen, ganz sicher aber nicht eine

¹ Die nachfolgenden Thesen wurden einige Zeit vor der Europawahl verfasst. Zu deren Ergebnissen ist deshalb nunmehr eine knappe Vorbemerkung angebracht. Die Thesen und die ihnen zugrundeliegenden Fragen werden durch die Ergebnisse der Europawahlen in ihrer Dringlichkeit bestätigt. Siehe zu den „Thesen und Fragen zur Europa-Krise“, formuliert im Hinblick auf die Jahrestagung des Forums Neue Politik der Arbeit am 11./12. 04. 2014, auch www.drhelmutmartens.de.

Veränderung der EU-Politik „in Gänze“, wie sie Martin Schulz vor der Wahl gefordert hatte. Die „Hängepartie“ um die Bestellung des Präsidenten der EU-Kommission zeigt zudem, dass der Ministerrat alles andere als eine Stärkung des EU-Parlaments anstrebt und so die Europawahl für die Wähler nachträglich noch entwertet.

Zu gewärtigen haben wir also im Kern eine Fortsetzung des „Weiter-so“ der letzten Jahre. Und wenn man sieht, wie die herrschende Politik und die sie flankierende mediale Öffentlichkeit den Umstand kommentieren, dass in Griechenland Syriza als Wahlsieger und stärkste Partei ins EU-Parlament einzieht – nämlich vor allem mit Sorge um die Fortsetzbarkeit der „Reformen“, die angeblich erste Erfolge zeitigen –, dann muss man zutiefst beunruhigt sein.

Vor Augen haben wir so ein Europa ohne Europäer, einen herrschenden Politikbetrieb, der sich damit beruhigt, noch immer deutliche Mehrheiten der Demokraten zu verzeichnen, dabei aber das Problem niedriger Wahlbeteiligungen verdrängt. Bis auf weiteres dürfte das die Fortsetzung der von der Bundesregierung geforderten und weitgehend durchgesetzten Sparpolitik befördern, von der man hierzulande augenscheinlich meint, sie als vorgeblich alternativlos weiter forcieren zu sollen und auch, flankiert von der medialen Öffentlichkeit, aussichtsreich durchsetzen zu können. Kritik von links bleibt in den Leitmedien weiter marginalisiert. Von Deutschland aus, sozusagen „im Auge des europäischen Sturms“, mag sich das – die hiesigen kurzfristigen wirtschaftspolitischen Interessen fest im neoliberal beschränkten Blick – immer noch so darstellen. Aber man soll nicht glauben, dass die dramatischen Folgen der Europa-Krise in den südeuropäischen Ländern ohne weitere Gegenbewegungen bleiben werden. Die Griechische Entwicklung dürfte kein Einzelfall bleiben, solange es nicht zu deutlichen Kursänderungen kommt. Es wird deshalb Zeit, die dynamische

Entwicklung einer neuen Linken dort, und in schwächeren Ansätzen auch in Portugal und Spanien, angesichts der Unzufriedenheit, die sich derzeit allenthalben rechtspopulistisch artikuliert, als Hoffnung für wirkliche Veränderungsimpulse zu begreifen.

1. Der herrschende Politikbetrieb kann aus der Europa-Krise nicht herausführen.

Sieben Jahre nach Beginn der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise lässt sich der herrschende Politikbetrieb in der Europäischen Union – mit der Regierung Merkel als treibender Kraft – nach wie vor von den Finanzmärkten und einer „international abgehobenen Managerklasse, die auf ‚ihre‘ Politiker wie auf unfähige Bedienstete herabblickt“ (Habermas 2013, Freeland 2012), zu einer Austeritätspolitik drängen, die die EU spaltet und sich zu einer manifesten Bedrohung für die im „Elitenprojekt Europa“ ohnehin unterentwickelte Demokratie auswächst. Ein Zusammenbruch der Finanzwirtschaft wurde verhindert, aber „die Voraussetzungen für die Rückkehr auf einen Wachstumstrend mit starken Beschäftigungseffekten (sind) heute schlechter als in den 1930er Jahren“ (Zinn 2013, 58). Zugleich gilt: ohne ein kurzfristig dringliches „standard-keynesianisches“ Wachstumsprogramm „wird Europa (...) im Depressionssumpf versinken“ (Zinn 2013, 48). Dass es nach „vier Jahren Dauerkrise“ derzeit einige Hinweise darauf gibt, dass „die Talsohle erreicht sein könnte“ feiert die EU-Kommission gerade als Erfolg ihrer Austeritätspolitik; aber die wirtschaftliche Lage hat sich nicht wegen sondern trotz der Austeritätspolitik leicht gebessert. Beschäftigungsschaffendes Wachstum bleibt außer Sicht, und die Erholung ist alles andere als stabil. (vgl. Bsierske 2014, 32f). Wie lange diese in hohem Maße widersprüchliche Konstellation ein Zeitfenster für die Kräfte offen hält, „die für ein anderes Europa streiten“, wird die Zukunft erweisen müssen (Urban 2013). Führende Gewerkschafter fragen heute völlig zu Recht: „Ist Europa noch zu retten?“

2. Nach dem moralischen Verschleiß der sozialistischen Alternative ist die herrschende TINA²-Politik der heillose Verzicht auf Politik.

Der Marxismus als die große Hoffnung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Arendt 2003) erweist sich zwar noch immer als unverzichtbares Instrument zum Verständnis der ökonomischen Krise des Kapitalismus: Aber die Implosion des Staatssozialismus, der einmal real existiert hat, hat dem neoliberalen Rollback nicht zuletzt auch deshalb zusätzliche Schubkraft verliehen, weil damit die Idee des Sozialismus nun definitivmoralisch verschlissen worden ist. Das „Gespenst des Kommunismus“, das das kommunistische Manifest vor über 150 Jahren einmal, durchaus geschichtsmächtig, heraufbeschworen hat, ist Geschichte. In einer Lage, die so womöglich noch aussichtsloser erscheinen könnte, als sie die Marxismuskritikerin Hannah Arendt in ihren nachgelassenen politischen Schriften schon seit der Mitte des letzten Jahrhunderts bezeichnet hat, geht es heute erneut darum, einen Entwurf alternativer Entwicklungsoptionen auf der Höhe der Zeit auszuarbeiten.

Innerhalb einer nach neoliberalen Geist globalisierten Welt ist es allerdings das „Gespenst des Kapitals“ (Vogl 2010), das das Denken und Handeln bestimmt. In der Folge sind wir mit postdemokratischen Entwicklungen konfrontiert. Die herrschende TINA-Politik der Durchsetzung von angeblichen Sachzwängen ist in Wahrheit der Verzicht auf Politik. Trotz wachsender Legitimationsprobleme und der zunehmenden Gefahr, dass „die Demokratie auf der Strecke bleiben wird“, reicht der „phantasielose Machtopportunismus der Parteien“ (Habermas 2013) aber noch immer aus, um den herrschenden Politikbetrieb weiter am Laufen zu halten. Und die Bedeutung der europäischen Handlungsebene für

dessen Justierung bleibt für die BürgerInnen vielfach im Nebel: Weniger als 40 Prozent der Beschäftigten im Organisationsbereich der IG Metall halten Europa für ein sehr wichtiges Handlungsfeld (Lemb/Urban 2014,49).

3. Der sozialdemokratische Pragmatismus ist in dieser Lage keine „Tugend der Orientierungslosigkeit“.

Die deutsche und europäische Sozialdemokratie hat nach dem Ende der „goldenen Jahrzehnte des Fordismus“ und der Implosion des Realsozialismus, der immerhin für die Herausforderung stand, selbst Alternativen „dritter Wege“ zu verfolgen, die Perspektiven eines „neuen Reformismus“ (v. Oertzen 1984) zu einer Weiterentwicklung der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien über den so leidlich gebändigten Kapitalismus hinaus aus den Augen verloren. Zu Zeiten der Regierung Schröder wurde im Bundeskanzleramt stattdessen, verknüpft mit der Frage nach den „Bedingungen und Grenzen des Vertrauens in Politik“, eine neue „Tugend der Orientierungslosigkeit“ ausgerufen (Nowak 2001, kritisch dazu Martens 2013, 174ff). Unter dem Druck eines stetig forcierten neoliberalen Rollbacks wurde so faktisch eine Aufgabe früherer Reformpolitiken in Anpassung an die Versprechen einer nunmehr besseren Zukunft im Zeichen entfesselter Märkte vollzogen. Das Ergebnis war jedenfalls ein Verlust in das Vertrauen sozialdemokratischer Politik. Der Reformbegriff in den herrschenden Diskursen zielt schon lange nicht mehr auf Verbesserungen für die Menschen.

4. Die Verdopplung gesellschaftlicher Reichtumsproduktion ist Chance und Herausforderung für ein „reifere zivilisatorisches Modell“.

Wir haben in den vergangenen 40 Jahren eine Verdopplung der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion erlebt. Nach der Krise der Nachkriegsordnung, die u.a. in den kul-

² Abkürzung für „there is no alternative“

turevolutionären Bewegungen im Ausgang der 1960er Jahre sichtbar wurde, hat das neoliberale Rollback, die Antwort auf die Krise des Fordismus im Zeichen „neuer Arbeit“ „zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung“ zu geben versucht (Martens/Peter/Wolf 2001) – verknüpft mit einer Art „paradoxa Wunscherfüllung“ im Blick auf die Forderungen der Bewegungen im Ausgang der 1960er Jahre nach mehr Mit- und Selbstbestimmung. Im Zeichen der damit verbundenen Formen „neuer Arbeit“ (Martens 2014b) wird heute von den Beschäftigten auf fast allen Ebenen unternehmerisches Mitdenken gefordert. Während aber die Renditeerwartungen des Kapitals sakrosankt blieben und im Zeichen Ackermanscher Setzungen gar in ungeahnte Höhen stiegen, vollzogen sich neue gesellschaftliche Spaltungsprozesse, erlebten wir die Erosion der gesellschaftlichen Mittelschichten, die „Metamorphosen der Lohnarbeit“ (Castel 2000) und die Entstehung eines neuen Prekariats (Castel/Dörre 2009). Der Aufforderung nach auch unternehmerischer Mitverantwortung der sogenannten neuen „Arbeitskraftunternehmer“ entsprechen keinerlei Ansätze zur Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft. Vielmehr erodierten alte institutionell befestigte Mitbestimmungsrechte. Zugleich wachsen die ökologischen Risiken des auf entfesselten Märkten forcierten ökonomischen und technologischen Fortschritts. V. Weizsäcker u.a. (2010) sprechen vor diesem Hintergrund heute von der Notwendigkeit zu einem „reiferen zivilisatorischen Modell“ zu gelangen. Was dies heißt, wäre aber erst noch auszubuchstabieren (Martens 2014a).

5. Die „marktkonforme Demokratie“ ist die hilflose Fortsetzung des in die Krise geratenen „Eliten-Projekts“ Europa.

Unübersehbar befinden wir uns inzwischen in Europa, so formuliert Jürgen Habermas zutreffend, „auf dem postdemokratischen Weg zu einem marktkonformen,

das heißt auf Finanzmarktimperative zugeschnittenen Exekutivföderalismus.“ Im Konzept einer solchen „marktkonformen Demokratie“, für deren Durchsetzung die Bundeskanzlerin die gegenwärtige Krise nutzen will (Merkel 2013), würde nicht nur die Demokratie auf der Strecke bleiben. Die Chance, die Finanzmärkte immerhin innerhalb eines Wirtschaftsraumes kontinentalen Ausmaßes, zu regulieren, wurde so vergeben, und der so eingeschlagene Weg blieb ökonomisch und politisch hochgradig krisenanfällig (Urban 2013). Die europäische Einigung nach 1945 ist ein von wirtschaftlichen und politischen Eliten über die Köpfe der Bevölkerung hinweg betriebenes Projekt gewesen (Enzensberger 2011). Doch die Erfahrungen der „Nacht des 20. Jahrhunderts“ und eines dynamischen Wiederaufbaus in den „goldenen Jahrzehnten des Fordismus“ beförderten in den auch nationalstaatlich immer nur „halben Demokratien“ für lange Zeit ein hinreichend attraktives Europa-Bild, das sich in den 1970er Jahren sogar mit einem Aufbruch zu mehr Demokratie im je nationalen Rahmen – in Deutschland und den skandinavischen Ländern v. a. durch eine Demokratisierung der Wirtschaft – zu verbinden schien.

6. Die alten Leitideen europäischer Integration werden durch deren neoliberale „Fortsetzung“ zerstört, und die Euro-Krise hat überall den euroskeptischen Rechtspopulismus verstärkt.

Die entsprechenden Hoffnungen in der Aufbruchphase der europäischen und deutschen Sozialdemokratie in den 1970er Jahren waren jedenfalls groß; und obwohl die damaligen „Leitideen“ in den 1980er Jahren längst durch neue neoliberale Konzepte und Versprechen ersetzt wurden, behielten sie für die Menschen in den Ländern des implodierten Realsozialismus hohe Attraktivität. Heute sind es so ganz unterschiedliche, aber immer hoch widersprüchliche Erfahrungen,

die die Menschen in den Großregionen Europas verarbeiten müssen. Wenn ihre seit langem in einer „Politikverflechtungsfalle“ (Scharpf 1985) verfangenen Eliten da die alten Leitbilder weiter hochhalten und zugleich die einseitig kapitalfreundliche Politik der vergangenen Jahrzehnte – die ihnen keineswegs mehr entsprechen, vielmehr inzwischen europäische Primärrechte verletzen (Fischer-Lescano 2014, Buntenbach 2014) – in Europa weiter forcieren, muss das zu einer wachsenden Europaverdrossenheit führen. Inzwischen vertrauen nur noch 31 Prozent der Europäer den europäischen Institutionen (Standard-Eurobarometer 2013). An die Stelle der neoliberalen Versprechungen und Hoffnungen zu Beginn des Jahrhunderts sind inzwischen Angst vor dem Abstieg, vor Armut und Überfremdung getreten. Zunehmend flüchtet man in den vermeintlich naturwüchsigen Halt nationaler Zugehörigkeiten. Die Euro-Krise hat überall den euroskeptischen Rechtspopulismus verstärkt. Umfragen belegen, dass heute in den potentiellen Geberländern einer europäischen Transferunion Mehrheiten für eine fällige Veränderung der europäischen Verträge nicht leicht zu gewinnen sind. Und in den europäischen Ländern im Süden und Osten schwindet die Integrationskraft der überkommenen politischen Institutionen, leiden Sozialdemokratie und Gewerkschaften an „Schwindsucht“ und grassieren separatistische und rechtspopulistische, zunehmend auch offen rechtsradikale Strömungen. Dies sind nicht zuletzt auch Gegenströmungen gegen die „Gefahr eines ‚deutschen Europas‘“ (Habermas). Dagegen zu setzen wäre ein neues/erneuertes Leitbild eines anderen Europa, dessen Vielfalt zu pflegen und dessen Reichtum zum Nutzen aller seiner BürgerInnen zu gebrauchen und weiter zu entwickeln wäre. Anerkennung und Schutz zur weiteren Entfaltung der Lebendigen Arbeit, Kooperation und Solidarität wären an die Stelle von Konkurrenz und stetig forciertem Wettbewerb zu setzen.

7. Der globalisierungsverstärkende Marktliberalismus der EU hat aber auch einen europäischen, realitätsmächtigen, aber falschen Gesamtarbeiter hervorgebracht.

Unter kapitalistischen Bedingungen bringt sich immer wieder ein „realitätsmächtiger aber falscher Gesamtarbeiter“ (Negt/Kluge 1981) selbst neu hervor. In den letzten Jahrzehnten hat er sich in einer immer enger europäisch verflochtenen Marktwirtschaft neu formiert. Deren Herausbildung unter den Bedingungen „neuer Arbeit“ war anfangs mit großen Freiheitsversprechen verknüpft, und die Möglichkeiten hierfür sind mit der Verdopplung der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion in den vergangenen vierzig Jahren immens gewachsen. Aber diese Potentiale wurden und werden nicht realisiert. Stattdessen erleben wir die Zersetzung der alten wohlfahrtsstaatlichen Institutionen mit sinkenden Einkommen, drohender Altersarmut und dem Verfall öffentlicher Infrastrukturen in der Folge. Stetige Reorganisationsprozesse der Arbeit im Interesse höherer Renditen untergraben inzwischen auch für die modernen WissensarbeiterInnen die Balance zwischen Arbeiten und Leben. Die Versprechen der Politik, mit einer Deregulierung angeblich verkrusteter Arbeitsmärkte und einer gleichzeitigen Umverteilung des Reichtums von unten nach oben würden die Voraussetzungen für arbeitsplatzschaffende Investitionen erhöht, erweisen sich als trügerisch. Tatsächlich zerstört infolge solcher strikt angebotsorientierter Wirtschaftspolitik eine europaweit dramatisch angewachsene Arbeitslosigkeit vor allem die Zukunftshoffnungen der jungen Generation. Die „neoliberale Konterrevolution“ der vergangenen Jahrzehnte hinterlässt ihnen vor allem Verwüstungen eines in Westeuropa schon einmal erreichten Status „sozialer Bürgerschaft“ (Balibar 2008). Und die EU-Kommission betreibt weiter eine Politik, die zu noch mehr Sozialdumping führen wird (Schäfers 2014). Die EU-Osterweiterung

und die Krise der südlichen Peripherie haben diesen Trend verstärkt. Gewerkschaftliche Regulierungen blieben hier von Anfang an äußerst schwach oder wurden im Zuge der Euro-Krise weitgehend zerschlagen. Die Gewerkschaften konnten dagegen bislang kaum europäische Machtressourcen entwickeln. Die europäische Einigung als im Kern ökonomisches Projekt hat auch keine „europäische Öffentlichkeit“ geschaffen (Habermas 2008), die die Gewerkschaften hierzu nutzen könnten. Ein wesentlicher Grund für die „gewerkschaftliche Strategielücke“ (Lemb/Urban 2014, 48f) dürfte hier zu finden sein. Eine europäische Öffentlichkeit, in der über Zukunftsvorstellungen für ein Europa seiner BürgerInnen gestritten würde, ist medial wie parteipolitisch defizitär. Sehr real ist dagegen „die Gewalt des Zusammenhangs“ (Negt/Kluge 1981), dem die Arbeitenden auf dem sich herausbildenden europäischen Arbeitsmarkt ausgesetzt sind – angesichts einer als Elitenprojekt forcierten europäischen Marktintegration, die unter dem Druck der Europa-Krise nach neoliberalen Glaubenssätzen und in fortschreitend postdemokratischen Formen vorangetrieben wird.

8. Elitenversagen behindert die Entwicklung grenzüberschreitender Solidarität.

Dagegen einen starken Beitrag zur Herstellung einer konstruktiv-kritischen europäischen Öffentlichkeit zu leisten, fällt den ohnehin durch die Krisenentwicklungen geschwächten Gewerkschaften schwer. Die Umstellung auf ein von den nationalen Bevölkerungen nicht nur toleriertes sondern getragenes neues Projekt Europa müsste heute eine durch das „Weiter so“ der herrschenden Politik im Grunde bedenkenlos herbeigeführte hohe Schwelle einer grenzüberschreitenden Solidarität der Bürger Europas überwinden. Aber im Wege steht da, dass das „politische Schicksal Europas derzeit“, wie Jürgen Habermas zu Recht konstatiert hat, „an der Einsicht und der nor-

mativen Empfindlichkeit, am Mut, an dem Ideenreichtum und an der Führungskraft der politischen Parteien hängt, in zweiter Linie freilich auch an der Wahrnehmungs- und Reaktionsfähigkeit der politischen Leitmedien“. An beidem herrscht eklatanter Mangel. Zu fragen ist mithin, wie in dieser, bereits zutiefst durch postdemokratische Entwicklungen geprägten Lage überhaupt in „einem neuen Modus des Politischen“ (Arbeitsgruppe Demokratie 2013) von neuem politische Prozesse in den Ländern der Europäischen Union von unten her in Gang gesetzt werden können, von denen man hoffen darf, dass in ihrem Verlauf eine Neuerfindung Europas möglich wird.

9. Die Linke befindet sich in dieser Lage in einer komplizierten, auf den ersten Blick dilemmatischen Situation.

Für Forderungen nach einem anderen Europa sind in den nationalen oder im europäischen Parlament keine Mehrheiten absehbar. Der Sozialdemokrat und Präsident des Europaparlaments Martin Schulz hat der kritischen Analyse, die Jürgen Habermas vor dem SPD-Parteivorstand vorgetragen hat (Habermas 2014), „nichts hinzuzufügen“ (Hickmann 2014) und fasst selbst für den Fall seiner EU-Kommissionspräsidentschaft eine Veränderung der EU „in Gänze“ ins Auge (Schulz 2014), geht dabei aber auf Kernfragen der herrschenden Austeritätspolitik nicht ein und ist sich erkennbar über die Grenzen der auf institutioneller Ebene gegebenen Veränderungschancen im Klaren. Veränderungsdruck müsste deshalb zunächst außerparlamentarisch in einzelnen Mitgliedsländern entstehen, Und wenn er dort entstünde, wären Veränderungen nur als offener Konflikt vorstellbar. Dabei ginge es zugleich um das Einklagen europäischer Grundrechte und um den Bruch mit dem „Regime autoritärer Prekarität“ (Lemb/Urban 2014, 44f), durch das mittels Troika, EMS, Fiskalpakt etc. die rigide Austeritätspoli-

tik durchgesetzt wird. Die einzelstaatliche Ebene der Mitgliedsländer der EU ist unter diesem Blickwinkel immer noch „das wichtigste Terrain des Kampfes um Emanzipation“ (Wahl 2013). Zugleich wird es aber darauf ankommen, von solchen Kämpfen im je einzelstaatlichen Rahmen ausgehend, eine neue und andere europäische Perspektive zu entwickeln. Denn auf der einzelstaatlichen Ebene mag man den erodierenden Wohlfahrtsstaat noch ein Stück weit verteidigen können, aber ökonomische und ökologische Lösungsperspektiven werden europäisch und werden ein Gegenentwurf zu der neoliberalen Austeritätspolitik sein müssen (Zinn 2013). Was hier auf Seiten der Linken derzeit als strategische Handlungsansätze kontrovers diskutiert wird (zuletzt Sauer/Wahl 2013), beschreibt nicht einander womöglich ausschließende Lösungswege, wohl aber die Einsicht, dass das andere Europa nur aus einer Dynamik national beginnender Kämpfe und Bewegungen heraus zu denken ist, einer Dynamik, die dann aber europäisch entfaltet und gestaltet werden muss.

10. Neue Protestbewegungen machen Hoffnung; aber noch bleiben sie „flüchtige Erscheinungen“.

Die Jahre seit 2011 waren nach 1968 und 1989 (in Osteuropa) durch ein vergleichsweise besonders hohes Maß sozialer Konflikte und Bewegungen gekennzeichnet. Bedeutsam war im Zuge der raschen Entfaltung dieses Protests die katalytische Funktion von Social Media: Kennzeichnend sind Vernetzungsdichte, hohe Spontanität und hohe Dynamik. Der Protest entwickelt sich so in Gestalt nicht linearer Systeme. Man kann über die Netze mächtig werden, und Macht definiert sich neu (Roth 2012). Das macht Hoffnung. Zu erkennen ist allerdings nahezu nirgends in diesen nach Anlass, Charakter Zusammensetzung und Motivation höchst unterschiedlichen Bewegungen – vom arabischen Frühling über die Protestbewe-

gungen von Madrid über London, Athen und Lissabon bis zu Occupy Wallstreet und später in Istanbul oder in Brasilien – eine stabile andauernde Organisation der Arbeit an Alternativen. Es ist gelungen zeitweilig Plätze zu besetzen, aber für den Versuch, danach so artikuliert Positionen öffentlich dauerhaft zu halten und zu entfalten ist bislang nur die Entwicklung von Syriza ein ermutigendes Beispiel (Candeias/Völpel 2014). Derzeit vermittelt die in Deutschland veröffentlichte Meinung ein Bild relativer Ruhe. Aber man sollte sich nicht täuschen: Da der herrschende Politikbetrieb bestenfalls in der Lage ist, „Zeit zu kaufen“ (Streeck 2013), werden neue eruptive Ereignisse kommen. Im Hinblick auf eingreifende Veränderungen ins Getriebe des herrschenden Politikbetriebs wird dann alles davon abhängen, ob und wie Parteien und Verbände frühzeitig an Alternativen gearbeitet und diese auch schon überzeugend propagiert haben. Die zunehmend kritische gewerkschaftliche Debatte hat hier ihren Stellenwert, auch wenn sie medial noch weitgehend ignoriert wird und selbst in der eigenen Mitgliedschaft nur mühsam an Boden gewinnt.

11. Es gilt, eine inzwischen gärende Unzufriedenheit produktiv zu machen.

Auffällig ist weiterhin, dass die Aktiven in diesen neuen dynamisch vernetzten Prozessen eines selbsttätigen Protests und Widerstands den Verbänden und Parteien der traditionellen Linken, von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie über Grüne und neue linke Parteien bis hin zu den vereinzelt Resten kommunistischer Parteien, in aller Regel mit einiger Skepsis und Distanz gegenüberstehen. Und umgekehrt lässt sich der herrschende Politikbetrieb einschließlich der darin etablierten Oppositionsparteien und inkorporierten Verbände, von diesem neuen außerparlamentarischen Protest noch wenig beeindruckt. Es entsteht so das Bild einer zunehmend gärenden Unzufriedenheit und

immer neuer Protest- und Suchprozesse angesichts postdemokratischer Entwicklungen, Die herrschende Politik bleibt demgegenüber politisch gehaltvolle Antworten nach wie vor schuldig. Parteien der Linken und Gewerkschaften formulieren zunehmend schärfer ihre Kritik, agieren aber immer noch eher hilflos – vor allem im Hinblick auf die europäische Handlungsebene. Allerdings organisieren Gewerkschaften in südeuropäischen Ländern durchaus Widerstand, hat der EGB erstmals eine Entscheidung des Ministerrats (Fiskalpakt) abgelehnt, werden von den Gewerkschaften zunehmend Forderungen nach einer anderen Wirtschaftspolitik in Europa erhoben (DGB 2013, Bsierske 2014) und hat in ihnen ein neues grundlegendes Nachdenken über neue Reformprozesse zu einer Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in europäischer Perspektive begonnen.

12. Es gilt, eine kritische Öffentlichkeit, wo immer möglich, zu stärken und auf die kommenden Konflikte vorbereitet zu sein.

Die Logik des herrschenden Politikbetriebs – in Deutschland wie innerhalb der EU – zielt auf eine Verallgemeinerung des, nun neoliberal gemeinten und die Agenda 2010 für die Länder der EU anpreisenden, „Modell Deutschland“ – während in Deutschland selbst gerade immerhin einige Korrekturen an der Agenda 2010 vorgenommen werden. Damit ist die „Gefahr eines ‚deutschen Europa‘“ (Habermas) verbunden – die Fortsetzung von Europa als Elitenprojekt ohne eine europäische Öffentlichkeit, weiter forciert nach den längst „gescheiterten Ideen“ neoliberaler Glaubenssätze (Lehndorff 2012) und dabei sehenden Auges Grundrechtsverletzungen in Kauf nehmend. Dies kennzeichnet die Herausforderungen für die Gewerkschaften. Die zunehmend konstruktiv-kritische Europadebatte in den Gewerkschaften ist erfreulich. Dass sie in der eigenen Mitgliedschaft nur mühsam an Boden gewinnt und in der medialen Öffentlichkeit noch weitgehend ignoriert wird, ist

ihr Problem. Dagegen Positionen offensiver öffentlich zu besetzen, fällt weiterhin schwer. Man musste befürchten, dass sich das in den Ergebnissen der Europawahl niederschlagen würde. Aber es waren noch immer unerwartete Ereignisse, die schließlich die Voraussetzungen für tiefgreifende Veränderungen geschaffen haben. Der herrschende Politikbetrieb bereitet solchen Ereignissen in Gestalt neu aufbrechender Konflikte, zunächst vermutlich in südeuropäischen Ländern, unbeirrt den Boden. Es kommt also darauf an, alternative Konzepte weiter auszuarbeiten, um auf die sicher kommenden Konflikte vorbereitet zu sein. ■

Literatur:

- Arbeitsgruppe Demokratie des Instituts Solidarische Moderne (2013): Für einen neuen Modus des Politischen, in: Buckel, S.; Oberndorfer, L.; Trowt, A.; Ypsilanti, A. (Hg.): Solidarisches Europa. Mosaiklinke Perspektiven, Hamburg 2013, S. 66-91
- Arendt, (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, Hgg. von U. Ludz, München Zürich
- (2003): Denktagebuch, München – Zürich
- Balibar, E. (2008): Die Philosophischen Grundlagen des Wohlfahrtsstaats. Von der Kritik der Menschenrechte zur Kritik der sozialen Grundrechte, in: Lindner, U.; Nowak, J.; Paust-Lassen, P. (Hg.): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit. Frieder Otto Wolf zum 656. Geburtstag, Münster
- Bsierske, F. (2014): Ein neuer Weg für Europa, in: Ist Europa noch zu retten? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2/2014, S.32-41
- Buckel, S.; Oberndorfer, L.; Troost, A.; Ypsilanti A. (2013): Solidarisches Europa. Mosaiklinke Perspektiven, Hamburg
- Buntenbach, A. (2014): Wer hat Recht(e) in Europa? Die Grundrechtsverletzungen der Troika beenden- Schluss mit dem Austeritätskurs!, in: Ist Europa noch zu retten? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2/2014, S. 3-11
- Candaia, M.; Völpel, E. (2014): Plätze sichern! Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg
- Castel, R. (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz
- Castel, R.; Dörre, K., (Hg.) (2009): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt/New York
- Enzensberger, H. M. (2011): Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas, Frankfurt am Main

- Europa Neu begründen! Den Marsch in den Ruin stoppen! Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen! www.europa-neu-begruenden.de/index.html
- Fischer-Lescano (2014): Austeritätspolitik und Menschenrechte: Rechtspflichten der Unionsorgane beim Abschluss von Memoranda of Understanding. Rechtsgutachten im Auftrag der Kammer für Arbeiter/Innen und Angestellte für Wien (in Kooperation mit dem ÖGB, dem EGB und dem EGI), Bremen
- Freeland, C. (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite, Frankfurt
- Habermas, J. (2008): Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie, in: Ders.: Ach Europa. Kleine politische Schriften XI, Frankfurt am Main
- (2011): Ein Pakt für oder gegen Europa?, In: Süddeutsche Zeitung, 07.04. 2011
- 2013): Europäische Zustände. Fortgesetzte Interventionen, in: ders.: Im Sog der Technokratie, Berlin, S. 115-157
- (2014): Für ein starkes Europa – was heißt das? Vortrag auf einer Klausurtagung der SPD am 02. Februar 2014, IN: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2, 2014, S. 85-94
- Lehndorff, S. 2012): Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt – Zehn Länderfallstudien, Hamburg
- Lemb, W.; Urban, H.-J. (2014) Ist die Demokratie in Europa noch zu retten? Plädoyer für einen radikalen Pfadwechsel in der Europapolitik und der Europäischen Union, in: Ist Europa noch zu retten? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2/2014, S.42-54
- Martens, H. (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
- (2014a): Politische Subjektivierung und neues zivilisatorisches Modell. Helmut Plessner, Norbert Elias, Hannah Arendt, Michel Foucault und Jacques Rancière zusammen – und weiterdenken, Münster (im Erscheinen)
- (2014b): Beteiligung und Demokratisierung angesichts „Neuer Arbeit“ – Aufgaben der Demokratisierung digitaler Wissensarbeit im Zeichen von Subjektivierung und Prekarisierung, in: Schröder, L.; Urban, H.-J. (2014): Gute Arbeit. Ausgabe 2014. Profile prekärer Arbeit – Arbeitspolitik von unten, Frankfurt am Main, S. 298-308
- Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (2001): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt am Main
- Merkel, A. (2013): Rede der Bundeskanzlerin Merkel beim Jahrestreffen 2013 des World Economic Forum, www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2013/01/2013-01-24-merkel-davos
- Negt, O.; Kluge, A. (1981): Geschichte und Eigensinn. Frankfurt
- Negt/Kluge (1984): Öffentlichkeit und Erfahrung, Frankfurt am Main
- Nowak, W. (2002): Bedingungen und Grenzen des Vertrauens in Politik, in: Fricke, W. (Hg.): Jahrbuch Arbeit und Technik 2001/2002, Bonn, S. 215-220
- Oertzen., P. v. (1984): Für einen neuen Reformismus, Hamburg
- Roth, R. (2012): Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Heft 1/2012, S. 21-31
- Sauer, T.; Wahl, P. (2013): Welche Zukunft für die EU? Eine Kontroverse, in: Dies. (Hg): Welche Zukunft hat die EU? Eine Kontroverse. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von attac, Hamburg 2013, S. 8-26
- Schäfers, D. (2014): Due EU – auf dem Weg zu Arbeitsverhältnissen wie in Katar? in: Ist Europa noch zu retten? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2/2014, S. 12- 21
- Scharpf, FR. W. (1985): Die Politikverflechtungs-Falle. Europäische Integration und Deutscher Föderalismus im Vergleich, in: Politische Vierteljahrschrift, 4/1985, S. 323-356
- Schulz, M.- (2014): „Die EU muss sich in Gänze verändern“, in: Süddeutsche Zeitung, 20. 01. 2014
- Standard-Europabarometer 80 (2013): Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Erste Ergebnisse, Herbst 2013
- Hickmann, C. (2014): Mehr Demokratie wagen. Der Philosoph Jürgen Habermas erklärt dem Parteivorstand der SPD, wie man es noch ein bisschen besser machen könnte, SZ 03.02. 2014
- Urban., H.-J. (2013): Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus, Hamburg
- Vogl, J. (2010): Das Gespenst des Kapitals, Zürich
- Weizsäcker, E. U. v.; Hargroves, K.; Smith, M. (2010): Faktor Fünf. Die Formel für nachhaltiges Wachstum, München
- Zinn, K. G. (2013): Eine Keynesianische Einschätzung der Euro-Krise, in: Das Argument, 301/2013. Widersprüche und Kontexte der europäischen Integration, S. 47-60

☞ Dr. Helmut Martens, geb. am 12.02. 1948, studierte Politikwissenschaften und neueren deutschen Literaturwissenschaften in Hannover, von 1973 bis 2010 wiss. Mitarbeiter am Landesinstitut Sozialforschungsinstitut Dortmund, 25 Jahre Mitglied von dessen wissenschaftlichem Leitungsgremium. Mitinitiator des Forums Neue Politik der Arbeit. Forschungsprojekte zu Beteiligung, Mitbestimmung, Gewerkschaften und Arbeitspolitik.

Das transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA

von Arne Heise



Bereits seit den 1990er Jahren wird immer mal wieder über eine Freihandelszone nachgedacht, die mit der Europäischen Union (EU) und den USA die beiden größten und entwickeltsten Wirtschaftsräume umfassen soll. Nachdem im Jahr 2007 eine „Rahmenvereinbarung zur Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsintegration“ geschlossen und ein Transatlantischer Wirtschaftsrat gegründet wurde, sind die Überlegungen zu einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA in eine aktive, planerische Phase getreten. Auf europäischer Seite hat dabei der für Handel zuständige Kommissar der Europäischen Kommission die Verhandlungsführung.

In jüngster Zeit hat das TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) genannte Abkommen für viel Diskussion und Kritik gesorgt – dies ist deshalb erstaunlich, weil es bislang über Rahmenfestlegungen hinausgehende Bestimmungen noch gar nicht gibt. Die Kritik richtet sich deshalb auch nicht vordringlich gegen bestimmte Inhalte, sondern gegen die Art und Weise, wie hier von der Öffentlichkeit weitgehend abgeschirmt Verhandlungen von großer Reichweite geführt werden.

Effekte von Freihandelszonen

Das TTIP soll den gegenseitigen Handel und die investiven Beziehungen zwischen der EU und den USA stärken und damit gleichermaßen Wachstum und Beschäftigung sowohl in den USA als auch in der EU fördern sowie über Preissenkungen den Verbrauchernutzen erhöhen. Diese alle zu Gewinern machenden Überlegungen leiten sich aus der internationalen Handelstheorie ab, deren Realitätsgehalt zumindest trefflich bestritten werden kann. Recht unbestritten

ist der gemeinsame Nutzen des Abbaus von Zollschränken zwischen ähnlich entwickelten Ländern, wie es ein Freihandelsabkommen zu implizieren scheint. Unter diesen Bedingungen profitieren gewöhnlich die Konsumenten, aber auch die Produzenten aufgrund von so genannten handelsschaffenden und handelsumleitenden Effekten mehr als der Staat aufgrund des Verlustes an Zolleinnahmen verliert. Über das Ausmaß dieser positiven Effekte eines Freihandelsabkommens bestehen allerdings große Einschätzungsunterschiede: Das britische Centre of Economic Policy Research (CEPR) kam im Auftrag der Europäischen Kommission zu äußerst bescheidenen Wachstumseffekten (**vgl. Tab. und Abb. S.64**), das ifo-Institut prognostiziert in zwei Studien im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung sehr unterschiedliche Effekte, die auf unterschiedlichen Annahmen (nur Handelseffekte durch Abbau von Zollschränken oder „vertiefte Integration“ durch zusätzliche Vereinheitlichung von Regulierungen) beruhen und etwa die Spannbreite möglicher Ergebnisse repräsentiert, deren maximale Ausprägungen allerdings immer noch recht bescheiden bleiben: Selbst die optimistischste Variante der ifo-Studie (Bertelsmann) geht nur von einem Beschäftigungsgewinn von etwa 180.000 Jobs in Deutschland (was etwa einem Jobzuwachs von 0,45 Prozent gegenüber dem gegenwärtigen Stand entspricht) im Jahr 2027 aus. Aufgrund der bereits heute nur noch geringen Zollschränken zwischen den USA und der EU (die Zollsätze betragen im Durchschnitt weniger als 4 Prozent) erscheinen die pessimistischeren Effekte der ifo-Studie (BMWT) mit gerade einmal 25.000 zusätzlichen Jobs im Jahre 2027 (= +0,08 Prozent) realistischer.

Abbildung: Wachstums- und Beschäftigungseffekte eines Freihandelsabkommens

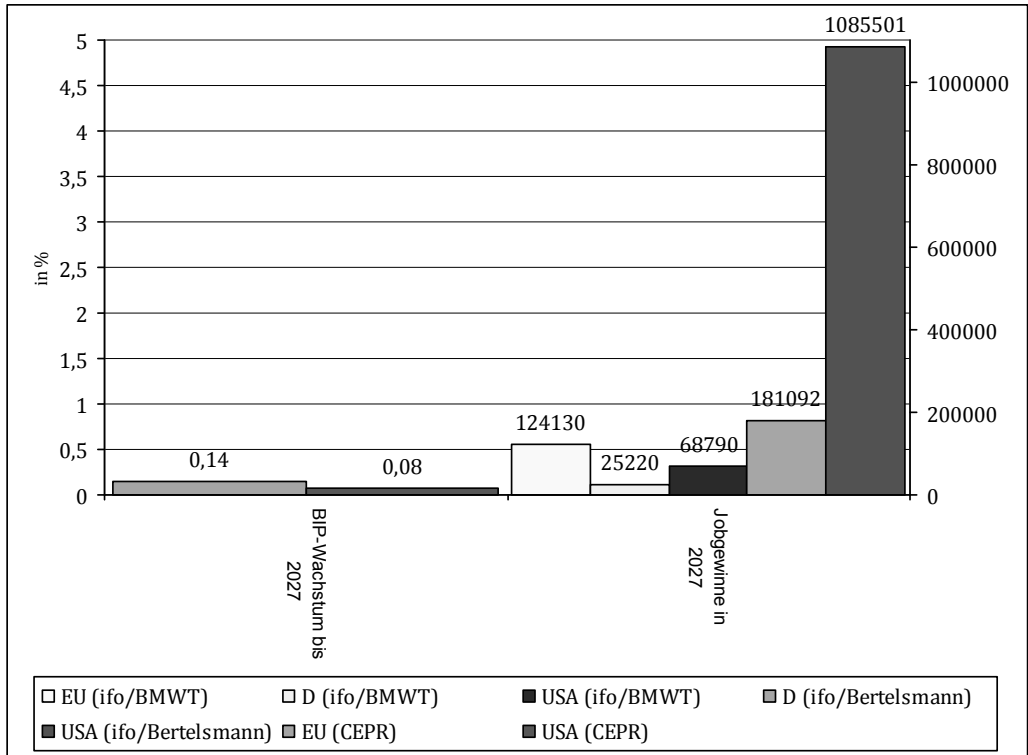


Tabelle: Wachstums- und Beschäftigungseffekte eines Freihandelsabkommens

Studie	Zusätzliches BIP-Wachstum bis 2027 in Prozentpunkten	Zusätzliche Beschäftigung pro Jahr	Zusätzliche Beschäftigung insgesamt in 2027
CEPR-Studie: EU*	0,14	-	-
CEPR-Studie: USA*	0,08	-	-
Ifo-Studie/BMWT: EU/Deutschland	0,34	8.866/1.801	124.130/25.220
Ifo-Studie/BMWT: USA	0,96	4.914	68.790
Ifo-Studie/Bertelsmann: EU/Deutschland	4,68	-/12.935	-/181.092
Ifo-Studie/Bertelsmann: USA	13,38	77.535	1.085.501

Anmerkungen: Nur Handelseffekte

Freihandelszonen und Regulierungsstandards

Wie hoch auch immer die Wachstums- und Beschäftigungseffekte ausfallen, sie lassen das TTIP insgesamt wünschenswert erscheinen. Unklarer wird die Einschätzung allerdings, wenn nicht nur Zollschranken für den Handel mit Waren und Dienstleistungen fallen, sondern auch der Kapitalverkehr liberalisiert wird: Paul Krugman hat 2008 den Nobelpreis u.a. für den Nachweis bekommen, dass der Abbau von Zoll- und insbesondere Kapitalverkehrsschranken nicht eindeutig zu einer für Alle besseren Allokation von Waren und Kapital führt, sondern dass es zu Gewinnern und Verlierern kommen kann, je nachdem ob es gelingt, Agglomerationsvorteile („economies of scope“) zu schaffen und zu nutzen. Völlig unklar wird die Aussage über den gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Nutzen von Freihandelszonen, wenn nicht nur Zölle, sondern auch so genannte nicht-tarifäre Beschränkungen abgebaut werden sollen, die durch nationale Regulierungsspezifika entstehen: So kann es vorteilhaft, weil kostensenkend sein, wenn Produktstandardisierungen harmonisiert werden (z.B. die Farbe der Blinkerabdeckungen bei Autos), aber nachteilig, wenn Gesundheitsstandards (z.B. das Verbot von Genmanipulationen an Nahrungsmitteln) fallen, weil sie als nicht-tarifäre Handelsschranken angesehen werden. Dies mag zwar zusätzliche Wachstums- und Beschäftigungseffekte bringen (wie sowohl die CEPR- wie auch die ifo-Studien behaupten), unterliefe aber die Regulierungshoheit der an der Freihandelszone beteiligten Staaten. Hierbei kommt es übrigens gar nicht darauf an, ob sich in den Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen das höhere oder das niedrigere Regulierungsniveau der beteiligten Länder durchsetzt, sondern festzuhalten ist, dass in jedem Fall die Präferenzen eines der Handelspartner frustriert werden müssen und mithin der dortige Nutzen sinken wird. Natürlich ist die Gefahr für jene Länder mit

höheren Standards größer, denn internationale Verhandlungen haben sich noch selten dafür nutzen lassen, nationale oder regionale Regulierungsstandards zu internationalisieren – schon gar nicht unter neoliberalen Rahmenbedingungen.

Investitionsschutz oder Interessendurchsetzung von Multinationalen Konzernen

Die größte Unwägbarkeit eines nicht nur auf den Freihandel beschränkten TTIP beinhaltete allerdings der Teil, der dem Investitionsschutz gewidmet sein soll. Derartige Investitionsschutzabkommen sind üblich im internationalen Wirtschaftsverkehr mit Ländern, die keine politische Stabilität in Aussicht stellen können. Um potentielle Investoren vor Substanzverlust durch Enteignung oder Verstaatlichung zu schützen, werden entsprechende Investitionsschutzabkommen angeboten. Wenn aber ein solches Abkommen zwischen hochentwickelten, politisch absolut stabilen Demokratien wie den Ländern der EU und den USA abgeschlossen werden sollen, müssen offenbar andere Zielsetzungen dahinter stehen. Und genau an diesem Punkt wird die mangelnde öffentliche Transparenz und demokratische Beteiligung in den Verhandlungen zum TTIP zum Problem: Vorstellungen von Schiedsstellen jenseits der staatlichen Gerichtsbarkeit und einem „Investitionsschutz“, der die nationalen oder EU-weiten Rechtsetzungsprozesse beschränkt, kann in keiner Weise gerechtfertigt werden und leistet all jenen Verschwörungstheoretikern Vorschub, die im TTIP in erster Linie eine weitere Stärkung multinationaler Konzerne sehen. ■

⇒ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Die aktuelle Zahl

von Claudia Bogedan

Das bisschen Haushalt...

296,5 Milliarden Euro beträgt das Ausgabenvolumen des Bundeshaushalts 2014, wie der Haushaltsausschuss Anfang Juni beschlossen hat. Dabei wurde im Vorfeld der Entscheidung insbesondere über die im Vergleich zum Vorjahr steigenden Steuereinnahmen diskutiert. Während die einen die vermeintlichen Mehreinnahmen für Entlastungen der Steuerzahler nutzen wollten (siehe die Debatte um die kalte Progression), mahnten die anderen, zunächst das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zu verfolgen. Mit einer geplanten Neuverschuldung von nicht mehr als 6,5 Milliarden Euro wollte man diesem für 2015 verabredeten Ziel näher kommen. Dritte dagegen forderten drängende Investitionen sowohl in Beton als auch in Köpfe. Alle drei Gruppen – zumindest sofern sie sich im sozialdemokratischen Umfeld finden lassen – begründen ihre Position mit dem Ziel einer gerechteren Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen.

Zu den unbestreitbaren Fakten gehört, dass von 2005 bis 2013 die Lohnsteuereinnahmen um insgesamt 32,7 Prozentpunkte angestiegen sind. Das durchschnittliche Jahreseinkommen stieg im gleichen Zeitraum von 26.524 Euro auf 31.089 Euro. Der größte Teil davon wurde allerdings durch die Preissteigerungsrate von etwa 13,4 Prozent aufgezehrt. Dabei verschiebt sich die Finanzierung des Staates immer weiter hin zu den Arbeitnehmern und ihren Lohneinkommen, da die Unternehmens- und Vermögenssteuern nicht im notwendigen Maße erhöht wurden/werden. Deutschland ist dabei kein Solitär in Europa – auch deshalb sorgt das Buch des französischen Ökonoms Thomas Piketty gerade für so viel Furore.

Bei gegebener Einnahmesituation und der Selbstverpflichtung der Politik die Staatsschulden nicht weiter zu mehren, sondern vielmehr zu mindern, müssen die Ausgaben begrenzt werden. Das Deutsche Institut für Urbanistik bezifferte infolgedessen bereits 2011 den Investitionsrückstand in den deutschen Kommunen mit annähernd 100 Milliarden Euro. Im Koalitionsvertrag wird der Senkung der Neuverschuldung oberste Priorität eingeräumt, damit im Sinne einer Generationengerechtigkeit dem Steuerzahler nicht am Ende weitere Belastungen über Zinszahlungen aufgebürdet würden. Doch den rund 2 Billionen Euro öffentlichen Schulden stehen in Deutschland fast 5 Billionen Euro Geldvermögen der privaten Haushalte gegenüber, halten die Gegner der Sparpolitik dagegen. Nach Berechnungen des DIW würde allein eine Vermögenssteuer von nur einem Prozent bereits über 11,6 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen bringen. Zusätzlich sollten die Erbschafts- und Schenkungssteuer hinsichtlich ihrer hohen Freibeträge kritisch überprüft werden, um die bestehende Vermögensungleichheit nicht weiter zu fördern.

Woran machen wir also fest, dass es sozial gerecht zugeht im 21. Jahrhundert?

Bereits eine oberflächliche Analyse der sozialdemokratischen Programmatik offenbart eine Vielzahl von sich widersprechenden und zum Teil sich sogar wechselseitig ausschließenden Einzelzielen. Wenn es der SPD daher nicht zügig gelingt, aus dem Potpourri von Maßnahmen ein kohärentes Gesamtbild zu entwerfen, wird sie weiter an Glaubwürdigkeit einbüßen. ■

↳ Dr. Claudia Bogedan ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Bonn.

Crossover

Soll eine sozial-ökologische Kräftekonstellation im Jahr 2017 keine Wunschvorstellung bleiben, muss sie durch intensive Debatten zwischen den linken Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und sozialen Bewegungen vorbereitet werden. Aus Sicht der SPD-Linken hat der Öffnungsbeschluss von Leipzig Möglichkeiten für eine rot-rot-grüne Zusammenarbeit auf Bundesebene eröffnet, die vorher SPD-intern blockiert waren. Andererseits erschwert die Einbindung der Partei in die große Koalition zugleich die langfristige und glaubwürdige Suche nach neuen Bündnissen. Es gilt, nicht nur auf bekannte Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu verweisen,

sondern Brücken über die unterschiedlichen programmatischen Ansätze und Vertrauen zwischen den Akteuren zu bilden. Wird dieser Prozess allein machttaktisch und nicht als politisches Projekt verstanden, entsteht weder unter den beteiligten Akteuren noch in den jeweiligen Wählerklientelen Vertrauen. Mit der neuen Artikelserie crossover versucht spw, die diskursiven Schnittmengen zwischen progressiven Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zu vergrößern und gemeinsame politische Gestaltungsperspektiven zu entwickeln. In dieser Ausgabe skizziert Katja Dörner die Möglichkeiten rot-rot-grüner Bündnisse in der Bildungspolitik. ■

You can never be overdressed or overeducated – eine rot-grün-rote Perspektive in der Bildungspolitik

von Katja Dörner

Der Koalitionsvertrag der großen Koalition im Bereich der Bildungspolitik von der Kita bis hin zur Hochschule und dem lebensbegleitenden Lernen ist eine Enttäuschung. Die zu erwartenden Vorhaben bis 2017 bleiben weit hinter dem zurück, was uns nationale und internationale Studien, Expertengremien und auch das Programm der SPD zur Bundestagswahl 2013 ins Stammbuch schreiben. Es jedem Kind bzw. jedem Jugendlichen zu ermöglichen, seine Potentiale voll auszuschöpfen und gleichermaßen Deutschland so aufzustellen, wie es einer zukunftstauglichen Gesellschaft Not tut, die auf Ressourcen in den Köpfen statt in der Erde setzen muss (und darf) – so wird das nichts. Dies liegt meines Erachtens gleichermaßen an inhaltlichen Differenzen der Koalitionspartner wie an der mangelnden Bereitschaft, ausreichend finanzielle Mittel bereitzustellen, um notwendige Zukunftsinvestitionen zu gewährleisten.

Ich muss nicht erörtern, aus welchen Gründen es im Herbst 2013 nicht zur Bildung einer rot-rot-grünen Bundesregierung gekommen ist. Die Bildungspolitik war in der Frage sicherlich kein relevanter Faktor. Insofern ist es müßig, über die bildungspolitischen Inhalte einer Koalitionsvereinbarung der drei Parteien auf der Grundlage der Wahlprogramme zu spekulieren. Nichtsdestotrotz bleibt es mit Blick auf 2017 wichtig festzuhalten, was SPD, Grüne und Linke jenseits aktueller großkoalitionärer Kompromisse programmatisch verbindet. Dies möchte ich anhand ausgewählter Aspekte tun.

Aufgrund der Kultushoheit der Länder spiegeln sich im Bundestag die großen bildungspolitischen Auseinandersetzungen – bspw. um die Ermöglichung eines längeren gemeinsamen Lernens aller Kinder – zwar in Debattenform, nicht aber in konkreter Handlungskompetenz wider. Daraus zu schließen, es gäbe eine programmatische Äquidistanz der Parteien zueinander,

wäre aber trügerisch. Richtig ist, dass die Union Forderungen und Vorstellungen der politischen Linken in ihr Vokabular aufgenommen hat – sei es nach Entkopplung von (sozialer) Herkunft und Bildungserfolg, nach gleichberechtigter Teilhabe für alle und Durchlässigkeit im Bildungssystem. Im konkreten Handeln lässt sie eine Orientierung an diesen Zielen vermissen – und leider hat die SPD im Korsett der großen Koalition dem nicht viel entgegengesetzt.

Im Gegensatz zur Union haben SPD, Grüne und Linke Kindertagesstätten verstärkt als Orte frühkindlicher Bildung auf dem Schirm. Alle Erkenntnisse hinsichtlich der kognitiven Entwicklung von Kindern belegen die Bedeutung früher Bildung. Diese findet selbstverständlich zunächst in den Familien statt. Aber gerade für Kinder, die in ihren Familien wenig Förderung und Unterstützung erfahren, ist der frühe Besuch von Kitas zentral. Die vielbeschworene Chancengleichheit beginnt hier. Deshalb ist das Betreuungsgeld – das leider viel zu häufig nur unter einem familienpolitischen Blickwinkel diskutiert wurde – eine bildungspolitische Katastrophe. Erste Studien zeigen, dass die befürchteten negativen Effekte eintreten: Kinder aus bildungsfernen Milieus und aus Migrantenfamilien gehen aufgrund des Betreuungsgeldes nicht in eine Kita; die Bildungsungleichheit verschärft sich. Ich bin mir sicher, dass eine umgehende Abschaffung des Betreuungsgeldes mit einer rot-grün-roten Bundesregierung problemlos möglich gewesen wäre. Statt das dringend notwendige und im Familienministerium bereits vorbereitete Qualitätsgesetz für die Kitas auf den letzten Metern aus dem Koalitionsvertrag zu streichen, wie es bei Union und SPD geschehen ist, wären damit auch finanzielle Spielräume entstanden, um Ernst zu machen mit einem Mehr an echter Chancengleichheit im Bildungssystem durch eine qualitativ gute Förderung aller Kinder von Anfang an.

Entgegen aller Vernunft wird der Bund sich weiterhin nicht für eine bessere schulische Bildung engagieren können. Zwar hat die SPD

mittlerweile selbst das im Rahmen der Föderalismusreform im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot als „Irrweg“ erkannt. Revidiert wird die Fehlentscheidung aus dem Jahr 2006 aber nur halbherzig und zwar für den Bereich der Wissenschaft. Grund hierfür ist nicht nur die indifferente Haltung der Union im Bundestag, sondern auch die skeptische bis ablehnende vieler Bundesländer – selbst ein grüner Ministerpräsident aus dem Süden hat sich bis dato nicht überambitioniert gezeigt, das Kooperationsverbot für die Schulen zu kippen. Bitteres Ergebnis dieser Gemengelage: Ein Ganztagsschulprogramm, wie es von der letzten rot-grünen Bundesregierung höchst erfolgreich ins Leben gerufen wurde, wird zukünftig weiterhin nicht möglich sein. Hier bindet der Bund sich selbst die Hände und nimmt sich damit die Möglichkeit, bessere Chancen insbesondere für benachteiligte Kinder auch in den Schulen konkret zu befördern.

Auch wenn der Bund, was die Inhalte schulischer Bildung angeht, nichts mitzureden hat, möchte ich einen kleinen Exkurs nach Baden-Württemberg machen, um anhand einer sehr aktuellen Entwicklung zu verdeutlichen, dass eine links orientierte Bildungspolitik sich in ganz zentralen Punkten von der der Union unterscheidet. Es geht um die Wertschätzung und Akzeptanz der Vielfalt und Diversität der Schülerinnen und Schüler. Dass sich die Union nicht klar und deutlich von der homophoben Kampagne gegen die Verankerung der fächerübergreifenden Vermittlung von Wissen zur sexuellen Vielfalt im neuen Bildungsplan distanziert hat, die im weitesten Sinne eine offen und tolerante Gesellschaft zum Ziel hat, macht aus meiner Sicht tiefe Gräben deutlich.

Solche Gräben zeigen sich auch im Bundestag, wenn es um die Weiterentwicklung der Hochschulpolitik geht. Angesichts steigender Studierendenzahlen problematisieren Abgeordnete der Union zunehmend die aus ihrer Sicht zu hohe Quote von Schülerinnen und Schülern, die Abitur machen und ein Studium beginnen. Selbstverständlich können wir sehr zufrieden mit

unserem dualen System der Berufsausbildung sein. Nichtsdestotrotz ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium der beste Garant für eine erfolgreiche Berufstätigkeit und diese Entwicklung wird sich sogar verstärken. Aber nicht nur das: Eine gute Bildungspolitik ermöglicht es jedem und jeder, seine Potentiale voll auszuschöpfen. Aufstieg durch Bildung und zwar gerade für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Milieus muss wieder verstärkt unterstützt und nicht durch fehlende Studienplätze verhindert werden. Dass viele rot-grüne Landesregierungen die von Union und FDP befürworteten Studiengebühren abgeschafft haben, ist hierzu ein wesentlicher Beitrag. Und deshalb setzen Grüne, Linke und auch die SPD auf eine bessere Finanzierung der Hochschulen statt auf Kontingentierung. Denn mit Oscar Wilde salopp gesprochen: *You can never be overdressed or overeducated.*

Die Bildungspolitik der großen Koalition krankt an der mangelnden Finanzierung. Gerade einmal sechs Milliarden für Kitas, Schulen und Hochschulen und drei Milliarden für die Forschung sollen bis 2017 zusätzlich investiert

werden. In ihrem Wahlprogramm hatte die SPD zehn Milliarden jährlich in Aussicht gestellt. Insbesondere die sechs Milliarden für Kitas, Schulen und Hochschulen sind Peanuts angesichts der Herausforderungen im Bildungsbereich. Dies ist insbesondere ärgerlich, da die große Koalition ja sehr wohl bereit ist, große Summen zu bewegen. Zehn Milliarden jährlich kostet die jüngst verabschiedete Rentenreform. Und so sehr ich jedem Menschen, der 45 Jahre gearbeitet hat, und jeder Mutter, die vor 1992 Kinder geboren hat, ein Rentenplus gönne, so klar ergibt sich das Ungleichgewicht zwischen Ausgaben für die Rente und Zukunftsinvestitionen in Bildung. Hier zeigt sich, dass die SPD sich mit der Orientierung an der „schwarzen Null“ in Kombination mit der Absage an ein gerechteres Steuersystem auch von einem echten Aufbruch in der Bildungspolitik verabschieden musste. Ich bin mir sicher, dass bei einer zukünftigen rot-rot-grünen Zusammenarbeit hier zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen würden. ■

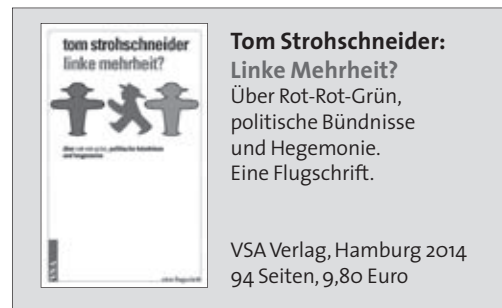
↳ Katja Dörner, MdB ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Koordinatorin des Arbeitskreises Wissen, Generationen und Gesundheit und Vorstandsmitglied beim Institut für solidarische Moderne.

Wer mit wem im Crossover

von Robert von Olberg

„Friede den Hütten, Krieg den Palästen!“, so lautet die Forderung einer der wohl bekanntesten Flugschriften. Der revolutionäre Vormärz-Dichter Georg Büchner forderte mit seinem „Hessischen Landboten“ die Bauern zum Aufstand gegen die herrschende Klasse auf.

Kaum minder grundsätzlich ist das Vorhaben, dem sich der Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, Tom Strohschneider, mit seinem „Flugschrift“ titulierte schmalen Buch „Linke Mehrheit?“ widmet. Ihm geht es darum, den Bedingungen, Erfolgsaussichten und bereits bestehenden zarten Pflänzchen eines linksökologischen Crossovers in der deutschen Politik nachzuspüren. Jedes kurze Kapitel führt ein in



die Situation und Atmosphäre eines anderen Realisierungsversuches einer über die Parteigrenzen hinweg geführten Debatte. So entsteht ein buntes Sammelsurium, ein Überblick über die durchaus zahlreichen derzeit in der politischen Linken angestellten Crossover-Bemühungen. Ob Institut für Solidarische Moderne, Denkwerk Demokratie, diese Zeitschrift oder das Austüfteln eines tragfähigen Regierungsbündnisses jen-

seits der CDU in Hessen – Strohschneider zeigt, wer dort mit wem redet und worüber.

Die Crossover-Literatur wächst schnell. Debattenbände aus verschiedenen Zirkeln drängen derzeit auf den Buchmarkt und damit auf den Markt der politischen Ideen, Konzepte und Strategien. Doch Strohschneiders „Flugschrift“ macht ihnen keine Konkurrenz. Den programmatischen Entwurf für ein gemeinsames rot-rot-grünes Projekt liefert er nicht. Auch wenn er eifrig die Stimmen aus Publizistik und Parteien zitiert, die diesen einfordern, und einleitend den Eindruck erweckt, nach all den Theoriedebatten jetzt zu zeigen, wie es gehen könne.

Strohschneiders Interesse gilt mehr der Methodik, der Organisation des Crossover-Diskurses als seiner inhaltlichen Ausformulierung. Sein Buch kann als Kompass schnell zur Hand nehmen, wer wissen will, wer wo mit wem an welchen politischen Perspektiven bastelt. Das Bändchen bekennt immer wieder, nicht allein über parlamentarische Mehrheiten philosophieren zu wollen. Dennoch ist immer wieder das Ergebnis: Ein erfolgversprechendes linkes Projekt braucht die Überwindung der

nach wie vor bestehenden Berührungspunkten und antrainierten Abwehrreaktionen zwischen Roten, Grünen und Dunkelroten.

Dass die Zeit reif ist für ein solches Politikprogramm, spricht aus jeder einzelnen Buchseite. Krisen allerorten sind der Beleg. Doch wo hakt es bei der Realisierung? Was steht inhaltlich bislang im Wege? Und wie lassen sich solche Hürden wenn nicht ganz ausräumen, so doch wenigstens verringern?

Zum Glück muss sich heute kein Flugschrift-Autor mehr ernsthaft sorgen, dass es ihm ergehen könnte wie damals Büchner. Der musste wegen seines „Landboten“ ins Exil. Doch wünscht man sich von einem Buch wie diesem schon, dass es Wirkung zeigt. Es wird vieles versucht. Das ist die Erkenntnis, die nach der Lektüre bleibt. Doch wie erfolgversprechend diese Versuche sind, wird sich wohl erst in der parteipolitischen Realität rund um künftige Wahltermine zeigen. ■

↳ Robert von Olberg studiert Politikwissenschaft und ist stellvertretender Vorsitzender der SPD Münster.

Rezension: Neue Bücher zum Stand der Demokratie

von Thilo Scholle

Über den Zustand der Demokratie wurden in den vergangenen Jahren viele Bücher veröffentlicht. Sowohl Themen und Ansätze als auch vorgeschlagene Lösungspfade variierten dabei stark. Medial sehr präsent waren vor allem Betrachtungen, die am Bestseller von Colin Crouch über den Zustand der „Postdemokratie“ in den westlichen Demokratien anknüpften. Daneben stand gerade auf Seiten der radikalen Linken vor allem der Blick auf Basisbewegungen, insbesondere in Lateinamerika oder in Südeuropa. An beide Debattestränge schließen die Bücher von Blühdorn

und Mouffe, wenn auch auf unterschiedliche Weise, an.

Simulative Demokratie

Ein komplexes Buch hat Ingolfur Blühdorn vorgelegt. Der Autor lehrt an der Universität Bath in England Soziologie und Politikwissenschaft. In seinem Text knüpft er an die Debatten über „Postdemokratie“ an, versucht aber mit dem Begriff der „simulativen Demokratie“ der Diskussion eine neue Perspektive zu geben. Blühdorn ordnet die aktuelle gesellschaftliche

Entwicklungsphase in modernen Wohlstandsgesellschaften als „Transformation von der zweiten zur dritten Moderne“ ein. Die fortlaufende gesellschaftliche Entwicklung bringe jenseits der individualistisch oder milieuspezifisch ausdifferenzierten Wertorientierungen und Interessenlagen übergeordnete Problemkonstellationen sowie Denk- und Handlungsmuster hervor, die für die jeweilige Phase der Moderne charakteristisch seien. Die „erste Moderne“ habe im Bereich der Demokratie aus einem elitenzentrierten Aufbau von Verwaltung und Bürokratie, wissenschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Herrschaftsapparaten, sozialer Kontrolle sowie restriktiven Normen bestanden. Demgegenüber habe in der „zweiten Moderne“ die Beherrschung und fortschreitende Einengung des Individuums lauter werdende Forderungen nach mehr Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung ausgelöst. Diese „partizipatorische Revolution“ habe die Autonomie und die Emanzipation von Autoritäten betont. Die nun beginnende „dritte Moderne“ erlebe eine Flexibilisierung, die Verflüchtigung des bürgerlichen identitären Subjekts, zersetze normative Grundlagen der repräsentativen Demokratie, man spreche von „postdemokratischer Wende“.

Blühdorn beginnt seinen Band mit einer Beschreibung der „Demokratie in der (Dauer-)Krise“. „Wutbürger“, „Indignados“ und „Occupy“ sind die Stichworte. Heute beschränke sich die institutionalisierte Politik immer häufiger auf das Implementieren von vermeintlich Alternativlosem. Der öffentliche Sektor sei systematisch diskreditiert worden, große Teile der heutigen Probleme wie Finanzkrise und Klimawandel seien auf nationalstaatlicher Ebene ohnehin nicht mehr zu bewältigen. Die Delegation an internationale Institutionen verstärke das Vertrauen in die Demokratie aber nicht, da diese weder demokratisch seien, noch die Aussicht bestünde, dass sie es werden. Dieser Logik der Alternativlosigkeit hätten auch die neuen Bürgerbewegungen wenig entgegenzusetzen. Bewegungen wie Occupy könnten eigentlich nur noch feststellen, dass die Demokratie aus-

gehöhlt und erschöpft sei, Perspektiven zu ihrer Erneuerung würden kaum noch formuliert. Vermeintlich bedeutungsvolle Leerformeln wie „Weare the 99 percent“ träten an die Stelle einer konkreten politischen Programmatik und verwiesen bestenfalls noch symbolisch auf die Möglichkeit einer Alternative.

Dabei stellt Blühdorn die provozierende Frage, ob sich die aus bestimmten historischen Bedingungen heraus entstandene Idee der Demokratie nicht überlebt haben könnte. Die postdemokratische Wende habe die Qualität der Demokratie und das Verhältnis der Menschen zu ihr grundlegend verändert. Die bisher dominierende Ansicht, die liberale Demokratie sei allen anderen Modellen überlegen, sei ins Wanken geraten. Die Demokratie habe die ihr inhärente Spannung zwischen den Grundprinzipien des Liberalismus und des Egalitarismus immer nur im Horizont des Wachstums austarieren können. Es sei unklar, ob die Demokratie überhaupt in der Lage sei, Zukunftsfragen wie



Ingolfur Blühdorn

Simulative Demokratie

Neue Politik nach der postdemokratischen Wende

Suhrkamp Verlag,
Berlin 2013
304 Seiten, 20 €



Chantal Mouffe

Agonistik

Die Welt politisch denken

Suhrkamp Verlag,
Berlin 2014
214 Seiten, 16 €

den Klimawandel, die Verschuldung öffentlicher Haushalte oder die rasant wachsende soziale Ungleichheit zu bewältigen. Diesen Fragen gelte es trotz der Gefahr des Missbrauchs nachzugehen. Der Autor schließt mit der Feststellung, dass von einem Ende der Demokratie trotzdem keine Rede sein könne. Jedoch verändere sich im Zuge der fortschreitenden Modernisierung ihre grundlegende Qualität und entwickelten sich neue Erscheinungsformen.

Für den Begriff der Postdemokratie sei die paradoxe Gleichzeitigkeit von Erosion und Radikalisierung demokratischer Wertvorstellungen zentral. Das Konzept der „simulativen Demokratie“ zielt auf den zentralen Mechanismus zur Bewältigung dieser Spannung. „Simulative Demokratie“ sei die Produktion und Reproduktion von Diskursen, Narrativen und gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen, in denen jenseits der „postdemokratischen Wende“ Normen, Wertorientierungen und Zukunftsperspektiven inszeniert und kultiviert würden, die für das demokratische Projekt der „zweiten Moderne“ konstitutiv waren, denen in der „dritten Moderne“ aber andere Wertorientierungen gegenüberstünden. Wo die Demokratie auf eine Norm verwies, die dem gültigen Selbstverständnis der Bürgerinnen und Bürger entsprach, die aber in der Praxis noch nicht umgesetzt war, konnte sie als symbolisch bezeichnet werden. In der „simulativen Demokratie“ werde die Gültigkeit einer Norm inszeniert, die dem vorherrschenden Subjektivitätsverständnis der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr entspreche und die auch nicht mehr wirklich umgesetzt werde, die aber auf keinen Fall aufgegeben werden solle. Politik könne nicht mehr etwas Vorhandenes abbilden, sondern müsse etwas nicht Vorhandenes zur Vorstellung bringen.

Tatsächlich sei die Befreiung aus den traditionellen, hierarchischen, unflexiblen Organisations- und Beteiligungsformen als auch die viel beklagte Entpolitisierung ein demokratisierender Fortschritt. Sie stellten etablierte Normen infrage, erweiterten die politische Tages-

ordnung um neue Themen und erhöhten massiv den gesellschaftlichen Diskussions- und Entscheidungsbedarf. Allerdings würden Strategien der Komplexitätsreduktion dringend benötigt.

Mit dem Buch legt Blühdorn durchaus einige originelle Betrachtungen zu den Schwächen postdemokratischer Konzepte vor. Allerdings bleibt die Darstellung meist auf einer sehr abstrakten theoretischen Ebene, die zudem ohne genauere Kenntnisse sozialwissenschaftlicher Modernisierungstheorien und -diskussionen nur eingeschränkt verständlich ist. Die Beschreibung der globalen und gesellschaftlichen Entwicklungen beschränkt sich zumeist auf wenige Schlagworte, was es dem Leser zusätzlich erschwert, den theoretischen Rahmen an konkreten Beispielen nachzuvollziehen.

So entsteht der Eindruck, dass der Autor zwar spektakuläre Fragen wie die nach einem möglichen Ende der Demokratie aufwirft, diese dann aber nicht konsequent zu Ende diskutiert. Dass tradierte Institutionen gesellschaftlicher Partizipation und geänderte Ansprüche an demokratische Beteiligung oft nicht mehr zusammenpassen, ist eine von Vielen geteilte Beobachtung. Insofern bietet das Konzept der „simulativen Demokratie“ interessante Einsichten. Der Darstellung fehlt allerdings eine präzise Beschreibung und Einordnung gesellschaftlicher Akteure und Milieus. Innergesellschaftliche Spaltungen und die daraus folgenden unterschiedlichen Ansprüche an politische und gesellschaftliche Partizipation werden so nicht erfasst.

Es bleibt zudem unklar, ob denn gegenwärtig neben der „Simulation“ von Demokratie auch tatsächliche gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten auf nationaler wie internationaler Ebene bestehen, beziehungsweise wie diese erlangt oder wiedererlangt werden könnten. Diese Lücke mag auch darin begründet sein, dass Blühdorn sich ausdrücklich auf eine Beschreibung der Gegenwart beschränken und keine politischen Handlungsmöglichkeiten aufzeigen möchte.

Agonistische Demokratie

Die Überzeugung, dass Raum für politisches Handeln besteht, ist demgegenüber Thema des sehr lesenswerten Buches von Chantal Mouffe. Im Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stehen verschiedene Kritiken an der repräsentativen Demokratie, wie sie unter anderem von Michael Hardt und Toni Negri entfaltet wurden.

Jede Gesellschaft sei von Kontingenz durchdrungen, und jede Ordnung sei hegemonialer Natur, das heißt Ausdruck von Machtverhältnissen. Für den Bereich der Politik bedeute dies, dass man die Suche nach einem Konsens ohne jede Exklusion einstellen und die Hoffnung auf eine durch und durch mitsich versöhnte, harmonische Gesellschaft aufgeben müsse. Zwar bezieht sich Mouffe verschiedentlich auf Carl Schmitt. In ihrem Modell ist jedoch nicht die Beschreibung des Anderen als „Feind“, sondern als „Kontrahent“ entscheidend. Anstelle des absoluten „Antagonismus“ tritt so der wesentlich weichere „Agonismus“. Das sich daraus ableitende Demokratiemodell nennt Mouffe „agonistischen Pluralismus“, also die gesellschaftliche Akzeptanz und Organisation verschiedener Hegemonien. Dahinter steht auch die Grundüberzeugung Mouffes, dass die Ausweitung und Radikalisierung demokratischer Auseinandersetzungen niemals an einen Endpunkt gelangen kann, an dem eine völlig befreite Gesellschaft steht.

Entschieden wendet sich Mouffe gegen die Ablehnung der repräsentativen Demokratie. Der Glaube an die Realisierbarkeit einer „absoluten Demokratie“, in welcher die diffuse „Multitude“ (Hardt/Negri) in der Lage sei, sich selbst zu organisieren, ohne dass es eines Staates oder politischer Institutionen bedürfe, zeuge von einem mangelnden Verständnis dessen, was sie als „das Politische“ bezeichnet. Die Demokratie der „Multitude“ finde ihren Ausdruck in einer Ansammlung handelnder Minderheiten, die niemals danach strebten, sich in eine Mehrheit zu verwandeln oder Macht und damit Regierungsoptionen zu erlangen.

Um die Voraussetzungen für eine neue Hegemonie zu schaffen, müsse es darum gehen, „Brennpunkte der Macht“ ins Visier zu nehmen und umzugestalten. Durch die Kombination parlamentarischer und außerparlamentarischer Bemühungen könne eine tiefgreifende Veränderung dieser Institutionen herbeigeführt werden, um sie zu einem Vehikel für die Artikulation der mannigfaltigen demokratischen Forderungen zu machen. Die bedeutenden demokratischen Fortschritte der vergangenen Jahre in Südamerika zeugten davon, dass es möglich sei, durch repräsentative Formen der Politik tiefgreifende institutionelle Veränderungen zu erreichen.

Abschließend wendet sich Mouffe den verschiedenen Protestbewegungen in westlichen Ländern zu. Insbesondere mit Occupy geht sie hart ins Gericht. Sie sieht eine Gemeinsamkeit zwischen diesen Bewegungen und dem liberalen Ansatz in Form des neoliberalen Zeitgeistes: die Dämonisierung des Staates. Was wir laut Mouffe infrage stellen müssten, sei nicht die Idee der Repräsentation an sich, sondern der Mangel an Alternativen, die den Bürgerinnen und Bürgern angeboten würden. Eine pluralistische demokratische Gesellschaft könne nicht ohne Repräsentation existieren. Für Mouffe ist gesellschaftlicher Fortschritt dann erreichbar, wenn sich außerparlamentarische und parlamentarische Bewegungen im Zusammenspiel agieren.

Mouffe gelingt mit ihrem Buch ein inspirierender Beitrag dazu, den Kampf um gesellschaftliche Institutionen und Mehrheiten innerhalb von repräsentativ-demokratischen Strukturen mit den Debatten um aktuelle Lage und Zukunft der Demokratie zu verbinden. Als Beitrag für innerlinke Debatten um das Verhältnis von parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen ist das Buch damit wichtig. Etwas unterbelichtet bleibt aber die Frage, wie denn gesellschaftlich abgehängte Gruppen für diese Bewegungen mobilisiert werden können. ■

☞ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Nachruf auf Thomas Sauer

von Felix Welti

Thomas Sauer, unser politischer Mitstreiter, 1998 bis 2005 Bundestagsabgeordneter, 2001 bis 2006 Herausgeber der spw, ist am 10. März 2014 in Berlin gestorben.

Thomas Sauer, geboren 1962, sammelte seine ersten politischen Erfahrungen als Schülersprecher der Hauptschule und im Kampf um das Jugendzentrum Großhansdorf, einer wohlhabenden und konservativ dominierten Gemeinde bei Hamburg. Ende der 1970er Jahre kam er zu den Jusos im Kreis Stormarn. Er war Juso-Kreisvorsitzender, mehrere Jahre Mitglied im SPD-Kreisvorstand, in seinem Heimatort Großhansdorf aktiv im Ortsverein und als Gemeindevertreter. Thomas arbeitete im Wahlkreisbüro von Eckart Kuhlwein (MdB) und in der politischen Erwachsenenbildung. 1998 setzte er sich gegen zahlreiche Mitbewerberinnen und Mitbewerber als Bundestagskandidat durch und gewann als Nachfolger Kuhlweins direkt den Wahlkreis Stormarn-Süd/ Herzogtum Lauenburg, wurde 2002 erneut direkt gewählt und verlor Wahlkreis und Mandat 2005 nur knapp. In diesem Wahlkreis steht er in einer historischen Reihe mit profilierten Persönlichkeiten der Sozialdemokratie wie Louis Biester und Fritz Sänger.

Nach dem Fachgymnasium studierte Thomas erfolgreich Volkswirtschaftslehre. Ökonomische Fragen prägten sein politisches Engagement. In Schulungsarbeit und politischer Erwachsenenbildung konnte er Theorien der politischen Ökonomie, etwa von Marx oder Keynes, verständlich und anschaulich vermitteln, ohne sie zu verflachen. Man merkte, dass ihm politische und ökonomische Theorie nicht Mittel zur Abgrenzung von Juso- oder Parteiflügeln war, sondern dazu dienten, die Welt zu verstehen und zu verändern. Entsprechend ging es ihm bei Jusos und SPD



☞ Thomas Sauer

nicht vor allem um eine 51 Prozent-Mehrheit für ein Personalpaket, sondern er wollte (und konnte) überzeugen und begeistern für eine politische Praxis mit eigener Aktivität und Urteilskraft.

Thomas verstand die Sozialdemokratie stets auch als Kulturbewegung. Er stand in Wahlkämpfen selbst auf der Kabarett-Bühne, war gesellig, hatte großartigen Humor und war den Menschen zugewandt. Gerade weil er, aus eher „einfachen Verhältnissen“ kommend, sich den Weg zur akademischen Bildung erarbeiten musste, waren ihm intellektuelle Aufschneiderei und Geschwätz ein Gräuel, das ihm manche Sitzung verleidet hat, ebenso wie jene Arroganz der gehobenen Mittelschicht, der er beim politischen Gegner ebenso begegnen konnte wie in den eigenen Reihen. Viel mehr gab er auf in politischen Kämpfen erworbenes Wissen. So suchte Thomas das Gespräch mit alten Genossinnen und Genossen, sammelte und publizierte ihre Erinnerungen.

Thomas wirkte manchmal in sympathischer Weise aus der Zeit gefallen. Wenn er August Bebel zitierte, war das keine Attitüde. Vielmehr hatte auch er jenen Widerstreit der alten Sozialdemokratie in sich, die freien Geist mit starker Parteidisziplin vereinen wollte, die nicht aus Kadergehorsam oder Karrierismus stammte, sondern aus der Erkenntnis, nur gemeinsam etwas erreichen zu können. Mit der SPD-Politik der Regierungszeit von 1998-2005, für die er als Abgeordneter Mit-

verantwortung trug, hatte er entsprechende Schwierigkeiten. Kritisch befasste er sich etwa mit den Arbeitsmarktgesetzen (vgl. spw 128, S. 7f). Die Rollen des bekehrten Linken, aber auch des öffentlichkeitswirksamen aber folgenlosen Kritikers lagen ihm nicht. Er wurde nicht zynisch und er hat sich auch politische Rückschläge nicht mit persönlichen Vorteilen kompensieren wollen. Die Zeit im Bundestag hat ihm, der von gesundheitlichen Krisen

und persönlichen Schicksalsschlägen getroffen wurde, viel abverlangt.

Nach langer Krankheit ist Thomas Sauer, der sich zuletzt aus dem politischen Leben zurückgezogen hatte, gestorben. Wer ihn gekannt hat, wird ihn nicht vergessen. ■

☞ Dr. Felix Welti ist Professor an der Universität Kassel am Institut Sozialwesen des Fachbereichs Humanwissenschaften und im spw-Zusammenhang aktiv.

DL 21 Aktuell

Frühjahrstagung

Am 30./31. Mai 2014 fand in Kassel unsere diesjährige Frühjahrstagung statt. Über Hundert TeilnehmerInnen diskutierten gemeinsam mit namhaften Gästen und ReferentInnen unter dem Titel „Linkssozialdemokratische Reformperspektiven“.

Vor dem Hintergrund gegenwärtiger und zukünftig möglicher Koalitionen und Machperspektiven wurden auf der DL21-Frühjahrstagung sowohl mittel- als auch langfristige Perspektiven der linken Sozialdemokratie und für unsere Partei insgesamt thematisiert. Gerade auch mit der Zielrichtung auf 2017, für diese Koalition und darüber hinaus.

Der erste Block begann unter dem Titel: „**Mehrheiten für eine linke Politik – Soziale Lagen, Interessen, Diskurse**“. Dies wurde von Dr. Hans-Jürgen Urban, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Benjamin Mikfeld, Geschäftsführer des Denkwerk Demokratie analysiert. Sie beschäftigten sich u.a. mit der Definition linkssozialdemokratischer Identität. Ralf Stegner kommentierte die beiden Impulse.

Im zweiten Block wurde in verschiedenen Arbeitsgruppen unterschiedlichste inhaltliche

Themenblöcke bearbeitet und aktuelle Fragestellungen erörtert. Abschließend fand eine große Diskussionsrunde mit Publikumsbeteiligung statt, in der Hilde Mattheis, MdB (Vorsitzende DL21), Frank Schwabe, MdB (Vorsitzender der Denkfabrik), Johanna Uekermann (Juso-Bundesvorsitzende), Dr. Dietmar Bartsch, MdB (stellv. Fraktionsvorsitzender der Partei Die Linke im Bundestag) und Sven-Christian Kindler, MdB (haushaltspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen) gemeinsam über ein zukünftiges linkes Reformbündnis diskutierten. Das Video zur Abschlussdiskussion findet sich auf unserer Homepage. Eine ausführliche Dokumentation der Frühjahrstagung werden wir noch publizieren.



Ein gemeinsamer Weg für Rot-rot-grün in der Außenpolitik

Am 23. Juni 2014 fand in Berlin eine von der DL21 organisierte Podiumsdiskussion zu den Perspektiven rot-rot-grüner Friedenspolitik statt. Auf das Podium geladen waren die Bundestagsvizepräsidentin Edelgard Bulmahn, Jürgen Trittin, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Stefan Liebich, Obmann der Linkspartei im Auswärtigen Ausschuss. In der fast zweieinhalbstündigen Diskussionen wurden viele Fragen der Außenpolitik besprochen. Klar wurde: Rot-rot-

grün hat eine gemeinsame Grundlage für eine zukünftige Außenpolitik. Alle drei Podiumsteilnehmenden sprachen sich für eine stärkere Rolle der Vereinten Nationen, das Primat des Völkerrechts und die Stärkung ziviler Krisenprävention aus, um Konflikte in vielen Teilen der Welt gar nicht erst entstehen zu lassen. Edelgard Bulmahn verdeutlichte, dass Außenpolitik, die sich als Friedenspolitik versteht, Auswirkungen auf das gesamte Regierungshandeln hat. Denn Frieden könne nicht erreicht werden, wenn nicht soziale, wirtschaftliche oder ökologische Probleme in den entsprechenden Ländern mitgedacht und mitgelöst würden. In diesem Sinne sprach Jürgen Trittin auch aktuelle Konfliktherde in Syrien oder im Irak an. Ein rein militärisches Eingreifen ohne eine grundlegende Änderung der deutschen Rüstungsausföhren und eine Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit würde dort nichts bringen.

Natürlich kam auch das Thema Auslandseinsätze zur Sprache. Sowohl Edelgard Bulmahn als auch Jürgen Trittin machten deutlich, dass sie militärische Einsätze als Ultima Ratio sehen, aber nicht generell ausschließen wollen. Sie betonten, dass für sie militärische Einsätze ohne ein Mandat der Vereinten Nationen ausgeschlossen seien. Stefan Liebich erklärte, dass es darüber auch in seiner Partei Diskussionen gebe, betonte aber gleichzeitig, dass dies nicht bedeute, dass sich die Linke am Schluss automatisch auf die gleiche Position wie SPD und Grüne begeben werde. Die DL21-Vorsitzende, Hilde Mattheis, die die Diskussion moderierte, konnte neben der guten Debattenkultur feststellen, dass es trotz aller Differenzen Konsenspunkte in der Außenpolitik gibt. Von dieser Ausgangsposition gilt es, auf einem gemeinsamen Weg die Position aller drei Parteien zu analysieren und gegebenenfalls zu korrigieren. In der Folge müssen weite Teile aller drei Parteien miteinander ins Gespräch kommen.

DL21-Resolution zu Drohnen

Anlässlich der Diskussion um die mögliche Anschaffung von bewaffneten Drohnen hat der

DL-Vorstand am 02. 07. die Resolution „Deutschland braucht keine bewaffneten Drohnen“ verabschiedet:

„Wir fordern die Bundesregierung auf, von der Beschaffung bewaffneter Drohnen abzusehen! Wir stehen als DL21 hinter dem Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom Juni 2013. Darin wurde festgehalten, dass Deutschland keine bewaffneten Drohnen braucht und sich für die Ächtung dieser Waffensysteme einsetzen solle. Die DL21 spricht sich schon lange gegen den Kauf von „Kampfdrohnen“ für die Bundeswehr aus. Einige Unionspolitiker, die sich für Beschaffung von „Kampfdrohnen“ einsetzen, argumentieren, der Erwerb dieser Waffensysteme sei nötig, um die eigenen Soldaten im Einsatz durch Luftnahunterstützung zu schützen. Diese Aufgabe kann jedoch auch durch „konventionelle“ Luftunterstützung gewährt werden. Durch den Einsatz bewaffneter Drohnen besteht die Gefahr einer weiteren Entfremdung der Kriegsföhrung. Auch kann die Hemmschwelle, sie einzusetzen, deutlich niedriger liegen. Dies zeigt gerade auch die umstrittene Verwendung von Kampfdrohnen der USA zur „gezielten Tötung“ einzelner Menschen. Diese Einsatzmöglichkeit der Drohnen wird in Deutschland zwar von allen BefürworterInnen abgelehnt, dennoch eröffnet die Anschaffung von Kampfdrohnen diese Option.“

Kampfdrohnen als erster Schritt zu autonomen Waffensystemen

Aufgrund der Fernsteuerung der Drohnen kann es zu Verzögerung zwischen Kommunikation und Reaktion kommen. WissenschaftlerInnen, die sich mit dem Thema kritisch befassen, kommen daher zu dem Schluss, dass die Entwicklung auf autonome Systeme zusteure. Das heißt, die Entscheidung, ob geschossen wird, trafe letztlich die Bord-Software, nicht der Soldat am Joystick. Dieser Entwicklung zu autonomen Waffensystem lehnen wir entschieden ab. Am Ende entscheiden Maschinen über menschliches Leben. Dies gilt es zu verhindern.“

Forum Neue Politik der Arbeit: „Europäische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik – Gute Arbeit in Europa?“ – ein Tagungsbericht¹

von Helmut Martens

Führende Gewerkschafter fragen mittlerweile: „Ist Europa noch zu retten?“² Eine Diskussion über „europäische Rahmenbedingungen einer gewerkschaftlichen Arbeitspolitik“, wie sie das Forum Neue Politik der Arbeit auf seiner Jahrestagung 2014 geführt hat, ist hoch aktuell.

Sechs Jahre nach Beginn der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise lässt sich der herrschende Politikbetrieb in der Europäischen Union – mit der Regierung Merkel als treibender Kraft – nach wie vor von den Finanzmärkten und einer „international abgehobenen Managerklasse, die auf ‚ihre‘ Politiker wie auf unfähige Bedienstete herabblickt“ (Habermas 2013)³, zu einer Austeritätspolitik drängen, die die EU sozial und ökonomisch spaltet und sich zu einer manifesten Bedrohung für die im „Elitenprojekt Europa“ ohnehin unterentwickelte Demokratie auswächst. Ein Zusammenbruch der Finanzwirtschaft wurde verhindert, aber „die Voraussetzungen für die Rückkehr auf einen Wachstumstrend mit starken Beschäftigungseffekten (sind) heute schlechter als in den 1930er Jahren“ (Zinn 2013)⁴, und ohne ein kurzfristig dringliches „standard-keynesianisches“ Wachstumsprogramm „wird Europa (...) im Depressionssumpf versinken“ (a. a. O.).

Lukas Oberndorfer von der Arbeiterkammer Wien spricht auf der Tagung vor diesem Hintergrund im Blick auf den EU-Wettbewerbspakt von einer „autoritären Konstitutio-

nalisation der Wirtschaftspolitik“. Diese autokratische Wende sei Ausdruck der Krise des neoliberalen Projekts. Es berge für die Gewerkschaften Gefahren, aber auch Chancen. Die auf der Hand liegenden Gefahren zeichnete Annelie Buntentbach vom DGB_Bundesvorstand nach. Die Agenda 2010 als vorgebliches Modell für Europa ziele auf ein „Race to the Bottom“: Durch Druck auf die Löhne, Eingriffe in die Tarifautonomie, die Erzeugung von Armut und Ausgrenzung oder die Zerstörung der öffentlichen Gesundheitsvorsorge (Griechenland). Hier handele es sich um Grundrechtsverletzungen. Das EU-Parlament müsse der Troika auf dem Klageweg Einhalt gebieten. Matthias Knuth vom IAQ Duisburg legte dazu eine ergänzende Analyse der Arbeitsmarktformen der Regierung Schröder vor. Sie zeigt u.a.: der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland ist wesentlich eine Folge des demographischen Wandels, und aktivierende Effekte der Reformen haben sich auf Kurzzeitarbeitslose beschränkt. Im Übrigen ist die Allokationsdynamik des Arbeitsmarktes, entgegen der erklärten Zielsetzung, gebremst worden. Für die Arbeitgeber hat es einseitige Optionserweiterungen gegeben, vor allem aber ist der Druck auf eine weitere Erosion der kollektiven Arbeitsbeziehungen verstärkt worden. Bemerkenswert, dass die Agenda für Europa derzeit als Erfolgsmodell verkauft wird, während hierzulande gerade wenigstens begrenzte Korrekturen daran vorgenommen werden.

Guillaume Duval⁵ fragte dann vor dem Hintergrund solcher Analysen, wie heute der

1 Bericht zur FNPA-Jahrestagung 2014, Berlin 11./12. 04. 2014, siehe dazu ab Mitte Mai auch das ausführlichere Tagungsprotokoll sowie die Foliensätze zu allen Referaten unter: www.fnpa.de.

2 Siehe: „Ist Europa noch zu retten?“ Supplement der Zeitschrift Sozialismus 04/2014.

3 Habermas J., (2013): Im Sog der Technokratie, Berlin

4 Zinn, K. G. (2013): Eine Keynesianische Einschätzung der Euro-Krise, in: Das Argument 301/2013, S. 47- 60

5 Chefredakteur des Wirtschaftsmagazins „Alternatives économiques“ und Autor von „Made in Germany-Agenda 2010 und der Pakt der Verantwortung in Frankreich“

„Pakt der Verantwortung“ in Frankreich zu erklären und welche Effekte von ihm zu erwarten seien. Die Gründe für die spezifischen wirtschaftlichen Probleme Frankreichs lägen nicht in „Verkrustungen“ des Arbeitsmarktes, sondern – angesichts der Austeritätspolitik in Europa -, unter anderem, in der ganz anderen demographischen Entwicklung (Bevölkerungszuwachs um 4 Mio seit 2000) und anderen wirtschaftlichen Strukturen (kein mittelständischer Maschinenbau) und Absatzmärkten (den französischen Autobauern brechen die Märkte in Südeuropa weg). Komme der ‚Pakt der Verantwortung‘ – infolge des Drucks der Regierung Merkel und der EU-Kommission sowie verbreiteter neoliberaler Irrtümer auch bei den französischen Sozialisten – sei das für Frankreich schlecht und für die Eurozone insgesamt schlimm. *Steffen Lehndorff*, IAQ Duisburg, schließlich resümiert, dass wir derzeit das Scheitern des Wachstumsmodells der Vergangenheit erleben. Was die Austeritätspolitik der EU anstrebe sei „Erholung durch Verarmung“. Aber dagegen entwickle sich Widerstand – exemplarisch sei das vor allem in Griechenland zu beobachten. Aber so gut das auch sei, noch fehle eine übergreifende Reformperspektive. Also gelte es, derzeit in allen Mitgliedsländern die europäische Dimension der jeweiligen, unterschiedlichen Auseinandersetzungen klar zu machen. Große zukünftige Konflikte – möglicherweise zuerst von Griechenland ausgehend – würden aber neue „Fenster der Gelegenheit“ öffnen.

Die lebhaften und anregenden Diskussionen zu den Referaten sollen hier unter Verweis auf das Tagungsprotokoll (Fn 2) nur erwähnt werden. Ein „roter Faden“ von Referaten und Debatten lässt sich aber vielleicht nachzeichnen: Die immer noch dominante Logik des herrschenden Politikbetriebs – in Deutschland wie innerhalb der EU – zielt auf einen autoritären „marktkonformen Exekutivföderalismus“ und u.a. eine Verallgemeinerung der Agenda 2010 für die Länder der EU. Zu Recht spricht Jürgen Habermas von der

„Gefahr eines ‚deutschen Europa‘“. Aber diese Fortsetzung von Europa als Elitenprojekt, ohne eine europäische Öffentlichkeit, weiter forciert nach den längst „gescheiterten Ideen“ neoliberaler Glaubenssätze und dabei sehenden Auges Grundrechtsverletzungen in der EU in Kauf nehmend – ist perspektivlos. Es mag ja sein, dass derzeit die Talsohle der ökonomischen Krise erreicht ist, aber da handelt es sich um „Erholung trotz der Austeritätspolitik“. Die jüngsten Erfolgsmeldungen in Bezug auf die wettbewerbsschwachen südeuropäischen Staaten ignorieren eine sich strukturell weiter zuspitzende Krisenentwicklung. Und wenn Hegemonie Führung und nicht nur Dominanz bedeutet, dann weist das Projekt neoliberaler Austeritätspolitik zunehmend Risse auf.

All dies kennzeichnet die Herausforderungen für die Gewerkschaften. Deren konstruktiv-kritische Europadebatte ist erfreulich; aber die unterschiedlichen Traditionen, Krisenbetroffenheiten und Handlungsbedingungen in den Mitgliedsstaaten der EU machen es kompliziert, in Europa die gewerkschaftliche „Strategielücke“ zu schließen. Auf der europäischen Handlungsebene bleibt es äußerst schwer, Positionen zu besetzen und so einen stärkeren Beitrag zu einem Kurswechsel zu leisten, der „die lebendige Arbeit“, etwa unter dem Motto „Wohlstand durch gute Arbeit“ ins Zentrum von Reformüberlegungen rückt. Aber nur so seien aussichtsreiche Antworten auf die beunruhigenden ökonomischen, ökologischen und politischen Krisenentwicklungen denkbar. Es gilt daher für die Gewerkschaften der einzelnen Mitgliedsstaaten, in den jeweiligen Auseinandersetzungen auf nationaler Ebene immer wieder die europäische Dimension der Konflikte um eine gewerkschaftliche Arbeitspolitik sichtbar zu machen. Dass deren Bedeutung hierzulande der eigenen Mitgliedschaft nur mühsam zu vermitteln ist, bleibt ein dringlich zu bearbeitendes Problem. Die deutschen Gewerkschaften sind europapolitisch immer

noch in der Defensive. Das hat auch mit der „Ruhe im Auge des Sturms“ zu tun. Die großen Konflikte werden andernorts in der EU aufbrechen – und dort, in Griechenland oder Spanien z.B., sind auch die „Laboratorien“ zu finden, aus denen heute schon zu lernen ist. Wo die großen Konflikte aufbrechen werden, die dann neue Fenster der Gelegenheit öffnen, blieb in unserer Diskussion strittig. Man war sich aber einig darin, dass es noch immer solche unerwarteten Ereignisse gewesen sind, die schließlich die Voraussetzungen für tiefgreifende Veränderungen geschaffen haben. Der herrschende Politikbetrieb bereitet ihnen derzeit, unbeeindruckt von jeglicher

Kritik den Boden. Es kommt deshalb darauf an, in den nationalen arbeitspolitischen Auseinandersetzungen klar zu machen, dass und weshalb das neoliberale Projekt in eine Sackgasse führt und zugleich alternative Konzepte weiter auszuarbeiten. Nur so können die Gewerkschaften auf die sicher kommenden Konflikte besser vorbereitet sein. ■

⇒ Dr. Helmut Martens, geb. am 12.02. 1948, studierte Politikwissenschaften und neueren deutschen Literaturwissenschaften in Hannover, von 1973 bis 2010 wiss. Mitarbeiter am Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund, 25 Jahre Mitglied von dessen wissenschaftlichem Leitungsgremium. Mitinitiator des Forums Neue Politik der Arbeit. Forschungsprojekte zu Beteiligung, Mitbestimmung, Gewerkschaften und Arbeitspolitik.

Publikation: IDA-Reader zu Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA) hat einen neuen Reader zu Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa herausgebracht. Er ist aus einer Kooperationstagung des IDA e. V. und der Evangelischen Akademie Frankfurt im Herbst 2013 hervorgegangen.

In der Broschüre geht es darum zu zeigen, dass Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gesamteuropäische Phänomene sind. Gleichzeitig sollen Gegenstrategien für die politische Bildungsarbeit aufgezeigt werden

Die Autoren zeichnen im ersten Teil der Publikation die Dynamiken und Entwicklungen der extremen Rechten in Europa nach und fragen nach der Geschichte europäischer Vernetzung. Sie gehen auch auf aktuelle Erscheinungsformen der extremen Rechten in Europa ein, wobei besonders das Phänomen des Rechtspopulismus beleuchtet wird

Im zweiten Teil des Readers wird beleuchtet, wie in der pädagogischen Arbeit eine kritische

und reflektierte Auseinandersetzung mit Rassismus erfolgen kann. Des Weiteren geht es um Strategien gegen antimuslimischen und antiziganistischen Rassismus.

In einem Serviceteil gibt das IDA Hinweise auf Materialien zum Thema aus seiner Vielfalt-Mediathek. Zum Abschluss sind Adressen von Organisationen, die europaweit gegen Rassismus und Rechtsextremismus arbeiten, aufgeführt.

Die Publikation kann bei IDA gegen eine Versandkostenpauschale von 3,00 Euro zuzüglich der Portokosten unter www.idaev.de/publikationen/bestellformular bestellt werden.

► **Karima Benbrahim/Ole Jantschek/Barbara Manthe (Hg.): salonfähig, trittsicher.** Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Herausgegeben im Auftrag des IDA e. V., ISSN 1616-6027, Düsseldorf: Eigenverlag 2014, 64 Seiten.

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Beat Ringer

Maßt euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus mit einem Vorwort von Alex Demirović
218 Seiten, € 24,90,
ISBN: 978-3-89691-875-8,
Westfälisches Dampfboot



Harald Klimenta / Andreas Fisahn u.a.

Die Freihandelsfälle
Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP
AttacBasisTexte 45
128 Seiten, € 9,00
ISBN 978-3-89965-592-6
VSA-Verlag



Prämienpaket 2

Heinz J. Bontrup

Krisenkapitalismus und EU-Verfall
Neue Kleine Bibliothek 195
231 Seiten, € 15,90
ISBN 978-3-89438-537-8
PapyRossa Verlag

Hartmut Tölle / Patrick Schreiner (Hg.):

Migration und Arbeit in Europa
Softcover DIN A5,
229 Seiten, € 14,90
ISBN 978-3-89438-550-7
PapyRossa Verlag



Prämienpaket 3

Heiner Ganßmann

Politische Ökonomie des Sozialstaats
Einstiege Band 10, 2. überarbeitete Auflage
229 Seiten, € 19,90
ISBN: 978-3-89691-690-7
Westfälisches Dampfboot



BEIGEWUM

Mythen des Sparens
Antizyklische Alternativen zur Schuldenbremse
Herausgegeben vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
144 Seiten, € 11,80, ISBN 978-3-89965-555-1
VSA-Verlag

Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____
- Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- Auslandsabonnement Europa 49,- € (inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket: 1 2 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

- Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift

- Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

- Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 456 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.